

Wo Elefanten kämpfen

von SUSAN GEORGE

Welche Schreckensmeldung aus dieser Welt ist dem Leser noch verborgen geblieben? Welche Form versteckter oder sichtbarer Gewalt muss man ihm noch genauer vor Augen führen? Gibt es überhaupt noch Wissenslücken über die Risiken, die den Alltag der allermeisten Menschen bedrohen, und über die Fehlentwicklungen, die das Überleben der Menschheit gefährden? Dieser Atlas hat für solche und andere Fragen eine schlüssige Antwort, die in der Regel deprimierend ausfällt. Falls es noch nicht alle gemerkt haben: Unsere Welt ist kein besonders angenehmer, sondern ein unheimlicher Ort – nichts für zart besaitete Gemüter.

Die Mitglieder der politischen Klasse haben fast alle einen unsentimentalen und rücksichtslosen Charakter entwickelt. Vor 475 Jahren hat Niccolò Machiavelli seinem »Principe« beibringt, dass er alles daransetzen müsse, seine fürstliche Macht zu erhalten, andernfalls müsse er abtreten. In ähnlicher Weise geht es auf dem Feld der Geopolitik vornehmlich darum, dass der eigene Staat mächtiger, reicher und gefürchteter ist als andere Staaten. Carl von Clausewitz hat diesen Grundsatz so ausgedrückt: »Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.« Clausewitz bemerkte aber auch, der Krieg dürfe stets nur das letzte Mittel sein, da es viele andere Mittel gebe, um dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen. Die meisten dieser Mittel werden dem Leser auf den folgenden Seiten begegnen.

Was ihm auch begegnen wird, sind die gewollten wie die ungewollten Folgen des rücksichtslosen Drangs nach Reichtümern, nach Macht und nach der Fähigkeit, Angst und Schrecken zu verbreiten. General de Gaulle hat einmal gesagt: »Staaten haben keine Freunde, sondern nur Interessen.« Und eine andere Figur aus der Galerie der einschlägigen Autoritäten, Friedrich Nietzsche nämlich, hat einmal gesagt: »Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: ›Ich, der Staat, bin das Volk.«

Die klassische Strategie in der Konkurrenz um die Macht ist dennoch die, von der Clausewitz unbedingt abgeraten hat: der Krieg. Auf vielen Seiten dieses Atlas wird er mit all seinen unvermeidbaren Begleiterscheinungen dokumentiert, einschließlich des militärischen Herrschaftsinstrumentariums, das ihn nach wie vor begleitet und vorbereitet: Militärstützpunkte und Kriegsflotten sowie die Druckmittel, die von der politischen Einkreisung bis zur Bildung militärischer Blöcke reichen.

Gewaltige Profite wirft auch der Handel mit Drogen und jungen Frauen ab. Der blühende Drogenmarkt zeigt, dass die USA mit ihren Programmen zur Eliminierung des Anbaus von Drogenpflanzen praktisch gescheitert sind – es gelangen heute mehr Drogen auf den Markt als je zuvor. Da das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht auf die legale Ökonomie

beschränkt ist, bewirken die vielen Anbieter auf dem Drogenmarkt einen rapiden Preisverfall. Was den Handel mit Sexsklaven- und -sklavinnen betrifft, so fällt hier auf, dass als Lieferländer auch Staaten verzeichnet sind, die zu den Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft zählen.

Die größte Veränderung der letzten 25 Jahre, die sich in den Karten und Diagrammen des folgenden Abschnitts niederschlägt, ist die Erschütterung des Ostblocks und der Zusammenbruch des Sowjetimperiums. Bildlich erfassbar zu machen, wie die Welt heute aus der Perspektive Moskaus und Osteuropas aussieht, ist ein überaus sinnvolles Unterfangen. Überhaupt bietet der Atlas auf vielen Gebieten einen neuen Blick auf politische Prozesse; das gilt etwa für die »farbigen« Revolutionen in Ländern der ehemaligen Sowjetunion wie Georgien und der Ukraine.

Problematisiert wird auch die Behauptung, dass den Übeln dieser Welt durch das Wundermittel der Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) abgeholfen werden könne. Die These scheint sich zu bestätigen, wenn man sieht, wie wenig ADI nach Afrika fließen. Aber wenn man dann andere Karten betrachtet, erscheinen solche Investitionen weniger als Segen denn als Fluch. Das gilt etwa für die Darstellung der tentakelhaften Ausbreitung des US-Kaufhauskonzerns Wal-Mart, der zugleich der größte und womöglich übelste Arbeitgeber der Welt ist, oder angesichts der zunehmenden Konzentration im Bereich der Medien und IT-Konzerne.

Wo Elefanten kämpfen, wird das Gras zertrampelt, so ein afrikanisches Sprichwort. Heute müssen sich immer mehr Einwohner dieser Erde wie Grashalme vorkommen, die zur falschen Zeit am falschen Platz wachsen. Gleichzeitig wird die expandierende Europäische Union immer attraktiver für die vielen Menschen, die den so genannten *failed states* etwa in Afrika entkommen wollen. Eine ähnliche Magnetwirkung hat nach wie vor der *American Dream* für die weiter wachsende Anzahl der Armen.

Dabei machen die reichen Länder diesen Armen das Leben noch schwerer. Sie haben zum Anwachsen der Schuldenberge beigetragen und zugleich die Entwicklungshilfe auf ein Minimum beschränkt, wobei sie ihre Leistungen zumeist noch an wirtschaftspolitische Bedingungen knüpfen. Sie haben für die Exportgüter der gefesselten Länder des Südens zu wenig gezahlt, sie haben Finanzkrisen zugelassen, die viele dieser Länder in den Ruin trieben. Sie haben immer wieder korrupte Regime unterstützt. Und angesichts dieser Bilanz gibt sich der Westen überrascht, wenn zehntausende verzweifelter Boat people an seinen Küsten landen und die Flüchtlingsmassen derart zunehmen, dass die Mittel der Hilfsorganisationen nicht mehr ausreichen.

Und wie steht es mit den Organisationen, die dieses Chaos beaufsichtigen sollen und denen es manchmal sogar gelingt,

2

Kapitel

Die neue Geopolitik

für Linderung zu sorgen? Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR bemüht sich redlich, einigen der Menschen zu helfen, die durch unkontrollierbare geopolitische Kräfte und Prozesse aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Die Vereinten Nationen hingegen schaffen es gerade noch, den Kopf über Wasser zu halten, wobei sie sich vor allem der Bemühungen der USA zu erwehren haben, die nicht nur ihre Mitgliedsbeiträge zurückhalten, sondern auch die Macht und die Legitimation der Weltorganisation zu beschneiden versuchen.

Der geopolitische Teil dieses Atlas bietet jedoch auch einige sehr ermutigende Informationen. Lateinamerika war früher ein hoffnungsloser Subkontinent, der vornehmlich Militärdiktaturen auszubrüten schien, die in aller Regel vom großen Nachbarn im Norden unterstützt wurden. Heute bietet die politische Landkarte Lateinamerikas ein ganz anderes Bild: Es dominieren die hoffnungsvollen Rottöne als Symbol für die Wahlsiege linker Parteien oder gemäßigt linker Kräfte, die sich innerhalb von nur fünf oder sechs Jahren durchgesetzt haben. Eine weitere Karte zeigt die rasche Verbreitung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), von denen manche eine sehr ambivalente Rolle spielen, viele jedoch für große Hoffnungen und Versprechen stehen. Eine solche Hoffnung sind vor allem auch die Aktivitäten der Sozialforen, deren Erfolg vor zehn Jahren noch völlig unvorstellbar war.

Womöglich werden wir, je mehr wir über die geopolitischen Entwicklungen wissen, nur noch pessimistischer gestimmt. Aber wenn wir die hier aufgeführten Daten genauer betrachten, können wir auch entdecken, dass Geld und Macht nicht immer das letzte Wort behalten. Und dass die Menschen, wenn sie sich zusammentun, die Landkarte ihrer Region, ja ihres Kontinents – und damit ihr Leben – auch von unten verändern können.

- **Susan George** ist stellvertretende Direktorin des Transnational Institute in Amsterdam und Vizepräsidentin von Attac Frankreich. Sie publizierte zahlreiche Bücher, zuletzt »Change it! Anleitung zum politischen Ungehorsam«, München (Droemer) 2006.

Das Ende der Blöcke und die neuen Kriege

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen in der Welt deutlich zurückgegangen. Doch viele Konflikte, die in der Ost-West-Konfrontation eingefroren waren, eskalierten in den 1990er-Jahren zu ethnisch motivierten Kämpfen und Bürgerkriegen.

In der Zeit zwischen 1948 und 1991 hat sich die Anzahl der bewaffneten Konflikte auf der Welt verdreifacht. Die meisten waren von der Blockkonfrontation geprägt. Revolutionen sowie nationale und soziale Befreiungsbewegungen konnten sich ausbreiten, indem sie die Machtverhältnisse und Spielräume nutzten, die der Kalte Krieg schuf. Wie die Vereinigten Staaten instrumentalisierten auch die Sowjets diese Bewegungen. Beide Seiten achteten streng darauf, dass sich ihre »Sattelliten« an die Spielregeln hielten, die das atomare Gleichgewicht des Schreckens vorgab. Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde alles anders. Die unterschiedlichsten Konflikte – plötzlich »befreit« aus dem Schraubstock der Ost-West-Konfrontation – ließen vor allem die großen Staatsgebilde, wie die UdSSR oder Jugoslawien, auseinander brechen.

In einigen internationalen Konflikten standen und stehen sich Völker und Besatzer gegenüber, z. B. in Palästina seit 1967, in Tschetschenien 1994, im Irak 2003. Deutlich seltener kommt es mittlerweile zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Staaten. So führten beispielsweise Indien und Pakistan seit ihrer Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft 1947 drei Kriege gegeneinander und bemühen sich in der letzten Zeit um eine Annäherung.

Bei den meisten Konflikten handelt es sich jedoch um ethnisch und/oder religiös motivierte Bürgerkriege. Von ihnen ist vor allem Afrika betroffen, wo sich staatlicher Machtzerfall, der Streit um die Kontrolle von Gebieten mit exportierbaren Bodenschätzen und eine den gesell-

Kriege und Konfliktregionen seit 1989

-  internationaler Konflikt
-  Bürgerkrieg
-  schwere innere Unruhen
-  Grenzstreitigkeiten
-  bewaffnete Unabhängigkeitsbewegungen
-  Friedensabkommen oder laufende Friedensverhandlungen

► Die Hoffnung auf Frieden hat sich nicht erfüllt

schaftlichen Zusammenhalt zerstörende Politik auf fatale Weise ergänzen.

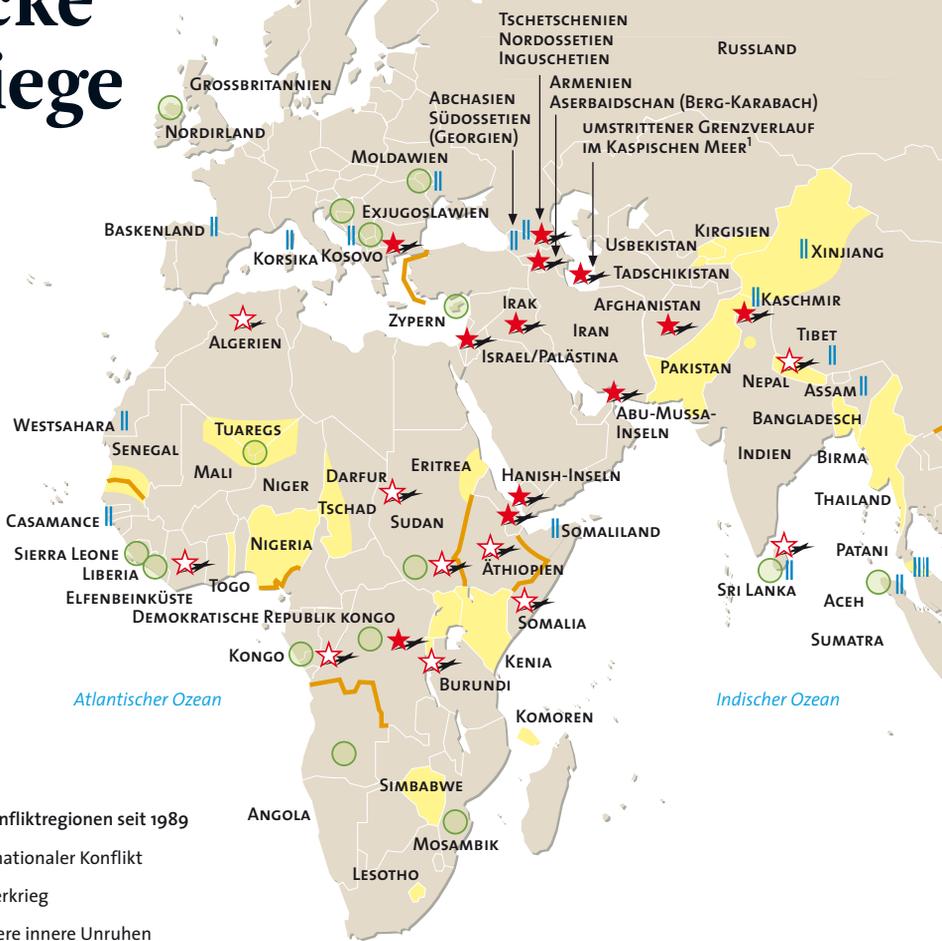
Die Statistiken des Friedensforschungsinstituts Sipri in Stockholm belegen diese Entwicklung. Das Jahrbuch 2005 führt für den Zeitraum von 1990 bis 2004 weltweit 57 größere bewaffnete Konflikte auf, 4 waren zwischenstaatliche Konflikte, und von den 53 internen Konflikten einzelner Länder ging es bei 29 um die Regierungsmacht und bei 24 um die Kontrolle über Regionen.

Allein in Afrika kam es zu 19 Konflikten, wobei nur der Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien (1998–2000) ein zwischenstaatlicher war. Von den 18 Bürgerkriegen griffen beispielsweise der in Zentralafrika (Burundi, Demokratische Republik Kongo, Ruanda) und der in Westafrika (Elfenbeinküste, Liberia, Sierra Leone) auf Nachbarländer über. In Asien gab es

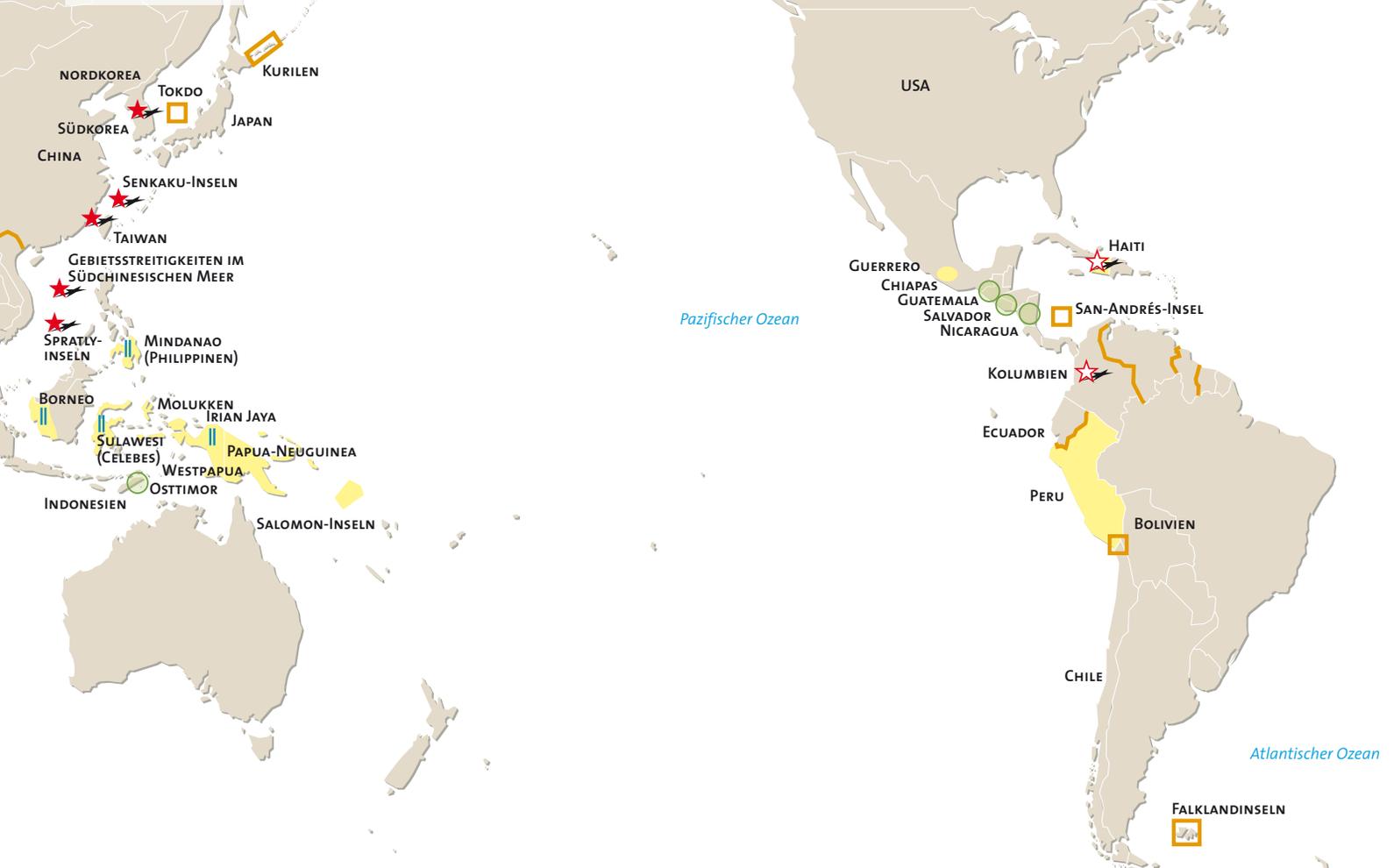
15 Konflikte, davon ein zwischenstaatlicher (zwischen Indien und Pakistan), 6 Bürgerkriege um die Regierungsmacht und 8 um Regionen. Im Nahen Osten zählte Sipri 10 Konflikte, und zwar 2 zwischenstaatliche (die beiden Golfkriege) und 8 Bürgerkriege. Auch Europa blieb nicht verschont. Hier kam es zu 7 größeren bewaffneten Konflikten, die alle interne Auseinandersetzungen waren (unter anderem in Tschetschenien und im ehemaligen Jugoslawien). Auf dem amerikanischen Kontinent wurden 6 Binnenkonflikte gezählt.

2004 war (zusammen mit 1997) ein Rekordjahr: Es gab die wenigsten Konflikte seit 1991, nämlich 19, die – mit Ausnahme des Irakkriegs, der in den Statistiken nicht auftaucht – alle interne waren.

Insgesamt ist die Anzahl der bewaffneten Konflikte in fünfzehn Jahren um 40



¹ Die Aufteilung des Meeresgrundes, das heißt der Ölvorkommen, ist unter den fünf Anrainerstaaten umstritten, insbesondere zwischen Aserbaidschan und Iran im Süden des Kaspischen Meeres.



Prozent zurückgegangen. Der Terrorismus hingegen nahm ein neues Ausmaß an: In den sechzehn Jahren zwischen 1968 und 1984 starben 3.000 Menschen durch Terroranschläge – so viele wie allein am 11. September 2001. Eine dramatische Veränderung der geopolitischen Lage ergibt sich jedoch durch die Ausrichtung der Strategie der USA auf den Kampf gegen den Terror. Eine Definition dieses neuen Feindes steht freilich noch aus. Auch das internationale Recht hat sie bislang noch nicht geliefert.

Sicher ist hingegen, dass die Verfolgung der als terroristisch bezeichneten Straftaten die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken droht. Dies zeigt der umstrittene Patriot Act in den USA, den die Bush-Regierung nach den Anschlägen vom 11. September erlassen und im März 2006 auf unbefristete Zeit verlängert hat.

Im Übrigen würden selbst unter eine einfache Terrorismusdefinition wie »gegen unschuldige Zivilisten gerichtete Gewalttat, die die Bevölkerung terrorisieren soll, um so ein politisches Ziel zu erreichen« ganz unterschiedliche Akte fallen: die Al-Qaida-Anschläge seit 1998 ebenso wie das Attentat der Irgun Menachem Begins gegen das King-David-Hotel 1946, die Geiselnahme israelischer Athleten durch palästinensische Terroristen bei den Olympischen Spielen in München 1972 ebenso wie der Giftgasanschlag der Aum-Sekte auf die Tokioter U-Bahn 1995, die französische Entführung einer DC-3 mit den Führern der Nationalen Befreiungsfront Algeriens an Bord (1956) ebenso wie die Attentate der Roten Armee Fraktion in den 1970er-Jahren in Deutschland, die Selbstmordattentate der Hamas in Israel und die Massaker der

GIA (Groupe Islamique Armée) in Algerien ...

Der Kreuzzug von US-Präsident Bush ignoriert die »objektiven Ursachen« des Terrorismus. Womöglich würden, auch wenn diese Ursachen beseitigt wären, einzelne fundamentalistische Fanatiker weiterhin Anschläge verüben. Aber der Boden, auf dem sich solche Einstellungen entwickeln und Unterstützung und Mittäter finden, wäre dann wenigstens ausgetrocknet.

WWW

- Jahrbücher des Stockholmer Friedensforschungsinstituts
- www.sipri.org/contents/publications/yearbooks.html
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg
- www.ifsh.de
- Internationales Netzwerk für Frieden und Entwicklung
- transcend.org

Der erfundene Kampf der Kulturen

Der Fall des Eisernen Vorhangs markiert einen Wendepunkt in der Geschichte. Unter den seither entwickelten Theorien zur Zukunft der Welt erregte die vom »Zusammenprall der Kulturen« die meiste Aufmerksamkeit. Sie lieferte die Rechtfertigung für die Wiederkehr einer offen imperialistischen Rhetorik.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion endete auch die Bipolarität des Kalten Krieges. Die Blockkonfrontation hatte alle internationalen Beziehungen in das Korsett der sozioökonomischen wie politisch-ideologischen Konkurrenz der opponierenden Systeme gezwängt.

Noch vor dem Mauerfall veröffentlichte der amerikanische Politologe Francis Fu-

kuyama in der Vierteljahresschrift *The National Interest* einen Artikel unter dem provokativ fragenden Titel »Das Ende der Geschichte?«. Unter Rückgriff auf einen dem Zeitgeist angepassten, vulgarisierten Hegel interpretierte er den Zusammenbruch des Ostblocks als den endgültigen Triumph des politischen und ökonomischen Liberalismus. Von jetzt an seien die internationalen Beziehungen nicht länger von ideologischen Interessen geleitet. Die Welt werde sich langweilen.

Fukuyamas These schlug weltweit – und angesichts ihrer tatsächlichen Bedeutung unverhältnismäßig – hohe Wellen. Sie war Ausdruck des Zeitgeists und spiegelte auf geradezu groteske Weise die ideologische Siegesgewissheit der USA wider. Gleichzeitig diente sie als Rechtfertigung der Abrüstungspolitik. »The End of History« erschien 1992 als Buch und wurde sofort zum Bestseller. Unzählige Kommentatoren versuchten, Fukuyamas naiven Optimismus zu widerlegen.

1993 formulierte dann Samuel Huntington, Professor für Politikwissenschaft in Harvard und Berater des US-Außenministeriums, in der Zeitschrift *Foreign Affairs* eine Art Gegenthese: Auf die Konfrontation der gesellschaftspolitischen Ideologien des Kalten Krieges folge der »clash of civilizations«, der Zusammenprall der Kulturen.

In seinem 1996 erschienenen und ebenfalls sofort zum Weltbestseller gewordenen Buch unterscheidet Huntington mehrere große, global konkurrierende Kulturen, die sich je nach Neigung und Konstellation annähern können, um so ihr eigenes Hegemoniestreben strategisch voranzubringen oder das der anderen zu behindern. Denkbar sei, so Huntington, ein Bündnis zwischen dem orthodoxen Christentum (im russischen Raum) und der chinesischen »konfuzianischen« Kultur gegen die von den USA angeführte westliche Zivilisation und ihre Verbündeten. Seine größte Befürchtung ist, dass sich die »antiwestliche Hauptachse«, das heißt die »konfuzianisch-islamische« mit der »orthodoxen-hinduistischen« Achse verbünden und damit das Gleichgewicht in »Eurasien« gegen den Westen kippen könnte.

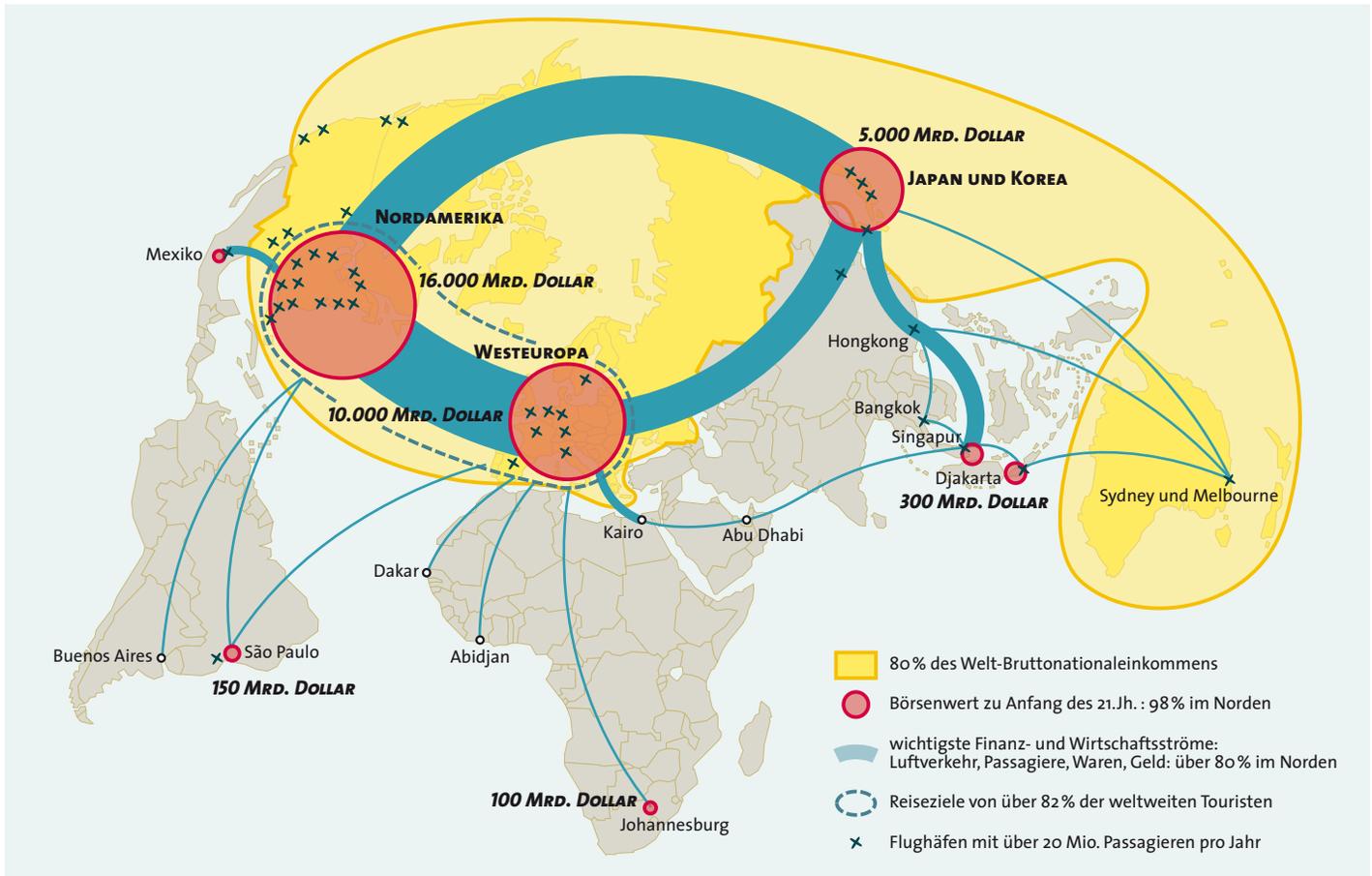
Huntingtons Thesen wurden von allen Seiten heftig kritisiert. Methodisch ist seine Vorstellung von »Kulturen« als geschichtlichen Akteuren leicht zu widerlegen, weil sie Staaten mit den unterschiedlichsten politischen Ansätzen und Loyalitäten willkürlich zu neuen Gruppen zusammenschnürt. Ebenso leidenschaftlich fiel die Kritik an seinem schwammigen Begriff von »Kulturen« aus, den er nach Belieben mal religiös, mal geografisch oder politisch verwendet.

Ein Aspekt seiner These hat jedoch überlebt: der »Zusammenprall« der westlichen, christlichen Welt auf der einen mit der muslimischen Welt auf der anderen Seite. Paradoxe Weise vertreten islamistische Fundamentalisten selbst diese These. Ihre Hasstiraden gegen »Kreuzritter und Juden« schüren wiederum eine Islamophobie, deren rassistische Klischees und Projektionen aus Zeiten des Kolonialismus stammen oder noch ältere Wurzeln haben.

Der Einsturz der Zwillingstürme des World Trade Center am 11. September

► Die Welt aus der Sicht Samuel Huntingtons





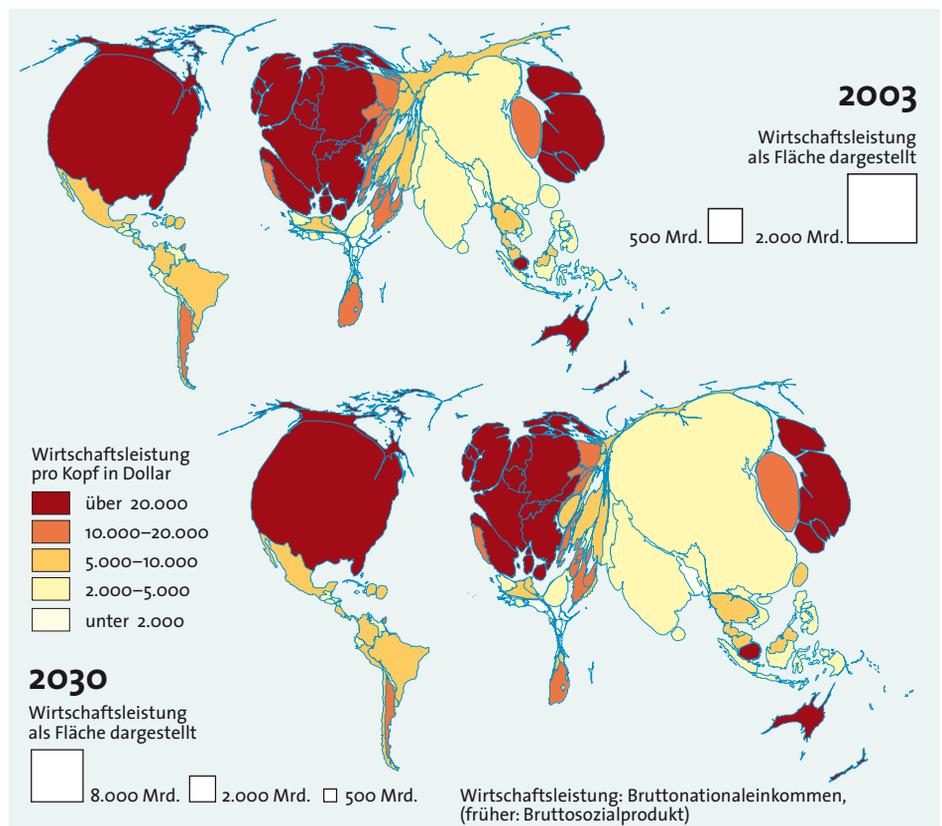
Der Süden – abgeschnitten von Geld-, Waren- und Touristenströmen ◀

Verzerrte Welt: je mehr Wohlstand, desto mehr Fläche ◀

2001 schien die These vom »clash of civilizations« zu erhärten – auch wenn Samuel Huntington das anders sah. Er hielt die Anschläge in New York und Washington für das Zeichen einer internen Auseinandersetzung innerhalb der »muslimischen Kultur«. Der offizielle Diskurs der USA dagegen war bedacht darauf, die eigene muslimische Bevölkerung nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen – und spielte ansonsten lieber die alte imperialistische Leier von der »zivilisatorischen Mission« des Westens. Die Menschen im Nahen Osten werden vor allem die brutalen Aspekte dieser Mission in Erinnerung behalten: das Internierungslager Guantánamo, das Foltergefängnis Abu Ghraib und den Angriff der US-Truppen auf die Stadt Faludscha.

WWW

- Einführend**
- de.wikipedia.org/wiki/Kampf_der_Kulturen
 - de.wikipedia.org/wiki/Ende_der_Geschichte
- vollständiger Artikel Huntingtons in Foreign Affairs**
- www.alamat.com/subj/economics/misc/clash.html
- dazu Edward W. Said: The Clash of Ignorance**
- www.zmag.org/saidclash.htm
 - www.edwardsaid.org



Wachstum und Ungleichheit in der Welt

Global angelegte Statistiken haben ihre Schwächen. Eines jedoch können sie zweifelsfrei belegen: Seit den 1980er-Jahren nimmt die Ungleichheit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch im Ländervergleich dramatisch zu.

Errechnete Einkommensunterschiede zwischen den Ländern ergeben ein unvollständiges Bild von der Ungleichheit in der Welt. So garantierte etwa in den relativ armen Ländern Vietnam und China das System der gesellschaftlichen Umverteilung über Jahrzehnte jedem den direkten Zugang zu Gesundheit und Bildung. Inzwischen setzt sich auch hier zunehmend die direkte Bezahlung von Bildungs- und Gesundheitsleistungen durch, während die allgemeine soziale Sicherung weiter abgebaut wird – das verändert die Situation dramatisch.

In den meisten Subsahara-Staaten und in vielen Ländern Lateinamerikas ist der Zugang zu Wasser und fruchtbaren Böden der entscheidende Faktor für die Ungleichheit. Ein niedriges Einkommen ist dort gleichbedeutend mit Elend. Das gilt

immer häufiger auch in den ehemals sozialistischen Ländern. Die Weltbank-Statistiken zur Armutsentwicklung in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion bringen kaum Licht ins Dunkel der Systemveränderungen seit dem Ende der Planwirtschaft und den Privatisierungen Anfang der 1990er-Jahre. In diesen Ländern gewährleistet häufig die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln das Überleben, was aber die statistisch erfasste Zahl der Erwerbstätigen sinken lässt und natürlich kein Ersatz für echte soziale Sicherheit sein kann. Auch sagen die Statistiken wenig darüber, wie sich Strompreiserhöhungen, gestiegene Transportkosten und höhere Mieten auf die Ungleichheit auswirken, und sie geben keine Auskunft, ob die breite Bevölkerung nach der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen weiterhin Zugang zu diesen Dienstleistungen hat oder nicht.

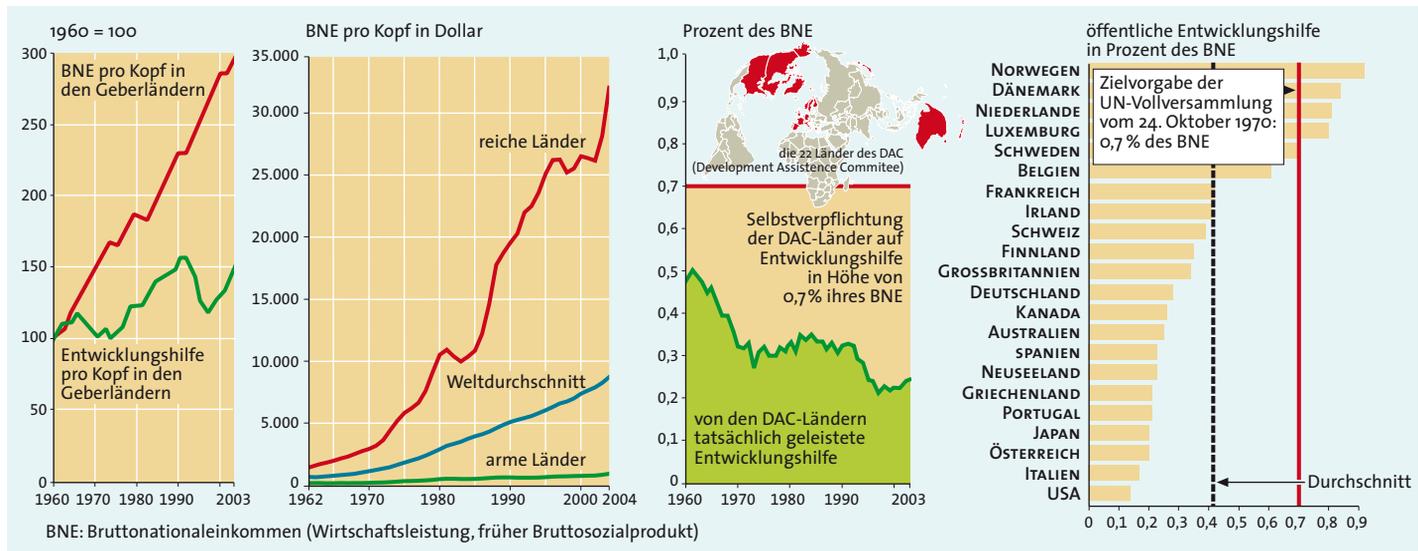
Der von den Vereinten Nationen ermittelte Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) und ähnliche von unabhängigen Institutionen entwickelte Indikatoren geben genaueren Aufschluss über die reale Ungleichheit, weil sie diese am Zugang zu Gütern wie Gesundheit und Bildung bemessen und auch nach Frauen und Männern differenzieren. Zwischen 1990 und 2000 sank der HDI in 21 Entwicklungsländern. Im Jahrzehnt zuvor hatten nur

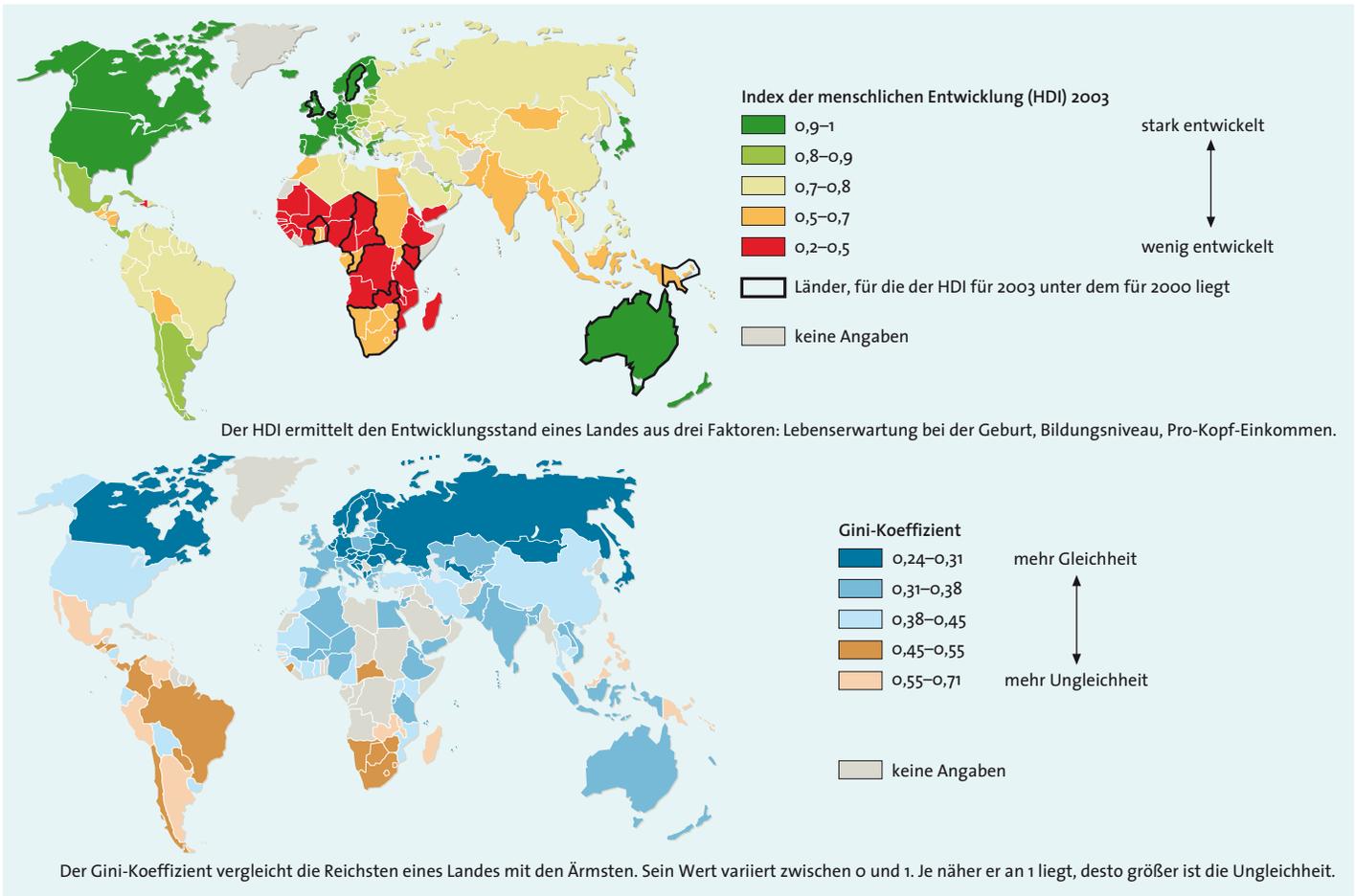
vier Länder im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum einen niedrigeren HDI aufgewiesen.

Die Ungleichheit zwischen den Ländern der Welt wird durch den Vergleich der Durchschnittsindikatoren berechnet, z. B. an Hand des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf nach Kaufkraftparität. Studien aus den 1970er- und 1980er-Jahren kommen zu dem eindeutigen Schluss, dass die Ungleichheit zwischen den Ländern zugenommen hat, und zwar dank der günstigen Handelsbedingungen für die reichsten Nationen. Man kann die Daten auch nach der Bevölkerungszahl gewichten – wodurch China »schwerer wiegt« – und kommt dadurch zu einem »Indikator der internationalen Ungleichheit«.

Bis in die 1980er-Jahre hinein entwickelten sich die beiden Ungleichheits-Indikatoren (Ländervergleich und internationaler Vergleich) weitgehend parallel, da die Zahl der Armen in den bevölkerungsreichen Ländern China und Indien einigermaßen stabil blieb. Im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte ist die Zahl der Armen insbesondere in China jedoch stark zurückgegangen. Damit weichen die Indikatoren mittlerweile deutlich voneinander ab: Während die Kluft zwischen den Ländern tiefer wird, ist die internationale Ungleichheit weniger stark ausgeprägt. Gleichzeitig nimmt die Ungleichheit zu – außer eben in China.

► Die reichen Länder halten Entwicklungshilfefzusagen nicht ein





Arme und Reiche im Vergleich ◀

Die Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder konnte nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er-Jahre hinein abgebaut werden. Danach kehrte sich der Trend um, und zwar sowohl in den Industriestaaten als auch in den Entwicklungsländern einschließlich Chinas, wo der in absoluten Zahlen gemessene Rückgang der Armut mit einem sehr ungleich verteilten Wachstum einhergeht.

Die Wirtschaftspolitik Chinas ist die Ursache für diese ungleiche Entwicklung, die ähnlich auch in den Industrieländern zu beobachten ist, die sich in der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zusammengeschlossen haben. Die neoliberale Wende haben diese Länder als Erste vollzogen. Zwischen 1979 und 2001 stiegen die Einkommen bei den ärmsten 20 Prozent ihrer Bevölkerung um 8 Prozent, bei den mittleren Einkommensschichten um 17 Prozent, beim reichsten Zehntel der Bevölkerung um 69 Prozent und bei dem einen Prozent der Superreichen um 139 Prozent. Zwischen 1980 und 2000 nahm die Armut in neunzehn von zwanzig Län-

dern zu: In Großbritannien leben 60 Prozent mehr Familien unterhalb der Armutsgrenze, in den Niederlanden sind es 40 Prozent. Und je näher man den Rändern der Welt kommt, umso schwindelerregender wird die Kluft zwischen Arm und Reich.

Dies ist sowohl Ausdruck der ungleichen internationalen Beziehungen als auch nationaler Wirtschaftspolitik. Die Großmächte reden vom Freihandel und setzen ihre Arbeiter und Angestellten einem enormen Konkurrenzdruck aus. Gleichzeitig behalten sie sich vor, ihre eigenen Unternehmen diskret zu unterstützen, und zwingen die Volkswirtschaften an der Peripherie, sich den Märkten zu öffnen.

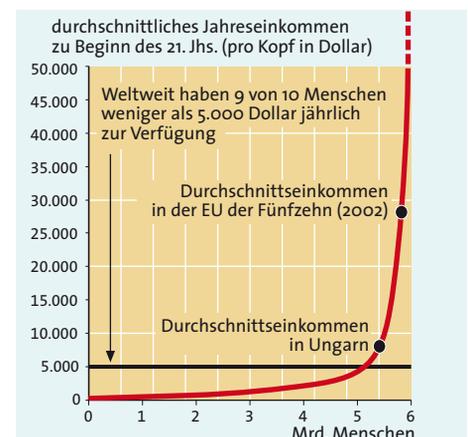
China kann international auf spektakuläre Weise »aufholen«, weil es wirkungsvolle staatliche Mechanismen aufrechterhalten hat, um sich zu schützen. Gleichzeitig hat das Land den Wettbewerb mit den wirtschaftlichen Großmächten aufgenommen – es handelt sich damit nicht zuletzt mehr soziale Ungleichheit ein. (siehe Seite 160 und 162)

WWW

Einführend

- de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient
- de.wikipedia.org/wiki/Tobin-Steuer
- UC Atlas of Global Inequality**
- ucatlas.ucsc.edu
- World Income Inequality Database**
- www.wider.unu.edu/wiid/wiid.htm
- www.worldbank.org/poverty
- Weltentwicklungsberichte**
- hdr.undp.org

Milliarden unter dem Durchschnitt ◀



Die unpopuläre Supermacht

Aus dem Kalten Krieg sind die Vereinigten Staaten als großer Sieger hervorgegangen. Der neue Hegemon versucht nun eine eigene Weltordnung durchzusetzen. Doch mit seinem Unilateralismus stößt er auf zunehmenden Widerstand.

Im August 2005 verzichtete der chinesische Petrokonzern CNOOC Ltd. angesichts des heftigen Widerstands im amerikanischen Kongress auf den Kauf des US-Erdölkonzerns Unocal – der freie Kapitalfluss ordnete sich dem »Gebot der Sicherheit« unter. Im Oktober 2005 verabschiedete die in Paris tagende Unesco-Vollversammlung mit 148 Stimmen bei zwei Gegenstimmen (USA und Israel) und vier Enthaltungen das »Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«. Im Dezember 2005 ging der linke, indigene Evo Morales als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen in Bolivien hervor und brachte den USA damit eine weitere Niederlage auf dem südamerikanischen Kontinent bei.

Für Globalisierungseuphoriker waren dies drei von vielen ernüchternden Ereignissen des Jahres 2005. So können die US-Truppen weiterhin den Irak nicht befrieden; immer mehr führende Vertreter aus China reisen nach Afrika und Lateinamerika und betreiben dort Interessenspolitik; entgegen der Haltung Washingtons erkennt Südkorea das Recht Pjöngjangs auf zivile Nutzung der Kernenergie an; Terroranschläge werden in Madrid, London, Riad, Djidda und an anderen Orten verübt. All diese Fakten zeichnen die Umriss einer überaus komplexen globalen Geopolitik, die sich weder auf die Begeisterung für eine neoliberale Globalisierung noch auf einen neuen »Weltkrieg gegen den Terror« reduzieren lässt.

Überall auf der Welt halten sich Nationalismen, wird auf kultureller Identität beharrt, gibt es politische Bestrebungen, die ihre Legitimation aus der Geschichte beziehen. Immer zahlreicher werden diejenigen, die sich einer unipolaren Welt-

ordnung verweigern und die dafür unterschiedliche und manchmal umstrittene Ausdrucksformen finden. Angesichts der USA, die ihre eigenen Interessen ohne Zögern schützen, formuliert sich von Peking bis São Paulo, von Seoul bis Neu-Delhi ein ökonomischer und politischer Patriotismus, der entschlossen ist, die eigene Unabhängigkeit zu verteidigen und kollektiv Widerstand zu leisten.

Das »Ende der Geschichte«, von dem der amerikanische Politologe Francis Fukuyama sprach, verkündete den Triumph nicht nur der Globalisierung, sondern auch des liberalen Modells der USA (siehe Seite 42). Trotzdem ist es weder den Vereinigten Staaten noch der Globalisierung im zurückliegenden Jahrzehnt gelungen, »die Köpfe und Herzen zu gewinnen«. Nach 1789 verbreiteten sich die Ideen der Französischen Revolution überall in Europa und anderswo, und die Russische Revolution stellte für den Westen lange Zeit eine ideologische wie militärische Herausforderung dar. Doch die USA erleben den Höhepunkt ihrer militärischen Stärke just in dem Augenblick, in dem sie in der Welt unpopulärer sind als je zuvor. Das Bild Washingtons im Ausland war nie so negativ wie heute. »Selbst China steht besser da«, titelte die *International Herald Tribune* am 24. Juni 2005.

Gewiss, keine der sich am Horizont abzeichnenden Großmächte, nicht einmal China, darf darauf hoffen, mit den USA konkurrieren und ein alternatives Gesellschaftssystem realisieren zu können, wie es – zumindest scheinbar und auch nur teilweise – der Sowjetunion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelang. Washington verfügt über gigantische militärische, wirtschaftliche und menschliche Ressourcen und kann sich somit unilaterale Interventionen erlauben. Allerdings stößt das Hegemoniestreben auf vielerlei Widerstände und auf die Weigerung, dem Westen die alleinige Definitionsmacht in Sachen universelle Werte – Menschenrechte, Demokratie, Freiheiten – zuzusprechen, seine Vorstellungen von Gut und Böse zu übernehmen und ihm damit die Unterscheidung zwischen akzeptablen und inakzeptablen Regimen zu überlassen.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts herrschten die europäischen Hegemo-

nialmächte über den Rest der Welt. Ihre Vormachtstellung war, wie die moderne Geschichtsschreibung gezeigt hat, Folge einer spezifischen Konjunktur, die u. a. auf den Vorteilen basierte, die die Agrarrevolution und die Industrielle Revolution, die Eroberung Amerikas und der Sklavenhandel mit sich gebracht hatten. Daraus ergab sich eine militärische Dominanz, die den rivalisierenden Großmächten der Alten Welt erlaubte, den Planeten unter das Joch der Kolonialherrschaft zu bringen.

Europa suchte diese Herrschaft zu legitimieren, indem es auf der traditionellen Überlegenheit seiner eigenen Werte und Ideen pochte. Alle anderen Kulturen wurden missachtet und galten als »barbarisch«. Heute greifen die USA und auch manche »Europäer« diese ausgedienten Vorurteile wieder auf. Die Wirklichkeit freilich wird sie immer wieder mit der Tatsache konfrontieren, dass das 20. Jahrhundert nicht nur die Auflösung des »sozialistischen Lagers«, sondern auch das Ende der Kolonialreiche besiegelt hat.

WWW

Unabhängige Expertenkommission,
Foreign Policy in Focus

• www.fpiif.org

website von Noam Chomsky (amerikakritische
Artikel, Interviews, Buchauszüge)

• www.chomsky.info

Offizielle US-Darstellung:

Council on Foreign Relations

• www.cfr.org

Znet (a community of people committed to social
change), Netzauftritt des unabhängigen kritischen
Monatsmagazins »Z«Magazine:

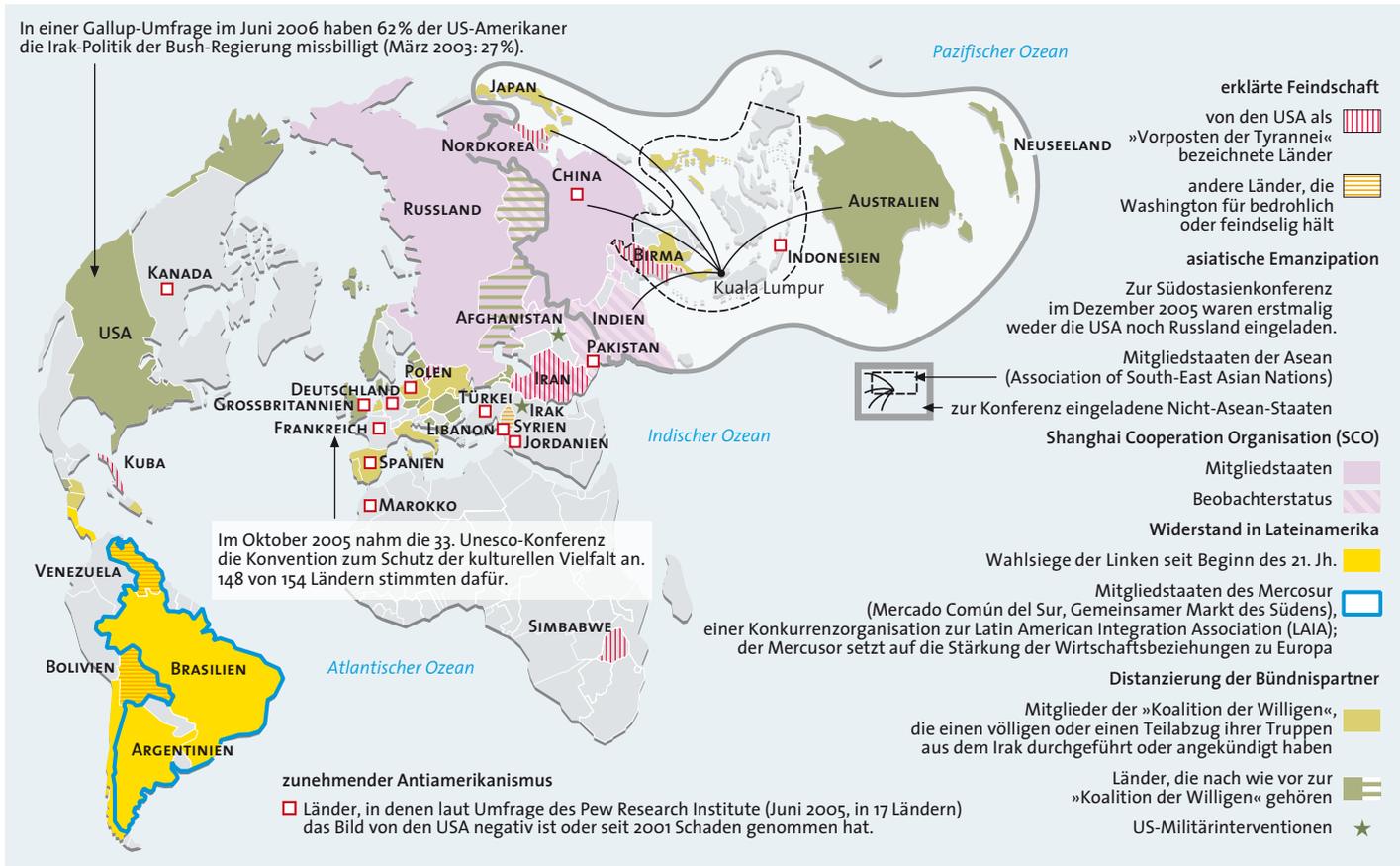
• www.zmag.org/weluser.htm

Verfechter der Supermacht Amerika:
Project for the New American Century

• www.newamericancentury.org

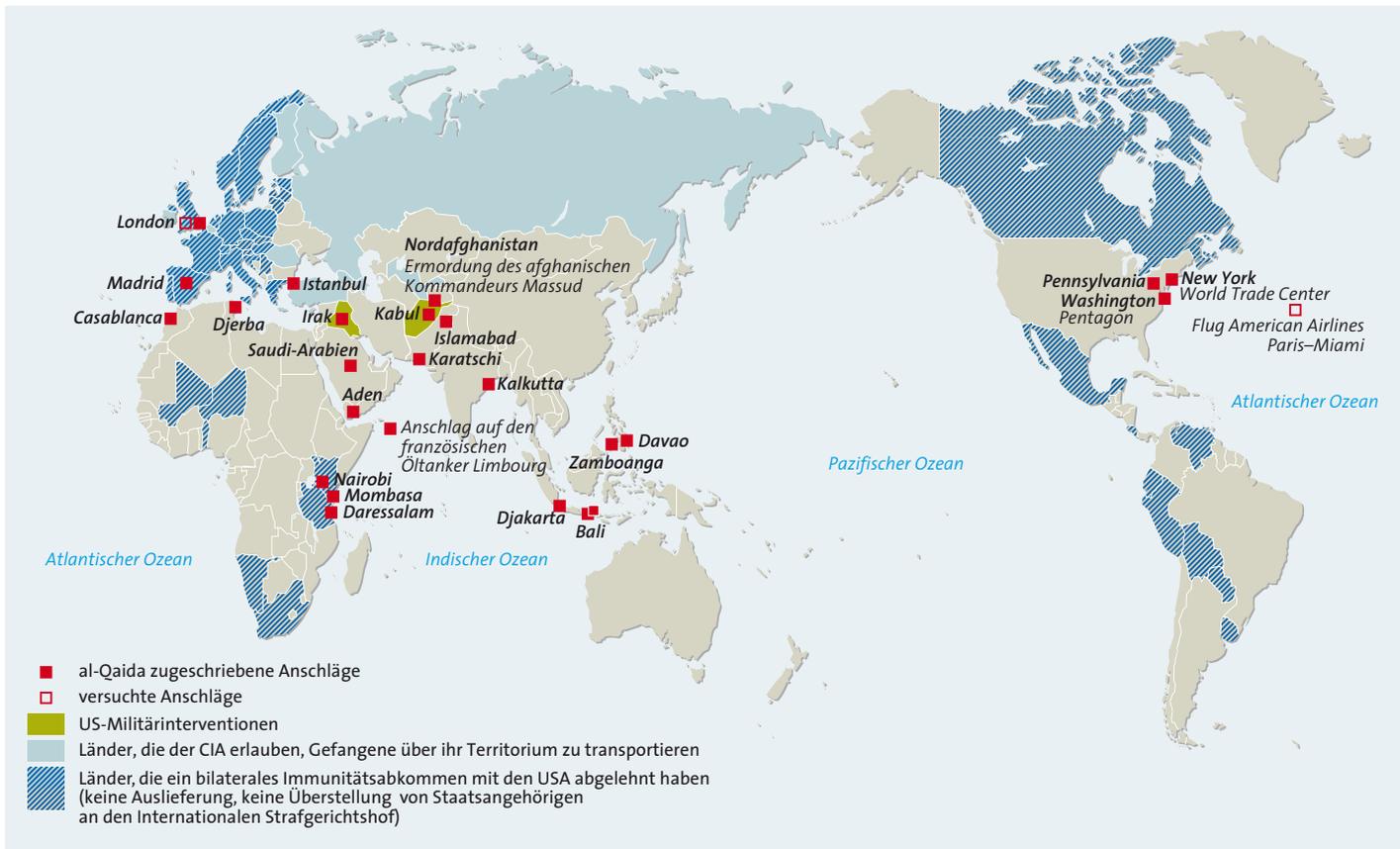
Projekt für alternative Sicherheitspolitik

• www.comw.org/pda/



Vielfältiger Widerstand gegen die US-Hegemonie ◀

Washington im Kampf gegen al-Qaida ◀



Globalisierte Kriminalität

Die illegalen Netze weiten sich aus – organisiertes Verbrechen, Wirtschaftskriminalität und Korruption. Solche Aktivitäten lassen sich auch deshalb so schwer bekämpfen, weil sie auf den gleichen Mechanismen beruhen wie die Globalisierung.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt den Jahresumsatz, den kriminelle Organisationen weltweit machen, auf insgesamt 1.500 Milliarden US-Dollar. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem gesamten illegalen Handel – einschließlich Steuerbetrugs – sowie aus dem Ertrag ihrer Vermögen, die häufig in die legale Wirtschaft gelenkt werden. Jährlich werden zwischen 600 und 1.000 Milliarden Dollar gewaschen, zwischen 2 und 5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts.

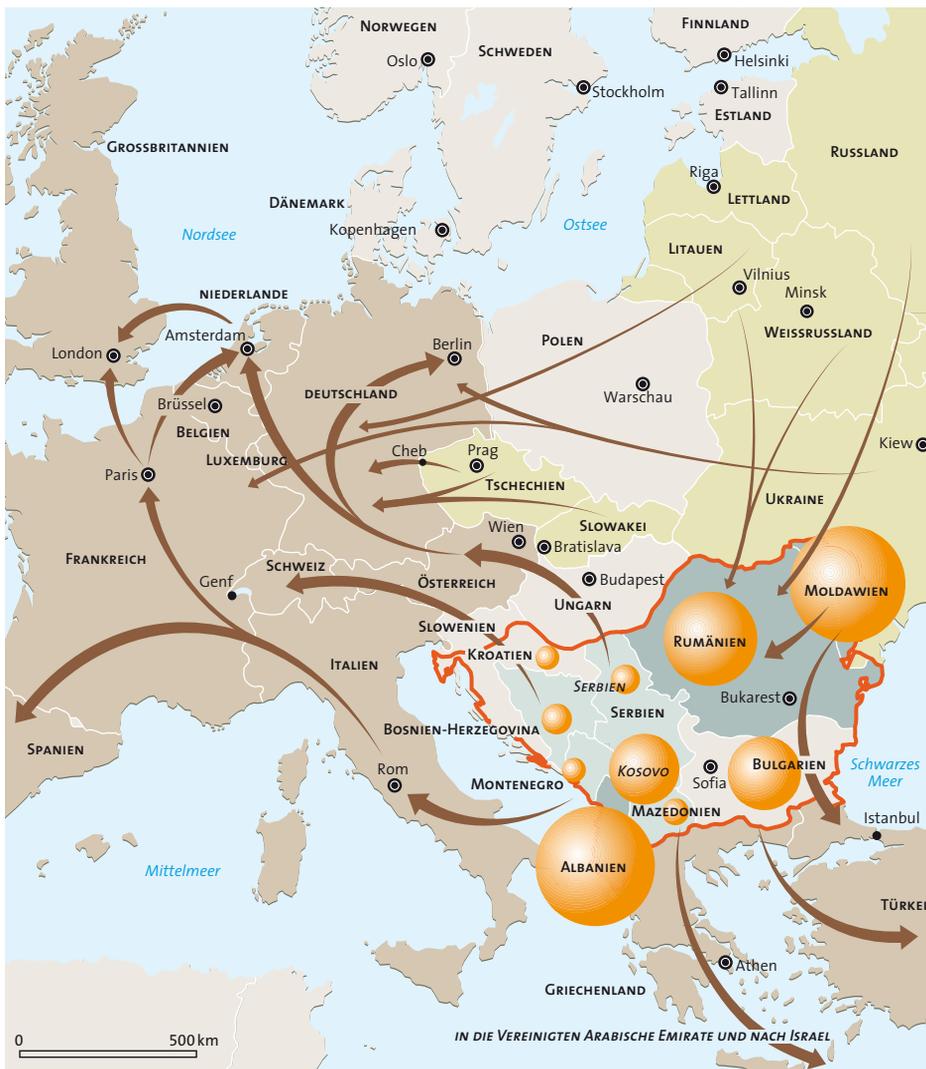
Der weltweite Drogenhandel wirft 400 Milliarden Dollar pro Jahr ab. Das ist die Hälfte des Gesamtertrags der organisierten Kriminalität und entspricht dem

Bruttoinlandsprodukt Spaniens. Etwa 3 Prozent der Weltbevölkerung, nämlich 185 Millionen Menschen, sind an ihm beteiligt; jedes Jahr werden 200.000 Fälle von tödlicher Überdosis gezählt. Europa ist zum größten und wichtigsten Produzenten und Exporteur synthetischer Drogen geworden. Die Niederlande und Belgien liefern 80 Prozent des im Umlauf befindlichen Ecstasy, das von der holländischen und der israelischen Mafia über die Niederländischen Antillen weiter in die USA geschleust wird.

Der Waffenhandel bezieht seine Ware vor allem aus den Lagern der ehemaligen kommunistischen Länder. Nur 3 Prozent der weltweit insgesamt 550 Millionen leichten Waffen befinden sich in den Händen staatlicher Streitkräfte. Etwa 20 Prozent des Handels mit diesen Waffen laufen angeblich über alle möglichen dunklen Kanäle und bringen mehr als eine Milliarde Dollar pro Jahr ein.

Der Handel mit Menschen in seinen unterschiedlichsten Formen (Organhandel, Frauen- und Kinderhandel, Sextourismus, Entführungen, Schleuserei usw.) ist die kriminelle Aktivität, die derzeit am schnellsten zunimmt. Das globalisierte und industrialisierte Geschäft mit dem Sex ist mehr oder weniger offen Teil der Entwicklungsstrategie einiger Länder geworden. Das betrifft vor allem Asien: In Thailand kommen auf jährlich über

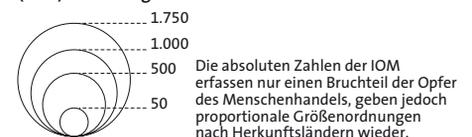
► Europa als Umschlagplatz des Menschenhandels



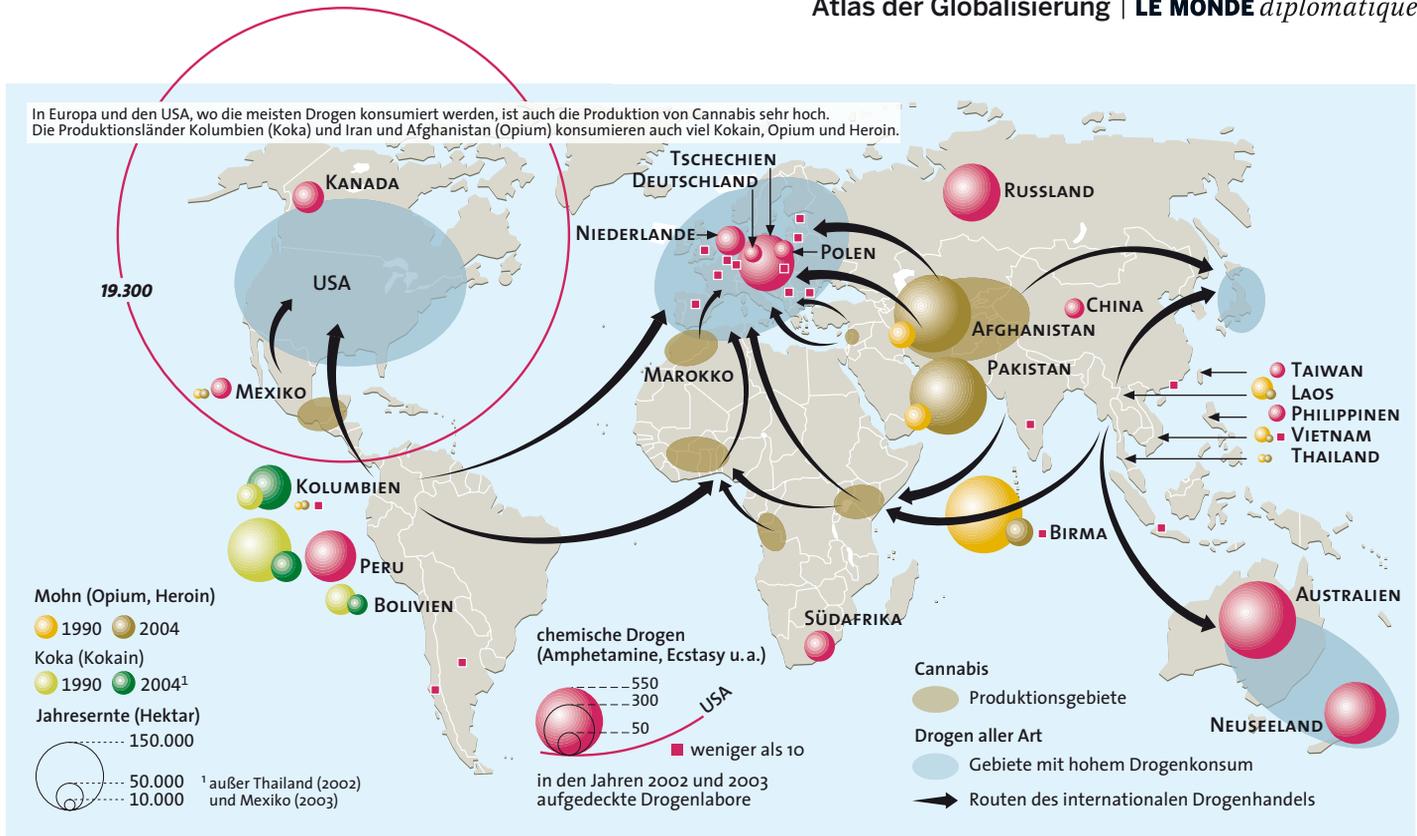
Menschenhandel bedeutet Frauenhandel
Verschleppt und verkauft werden fast ausschließlich Frauen, die meisten zwischen 18 und 25 Jahren. Über 80% von ihnen werden Opfer von Zwangsprostitution.

- Zielländer
- ➔ Haupthandelsrouten
- Herkunft- und Transitländer, selten auch Zielländer
- Herkunftsländer, in denen traditionell viel Menschenhandel betrieben wird
- Herkunftsländer, in denen Menschenhandel erst neuerdings und in geringerem Umfang betrieben wird
- eher unbedeutende Herkunftsländer

Anzahl der Opfer, die zwischen 2000 und 2004 bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM) um Hilfe gebeten haben



siehe auch Karte Seite 115



Drogen: wo sie produziert und wo sie konsumiert werden ◀

800.000 Besucher 2 Millionen Prostituierte, davon etwa 300.000 minderjährige. Auf den Philippinen, in Malaysia und Indonesien entspricht das Geschäft mit dem Sex zwischen 2 und 14 Prozent des BIP.

Die IOM (International Organization for Migration) schätzt die Anzahl illegaler Migranten auf zwischen 20 und 40 Millionen. Mafios organisierte Schleuserbanden verdienen an ihnen zwischen 3 und 10 Milliarden US-Dollar.

Produktpiraterie kostete die US-Wirtschaft im Jahr 2001 9,4 Milliarden Dollar. In manchen Ländern, wie etwa Nigeria und Thailand, wird annähernd die Hälfte der Medikamente illegal hergestellt.

Auch im Bereich der politischen Korruption gibt es eine Menge Beispiele für organisierte Kriminalität: Chiles Exdiktator Augusto Pinochet muss sich zu den 16 Millionen Dollar äußern, die auf seinen Bankkonten in den USA entdeckt wurden. IWF-Gelder in Höhe von knapp 200 Millionen Dollar wurden über Russland umgeleitet und von US-amerikanischen Banken gewaschen. Seit 1993 flossen 140 Milliarden Dollar über Tarnfirmen aus Russland ab. Involviert waren angeblich auch Leute aus der Umgebung von Expräsident Boris Jelzin sowie – als Inhaberinnen von Schweizer Bankkonten – dessen Töchter.

Der für Wirtschaftsdelikte zuständige französische Untersuchungsrichter Philippe Courroye vermutet Schwarzgeldkonten in der Schweiz, über die die Firmen Vivendi, Alcatel und Total in Russland, Irak und Tansania Bestechungen finanziert haben. Was es mit den hohen Bestechungssummen auf sich hat, die 1991 beim Verkauf von sechs französischen Fregatten an Taiwan über die in Luxemburg ansässige Finanztransaktionszentrale Clearstream geflossen sein sollen, müssen die Ermittler noch herausfinden. Die Fälle von auf Betrug zurückgehendem Bankrott in den USA (von Enron über Tyco und Sunbeam Global Crossing bis hin zum Konkurs von WorldCom, der aufsehenerregendsten Pleite in der amerikanischen Geschichte) finden ihr europäisches Pendant im Konkurs des italienischen Lebensmittelkonzerns Parmalat im Dezember 2003.

Worin besteht die Gemeinsamkeit dieser Aktivitäten? Die Globalisierung der illegalen Wirtschaft folgt der gleichen Logik wie die offizielle Wirtschaft: Optimierung der Wirtschaftstätigkeit durch Zentralisierung und Aufteilung in kleine Einheiten, wobei die Tatsache genutzt wird, dass jedes Land andere Regeln und Bestimmungen hat; extrem gut bezahlte Spitzenkräfte; Geldwäsche in den großen Finanzinstituten oder Steuerparadiesen.

WWW

Zahlen und Akteure in multinationalen Konzernen

- www.transnationale.org
- globales Netzwerk gegen Korruption**
- www.transparency.org

UN-Drogenbehörde

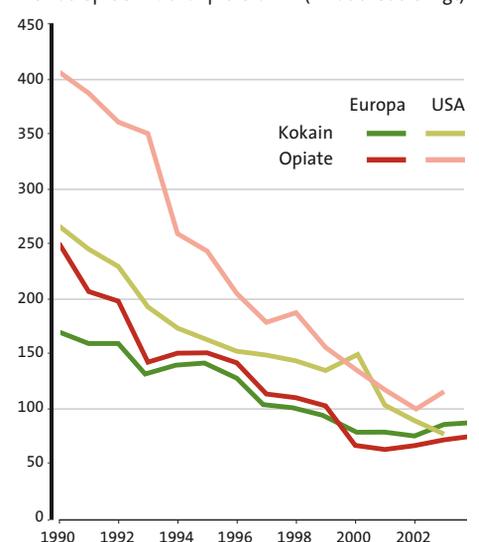
- www.unodc.org Internationale Organisation für Migration
- www.iom.int

zu Frauenhandel bei Human Rights Watch

- www.hrw.org/women/trafficking.html
- wöchentlich aktualisierte Informationen zu Menschenhandel weltweit**
- www.humantrafficking.org

Preissturz bei Kokain und Opiaten ◀

Verkaufspreis in Dollar pro Gramm (inflationbereinigt)



Die reichen Länder schotten sich ab

Die wohlhabenden Länder, in denen die Angst vor den Fremden und das Misstrauen gegen die Armen wachsen, kontrollieren ihre Grenzen immer schärfer. Künftig soll außerhalb ihrer Territorien darüber befunden werden, wer Zutritt erhält.

Das Ende des Kalten Krieges und das zurückgehende Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern haben die Ausgangssituation der Migrationsbewegungen verändert. Millionen Menschen sehen aus den unterschiedlichsten Notlagen keinen anderen Ausweg als das Exil. Die Gründe, die sie die Flucht ergreifen lassen, machen viele von ihnen noch nicht zu Flüchtlingen im strikten Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention des Jahres 1951.

Gleichzeitig wächst in den reichsten Nationen die Ausländerfeindlichkeit, und man ist weniger denn je bereit, das »Elend dieser Welt« bei sich aufzunehmen. Angesichts dieser Situation haben die USA und die Europäische Union Maß-

nahmen ergriffen, die sie vor der angeblichen Gefährdung durch die zu ihnen strebenden Menschen schützen sollen. Diese Abwehrhaltung breitet sich wie im Dominoeffekt über eine Reihe von Zwischenzonen aus, in denen sich die betreffenden Länder an das so genannte Nimby-Prinzip halten: »Not in my backyard« (nicht bei mir!). An die Stelle bestimmter Grundsätze, insbesondere der Menschenrechte, tritt die territorial geprägte Vorstellung einer »Migrationsgefahr« – eine Vorstellung, die in wesentlichen Punkten Züge einer Kriegsstrategie hat.

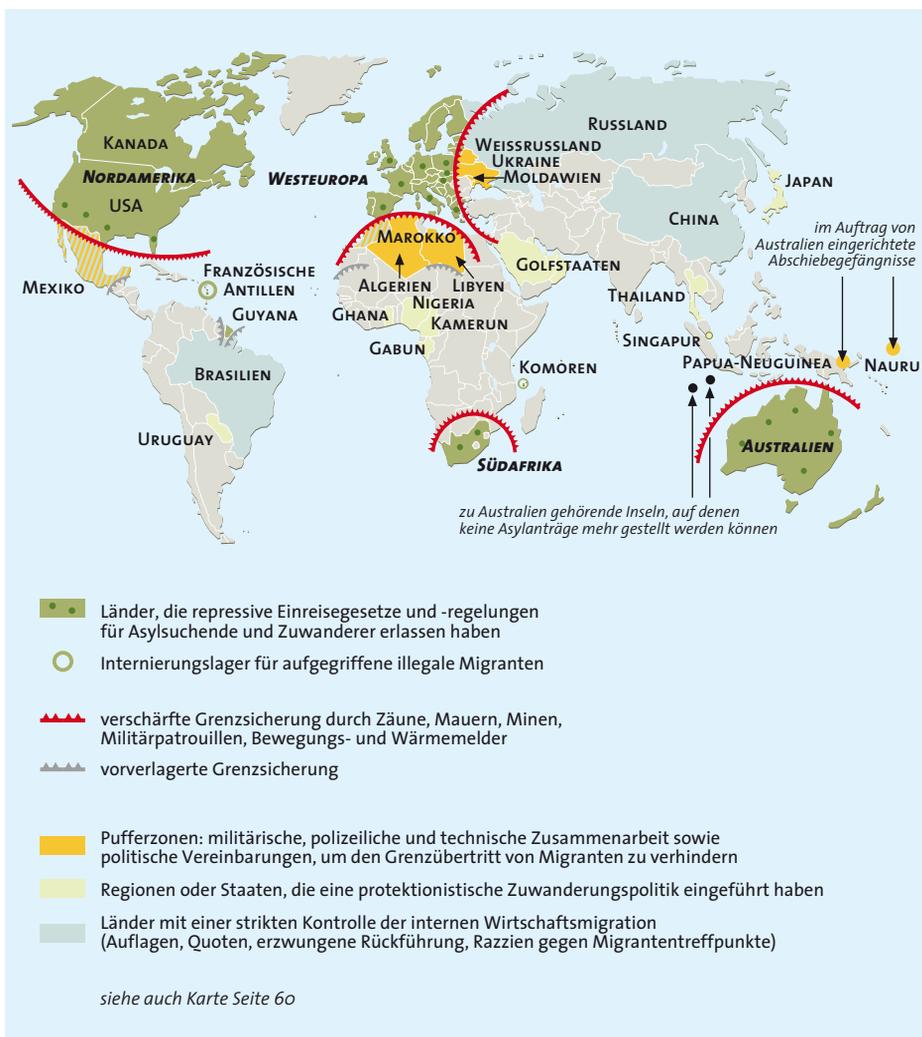
Zuwanderung wird, wie immer häufiger auch die Wortwahl zeigt, kriminalisiert: Zunehmend ist die Rede von »illegalen Einwanderern«, selbst wenn es sich um Asylbewerber handelt. Oft werden die ihnen gegenüber ergriffenen Maßnahmen in öffentlichen Erklärungen mit der »Verfolgung von Terroristen« gerechtfertigt, wenn nicht gar mit dem Schutz christlicher Werte gegenüber einer gemutmaßten muslimischen Gefahr.

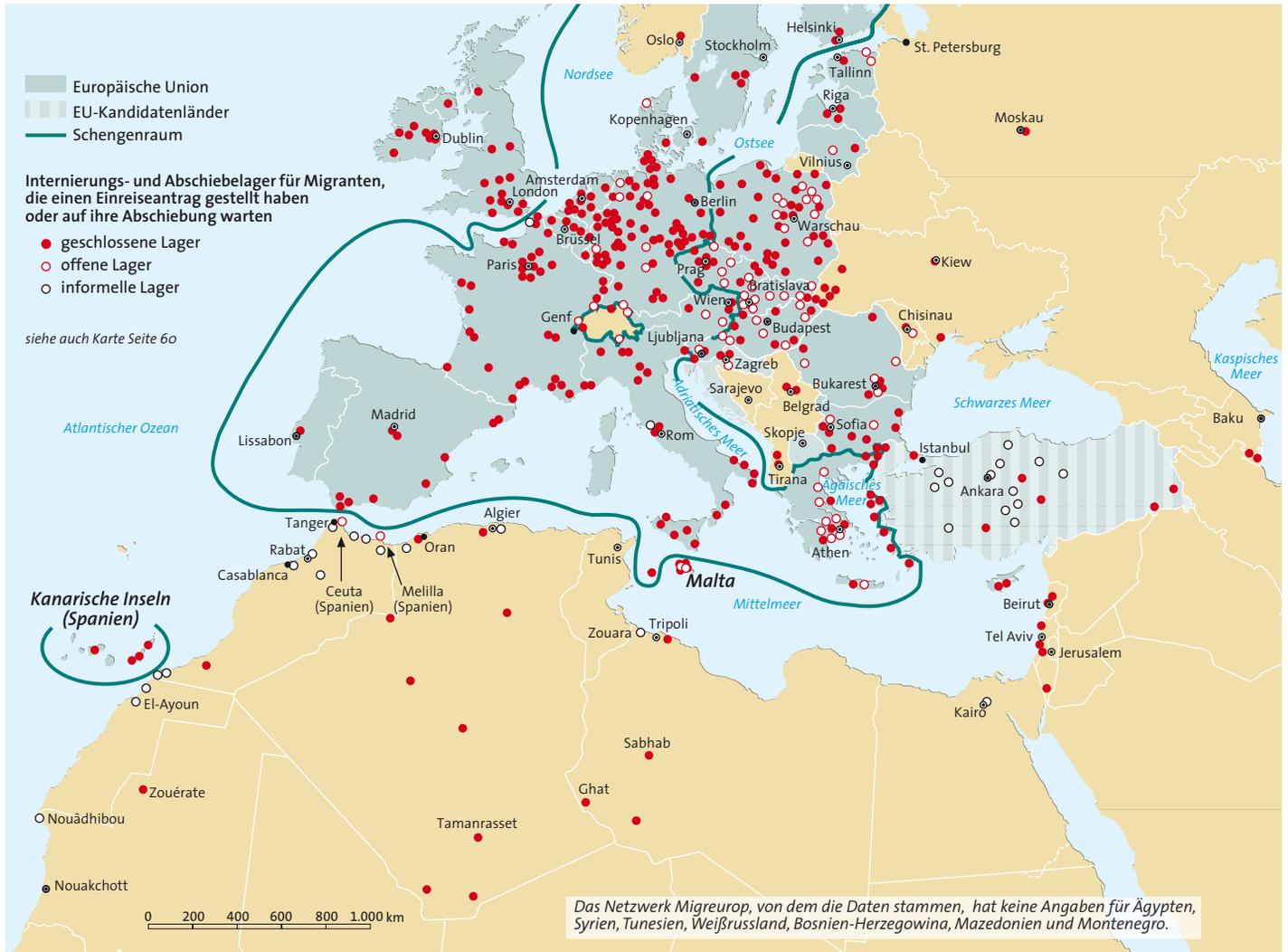
Die Grenzen werden als Frontgebiete betrachtet und militarisiert. Das an der Meerenge von Gibraltar installierte 140 Millionen Euro teure Radarüberwachungssystem Sive (Sistema Integral de Vigilancia Exterior) soll mit Hilfe von High-Tech-Seeüberwachung die spanische Grenze gegen Migranten aus Afrika abschnitten. Ein ähnliches Überwachungssystem hat Australien auf Duan Island in der Torres Strait installiert, um illegale Migranten aus Papua-Neuguinea fern zu halten.

Es kommt zu neuen Formen der militärischen »Kooperation« zwischen Transit- und Zielländern, wie beispielsweise zwischen Marokko und Spanien oder zwischen Libyen und Italien. Die USA betreiben mit einer für Friedenszeiten außergewöhnlichen Infrastruktur die Operation »Gatekeepers«. Sie wurde 1994 beschlossen und hat dazu geführt, dass inzwischen 11.000 Mann entlang der mexikanischen Grenze patrouillieren. Angola beschloss 2005, ein elektronisches Überwachungssystem an den Landesgrenzen zu installieren.

All diese Maßnahmen, die das Leben der Migranten gefährden und den Mittelern und Arbeitgebern illegal Beschäftigter Einnahmen verschaffen, sind jedoch

► Bewehrte und bewachte Grenzen gegen Wirtschaftsmigranten und Asylsuchende





Der Schengenraum sperrt unliebsame Zuwanderer weg ◀

nur begrenzt wirksam. Mehrere hundert Menschen ertrinken jedes Jahr beim Versuch, von der nordafrikanischen Küste aus übers Meer nach Europa zu kommen (siehe Seite 60). In der Wüste von Arizona in den USA wurden allein 2004 mehr als 200 Menschen tot aufgefunden. Gleichzeitig beschäftigt die kalifornische Landwirtschaft tausende von illegalen Arbeitskräften – ebenso wie die andalusische.

Für solche Migranten, die sich nicht durch illegale Beschäftigung unsichtbar machen können, haben die reichen Nationen eine Logik der rechtlosen Internierung entwickelt. Während die USA die aus Haiti geflohenen Boat People in ihrer Militärbasis in Guantánamo festsetzten, haben viele EU-Länder die Praxis der französischen Abschiebegefängnisse übernommen – und heftige Reaktionen provoziert: Im Jahr 2000 gründete sich das Migreurop-Netzwerk, das sich gegen ein »Europa der Lager« stark macht.

In den letzten Jahren konzentrierten sich die Regierungen der Zielländer von Zuwanderung angesichts des »hohen Migrationsdrucks« zunehmend auf eine Politik der Auslagerung. 2001 präsentierte Australien die »Pazifiklösung« und erwarb vom Staat Nauru das Recht, dort Durchgangslager unter der Verwaltung der IOM einzurichten. 2003 kam aus Großbritannien der Vorschlag, »Transit Processing Centers« in Drittländern einzurichten, in denen Asylanträge außerhalb der EU geprüft werden sollen.

Die Idee fiel zwar durch, doch die Regierung schickte »Verbindungsbeamte«, die Leuten vor Ort beibringen sollen, die Zuwanderung in die EU zu bekämpfen. Es ist nun die Rede davon, an allen möglichen Stellen »Pufferzonen« oder »Sicherheitsgürtel« einzurichten. Die Transit- oder Herkunftsländer der Migranten werden aufgefordert, die Migrationsströme gleich an der Quelle aufzuhalten, und be-

kommen dafür im Gegenzug mehr Handelsfreiheit oder andere Unterstützung, selbst wenn es sich um dubiose Regime handelt. Die Wahrung der Menschenrechte spielt bei alledem offenbar nur eine zweitrangige Rolle.

WWW

Einführend

Dossier »Migration« der Bundeszentrale für politische Bildung

- www.bpb.de/themen/8T2L6Z,0,Migration.html
- ausführliche Länderinformationen bei der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
- www.ffm-berlin.de/index.html

NGOs

Förderverein, Hilfe in Einzelfällen

- www.proasyl.de

Internationales Netzwerk für »illegale« Migranten

- www.picum.org

Terminkalender

- www.noborder.org

ausführlich zu Rechtsfragen

- www.statewatch.org

zu Binnenflüchtligen

- www.internal-displacement.org

Internetdienst für Rechtsanwälte

- www.asylumlaw.org

Die neue Weltordnung – Machtmonopol auf Zeit

Mit dem Ende der Sowjetunion ging die bipolare Welt unter. Übrig geblieben ist eine einzige Supermacht, die langfristig jedoch auf Bündnispartner angewiesen ist. Sonst bringt der Hegemon zu viele schwächere Mächte gegen sich auf – und riskiert, dass sie sich gegen ihn verbünden.

Nach 1945 kam es zu einer nie da gewesenen Neugestaltung der weltweiten internationalen Beziehungen. Aus einer Reihe von Imperien und Großmächten entstand zum ersten Mal eine Konstellation, die mit einem Begriff aus dem Magnetismus als »bipolar« beschrieben wurde. Die USA und die Sowjetunion wurden zu den beiden allgemein anerkannten »Supermächten«. Freilich war die Bipolarität nie absolut, und in beiden Lagern gab es Abtrünnige. Die USA waren mit dem Frankreich de Gaulles konfrontiert, während sich die Sowjetunion mit dem maoistischen China auseinandersetzen musste. Das Gleichgewicht der Supermächte eröffnete Drittstaaten einen Spielraum, in dem sie Autonomie wahren und sich zu den so genannten Blockfreien zusammenschließen konnten.

Mit dem Mauerfall 1989 zerfiel auch diese Konstellation. Das Ende des Kalten Krieges manifestierte sich im Verschwinden der UdSSR. Ihr Erbe hat ein inzwischen vergleichsweise schwaches Russland angetreten, das 2004 bei der Gesamthöhe des Bruttoinlandsprodukts nach Kaufkraftparität auf Rang zehn und damit hinter Brasilien lag (CIA-Zahlen). Die russischen Militärausgaben machen einen Bruchteil, genauer: ein Dreiundzwanzigstel, der US-Militärausgaben aus, wie aus Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri hervorgeht. Währenddessen wurden die USA, beginnend mit der Amtszeit Ronald Reagans, immer stärker. Das Ende der Bipolarität führte somit, zumindest in den Augen Washingtons, zu einer historisch neuen Konstellation: Es entstand eine

»Unipolarität«, aus deren Ausübung sich für die USA ihre Bestimmung zur einzigen »Hypermacht« ergab.

Angesichts dieser Ausgangslage werden zwei Alternativen propagiert. Die utopischere sieht eine Welt vor, die von den Regeln des Rechts und von kollektiven Institutionen gelenkt wird. An ihrer Spitze stünde eine reformierte UNO, die sich auf ihre ursprüngliche Berufung besinnt. Paradoxerweise kündigte Bush senior, der erste US-Präsident nach dem Kalten Krieg, dies 1991 unter dem Namen einer »neuen Weltordnung« genau in dem Moment an, als er zu einer ersten Demonstration der Stärke in der Ära der Unipolarität gegen den Irak ausholte. Die andere Option ist die Multipolarität. Ihre energischsten Anhänger sind – wie sollte es anders sein – diejenigen, die Gegengewichte gegen die Macht der USA schaffen wollen: Frankreich, Russland und China.

Anders Tony Blair: Der britische Premier und treueste Vasall Washingtons beschwor das Gespenst der zwei Weltkriege, zu denen die Multipolarität der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geführt habe, und plädiert für eine unipolare Welt unter Führung der USA.

Unter den Verfechtern der Multipolarität ist kein Land für sich allein genommen imstande, ein globales Machtzentrum zu sein. China und Russland werden, wenn überhaupt, noch einige Jahrzehnte brauchen, bis sie soweit sind. Und Frankreich ist zu klein, um diesen Ehrgeiz überhaupt zu verfolgen. Paris setzt deshalb auf die Errichtung einer »europäischen Macht«, sei es ausgehend von der Europäischen Union, sei es, jedenfalls für den Anfang, durch die Stärkung der französisch-deutschen Achse. In ihrer gemeinsamen Opposition gegen den Irakkrieg 2003 suchten Paris und Berlin den Schulterchluss mit Moskau.

Russland verfolgt faktisch zwei Wege, die sich gegenseitig ergänzen sollen: Nach Westen treibt es die Zusammenarbeit mit Europa voran, und in seiner Asienpolitik konzentriert es sich auf die Kooperation mit China und baut außerdem seine Beziehungen zum Iran aus. Indien wird sowohl von dieser asiatischen

Allianz als auch von Washington umworben. Seit dem Ende der UdSSR ist Peking der wichtigste Abnehmer für russische Waffen geworden. 2005 führten die beiden Länder ihre ersten gemeinsamen Großmanöver durch.

Als die USA sich für den Weg der Unipolarität entschieden, erregte dies auch in den USA selbst Widerspruch, und die Prognose dieser Kritiker aus der »realistischen Schule« sollte sich als richtig erweisen. Mit seiner unipolaren Strategie ruft Washington eine Neigung schwächerer Mächte hervor, sich in Bündnissen zusammenzuschließen, um ein Gegengewicht zur Hegemonie der Hypermacht zu bilden. Verhindern ließe sich das nur durch eine genau durchdachte Politik, dank deren sich das Imperium die Gewissheit verschaffen würde, dass die Abhängigkeit jeder einzelnen dieser Mächte größer ist als ihre Versuchung, Bündnisse gegen das Imperium einzugehen. Doch der außenpolitische Kurs der gegenwärtigen Bush-Regierung steht im krassen Widerspruch zu den Erfordernissen solchen politischen Raffinements.

WWW

zum Kalten Krieg

- de.wikipedia.org/wiki/Kalter_Krieg
- unabhängiger Think Tank zu Internationalen Beziehungen
- www.cfr.org

Wissenschaftliche Analyse internationaler Beziehungen

- www.riia.org

Online-Ausgabe der Informationen zur politischen Bildung (Heft 245) – Internationale Beziehungen I

- www.bpb.de/publikationen/90DR2J0,Internationale_Beziehungen_I.html

Onlineportal für internationale Beziehungen des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

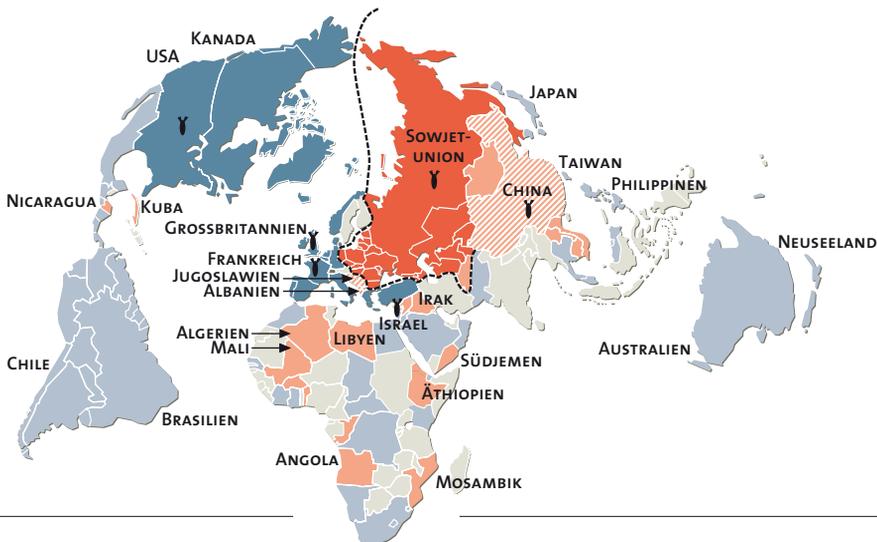
- www.weltpolitik.net

Artikel zum Thema »Neue Weltordnung« zusammengestellt von

- Prof. em. Hans-Jürgen Krysmanski
- www.uni-muenster.de/PeaCon/global-texte/globalws0203.htm

► Die Welt in der Zeit des Kalten Kriegs (1948–1991)

- westliches Lager
 - Nordatlantikpakt-Organisation (Nato, North Atlantic Treaty Organization)
 - mit dem westlichen Lager durch militärische Zusammenarbeit verbündete Länder
- kommunistisches Lager
 - Warschauer Pakt
 - nicht mit der UdSSR verbündete kommunistische Länder
 - mit dem kommunistischen Lager durch militärische Zusammenarbeit oder Freundschaftsverträge verbündete Länder
- Konfrontationslinie zwischen Ost und West
- ⚡ Länder mit Atomwaffen



► Neue Bündnisse nach dem Kalten Krieg



► Die Machtconstellationen im 21. Jahrhundert

- die drei wirtschaftlichen und militärischen Machtblöcke der Triade
- wirtschaftliche oder politische Regionalmächte
- Wirtschaftsmacht im Umbruch



Die neuen Grenzen des Imperiums

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die USA ihre Macht bis in vormals sowjetische Territorien ausgedehnt. Das ist ihnen gelungen, weil sie permanent weiter aufgerüstet und ihren rüstungstechnologischen Vorsprung gewaltig ausgebaut haben.

Anfang der 1990er-Jahre gingen die US-Militärausgaben – verglichen mit den unter Ronald Reagan erreichten Rekordsummen – deutlich zurück. Aus der Festlegung auf die »Unipolarität« (siehe Seite 52) ergab sich vor allem, dass sich ihr Rüstungsetat zunächst auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre des Kalten Krieges hielt. Ab 1998 setzte die Regierung Clinton jedoch ihr neues Programm zur langfristigen Erhöhung des Verteidigungshaushalts um.

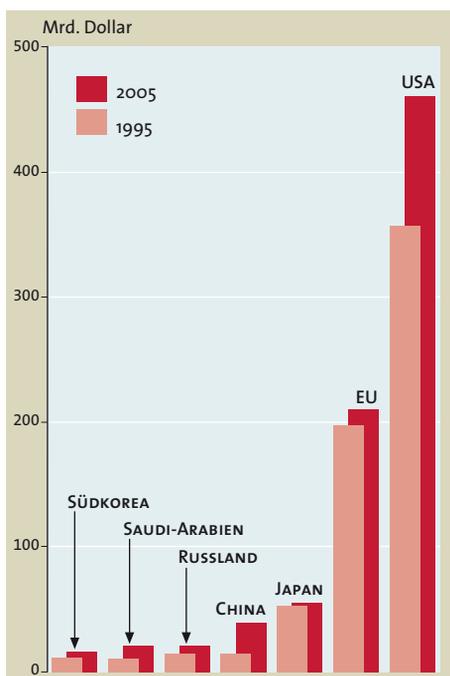
Seit dem 11. September 2001 hat sich diese Entwicklung durch die von der Bush-Regierung geführten Kriege in Afghanistan und im Irak rasant beschleunigt. Die US-Militärausgaben, die bereits

1995 ein Drittel der weltweiten Militärausgaben betragen hatten, stiegen 2005 ungefähr auf die Hälfte – und haben den diesbezüglichen Graben zum Rest der Welt vertieft.

Die irakische Invasion in Kuwait vom August 1990 bot Washington die Gelegenheit zu beweisen, dass das Ende des Kalten Krieges keineswegs das Ende der von den USA gern gespielten Rolle des Welt-

polizisten bedeutete. Der Einmarsch gestattete ihnen auch, ihre Macht in einer strategisch äußerst wichtigen Region neuerlich zu festigen (siehe Seite 120, 124 und 126). Indem die USA den Persischen Golf, wo sich zwei Drittel der Welterdölvorräte befinden, unter ihre direkte Kontrolle brachten, sicherten sie sich einen wichtigen Trumpf, und zwar sowohl im Verhältnis zu den europäischen und japa-

► Militärausgaben im Vergleich



nischen Verbündeten als auch gegenüber China, denn von diesen Energieressourcen sind sie alle abhängig. Während sich der Warschauer Pakt auflöste, wurde 1991 beschlossen, die Nato nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern sie aus einem Verteidigungsbündnis in eine »Sicherheitsorganisation« umzugestalten. 1994 entschied sich die Clinton-Regierung dann zum großen Missfallen Moskaus für eine Osterweiterung der Nato. 1999 wurden Polen, Ungarn und die Tschechische Republik aufgenommen. Es folgten die drei baltischen Staaten sowie Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien

(2004). Die Erweiterung der Nato soll fortgesetzt werden – einer der nächsten Kandidaten ist die Ukraine. Sie wird voraussichtlich 2008 der Nato beitreten und nimmt seit neuestem an der Operation »Active Endeavour« im Mittelmeer teil, wo russische Schiffe und Schiffe der Nato mögliche Terrorangriffe auf See verhindern sollen.

In den Kontext dieser Entwicklung gehörte ein neuerlicher Einsatz von Nato-Luftstreitkräften als bewaffneter Arm der Vereinten Nationen in Bosnien 1994/1995. Darauf folgte der Kriegseintritt der UNO im Kosovo (März–Juni

1999), erstmalig in ihrer Geschichte. Zudem übertrug man der Nato, zurückgestutzt auf die Rolle einer Hilfstruppe der USA bei bestimmten militärischen Expeditionen, auch die Verwaltung der Gebiete, um die Washington sich nicht selbst kümmern will, wie zum Beispiel des Kosovos. Auch in Afghanistan findet die Nato einen erweiterten militärischen Aufgabenkatalog.

Am anderen Ende Eurasiens erneuerte Washington sein Militärbündnis mit Japan und verwies Pekings Ansprüche auf Taiwan in die Schranken. Die Spannungen wegen der Taiwanfrage erreichten 1996 einen Höhepunkt, mit militärischen Drohgebärden auf beiden Seiten. Gleichzeitig erhöhte Washington zunehmend den Druck auf Nordkorea.

Die Anschläge vom 11. September 2001 boten den USA Gelegenheit, ihre imperiale Expansion voranzutreiben. Der Afghanistankrieg gestattete ihnen, sich nicht nur in Afghanistan selbst, sondern auch in einigen ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien (insbesondere in Usbekistan und Kirgisien) sowie im Kaukasus (Georgien) militärisch festzusetzen. So stellte Washington seine Bauern im Herzen der eurasischen Landmasse auf, zwischen Moskau und Peking, den beiden – militärisch durchaus kooperierenden – potenziellen Rivalen.

Die Invasion des Irak im März 2003 konsolidierte diese Machtpolitik auch in der Golfregion. So jedenfalls sah es das Kalkül Washingtons vor. Allerdings will es den USA nicht gelingen, den Irak zu beherrschen, während sich gleichzeitig auch Teile Afghanistans ihrer Kontrolle entziehen. So mächtig die US-Militärtechnologie sein mag – ihre Stärke reicht nicht aus, um Völker zu beherrschen. In dem Augenblick, wo das Pentagon seine Schlagkraft nicht mehr aufrechtzuerhalten und zu erneuern vermag, könnte sich das Imperium in einer Situation der »Überdehnung« wiederfinden.

Die US-Streitkräfte und ihr Aktionsraum



WWW

- kritisches Online-Magazin zur US-Politik
- www.alternet.org
- kritisches Diskussionsforum zur US-Politik
- www.parapundit.com
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Forschungsgruppe Sicherheitspolitik
- www.swp-berlin.org
- U.S. Department of Defense
- www.defenselink.mil
- Analysen und Daten zur US-Sicherheitspolitik
- www.cdi.org
- ständig aktualisierte Artikelsammlung zu militärischen Konflikten
- www.globalsecurity.org/military

Wal-Mart: mit schlechtem Beispiel voran

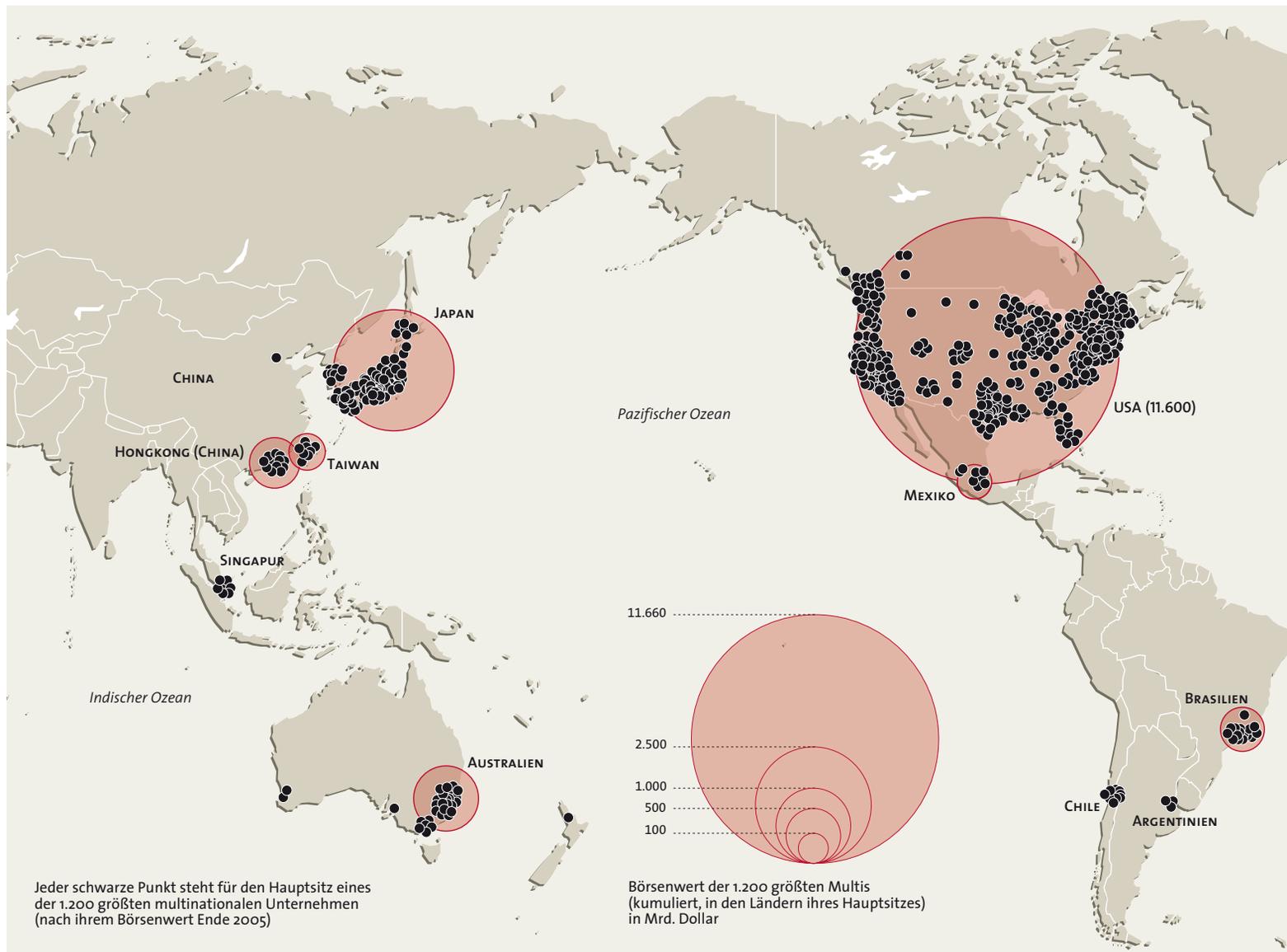
Vom Laden um die Ecke zum größten Einzelhändler der Welt – Wal-Mart ist mit seinen heute mehr als 1,6 Millionen Angestellten und einem Umsatz, der 2,5 Prozent der US-Wirtschaftsleistung entspricht, zum Inbegriff der Macht der Multis geworden.

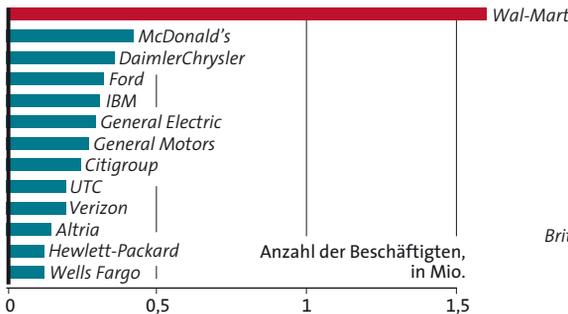
Den Grundstein des Einzelhandelsriesen Wal-Mart, der allein in den USA jede Woche mehr als 130 Millionen Kunden bedient, legte Sam Walton 1962 mit einem kleinen Lebensmittelladen in Bentonville im armen US-Bundesstaat Arkansas. Heute sind die Walton-Erben mit einem Vermögen von 90,7 Milliarden Dollar doppelt so reich wie der 46,5 Milliarden Dollar schwere Bill Gates. Wie konnte das gelingen?

Mittlerweile versuchen die meisten Unternehmen, durch »Just in time«-Lieferung ihre Lagerkosten gering zu halten,

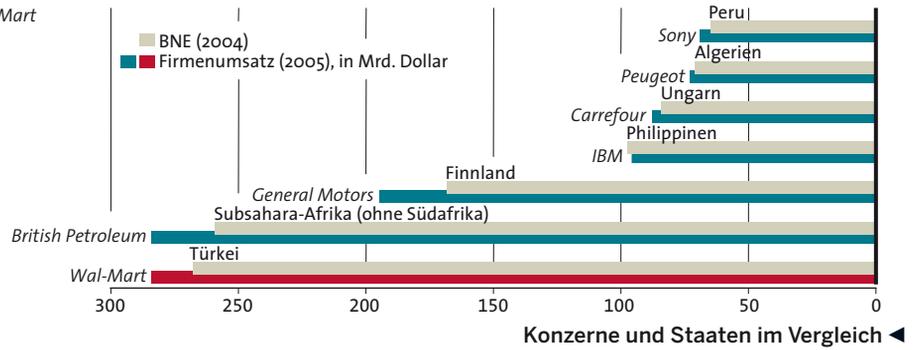
doch angefangen hat damit Wal-Mart. Das größte Unternehmen der Welt revolutionierte zunächst die Methoden der Lagerhaltung. Die 7.100 firmeneigenen Laster sorgen u. a. dafür, dass nicht in einer Filiale Ware liegen bleibt, die in einer anderen fehlt und verkauft werden könnte. Die Logistik des Konzerns setzt auch auf Einzelheiten: Wenn jeder Wal-Mart-Laster einen Kilometer mehr pro verbrauchtem Liter Benzin fährt, dann spart das dem Unternehmen 50 Millionen Dollar pro Jahr – und bringt ihm obendrein das Image der Umweltfreundlichkeit ein.

► Multis: Jeder zweite hat seinen Sitz in den USA





► Die Multis als Arbeitgeber



◀ Konzerne und Staaten im Vergleich

Nach und nach breitete sich die Firma aus Bentonville über die Grenzen von Arkansas hinaus aus, zunächst in die von der Konkurrenz schmächtig vernachlässigten ländlichen Regionen im Süden der USA. Sie reinvestierte ihre Gewinne (2005

waren es mehr als 10 Milliarden Dollar) in die geografische Expansion. Dank der Nordamerikanischen Freihandelszone Nafta eröffnete Wal-Mart 1991 erste Geschäfte in Mexiko, seit 1994 sind die Supermärkte auch in Kanada zu finden. 1995 folgten Brasilien und Argentinien, 1996 China, 1998 Deutschland und 1999 Großbritannien. Auf 5.000 Supermärkten weltweit prangt heute das Logo des Multis. Die nächste Hürde, die sich Wal-Mart vorgenommen hat, ist Indien mit seinen derzeit 12 Millionen kleinen Einzelhändlern, von denen die wenigsten rentabel arbeiten. Denn schließlich schwächelt der US-Markt, auf dem das Unternehmen noch 80 Prozent seiner Umsätze macht.

Da Wal-Mart seine Zulieferer immer dort sucht, wo die Arbeitskraft am billigsten ist und am meisten ausgebeutet wird, profitierte das Unternehmen von der Öffnung der Märkte, zu der Washington von seinen befreundeten Partnerländern, aber auch durch das Gatt-Abkommen und später die WTO gedrängt wurde.

Doch das ist nur einer von vielen Punkten, an denen der eminent politische – und durch die Politik erzeugte – Charakter der Wal-Mart-Erfolgsgeschichte zutage tritt. Präsident George Bush senior verlieh Sam Walton 1992 die höchste Auszeichnung, die ein Zivilist in Amerika bekommen kann. Auch sein Nachfolger Clinton war diesem anderen Spross aus seiner Heimat Arkansas gegenüber immer äußerst zuvorkommend. Und George W. Bush schließlich kann sich stets darauf verlassen, dass der Multi Wal-Mart den Großteil seiner Parteispenden den Republikanern zukommen lässt.

1947 hatte Friedrich Hayek, der berühmte Theoretiker des Liberalismus, erklärt: »Wenn wir die leiseste Hoffnung auf eine Rückkehr zur freien Wirtschaft hegen wollen, ist eine der wichtigsten Fragen die nach der Beschränkung der Macht der Gewerkschaften.« Bei Wal-Mart ist diese Frage längst geklärt: Sobald

sich die Beschäftigten einer Filiale in den USA nach einer harten betrieblichen Auseinandersetzung dazu durchringen, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, wird die Filiale geschlossen. Das Unternehmen, bei dem mehr als ein Prozent aller amerikanischen Erwerbstätigen arbeiten, trägt damit das Seine zum Rückgang der gewerkschaftlichen Organisation bei. Dieser Rückgang ist jedoch häufig die Voraussetzung für eine Politik des Lohnbaus. Und obwohl im US-Gesetz das Recht, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen, verbrieft ist, ergreifen weder die regierenden Republikaner noch die Demokraten irgendwelche rechtlichen Schritte gegen diese Methoden.

Auch der Wandel der Wirtschaft im Westen – Rückgang der industriellen Produktion und Aufschwung des Dienstleistungssektors – stärkt das Modell Wal-Mart. Jedes Mal, wenn eine Automobilfabrik geschlossen und ein Supermarkt eröffnet wird, geht ein Stück Arbeitertradition verloren, an die Stelle von angemessenen Löhnen tritt Lohndumping, und der Trend zur prekären Beschäftigung verschärft sich. Der Einzelhandelsmulti Wal-Mart ist inzwischen nicht zuletzt dafür bekannt, dass er Gehälter zahlt, die knapp über dem Existenzminimum liegen, den Schutz seiner Angestellten vor Krankheit und anderen Lebensrisiken aber nach Möglichkeit auf die Sozialämter abwälzt.

WWW

Einführend

• de.wikipedia.org/wiki/Wal-Mart

kritisch zu Wal-Mart (mit weiteren Links)

• www.againstthewal.com

Weblog

• www.walmartwatch.com

Informationen über Multis verschiedener Branchen

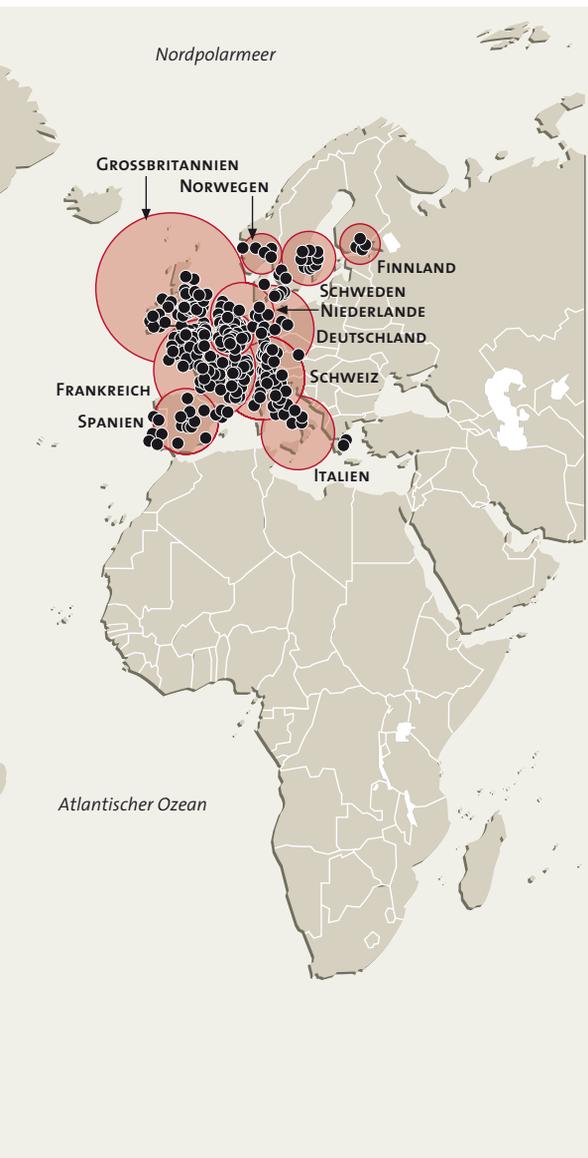
• www.corporatewatch.org.uk

kritisch zu McDonald's

• www.mcspotlight.org

Attac-Positionspapier Alternative Weltwirtschaftsordnung

• opentheory.org/attac-awwo2/v0001.phtml



Sponsoren der Demokratisierung

Vor allem in den ehemaligen Ostblockländern sind viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) des Westens aktiv. Sie unterstützen eine Entwicklung hin zur liberalen, marktwirtschaftlichen Demokratie – und festigen damit, ob sie wollen oder nicht, auch die Macht der USA. Zu den einflussreichsten gehört das Open Society Institute des Milliardärs George Soros.

Seit dem Ende der Blockkonfrontation setzt sich das westliche, vor allem das US-amerikanische Gesellschaftsmodell auf dem Planeten immer weiter durch. Länder, die dieses Modell nicht übernommen haben, werden als »Übergangstaaten« dargestellt, als Staaten im Übergang zur Demokratie. Hier entstehen und

engagieren sich hunderte von NGOs (Non-Governmental Organisations, Nichtregierungsorganisationen), und man spricht bereits von einer »NGOsierung«. In Georgien, einem für Washington strategisch wichtigen Land, entstanden fast 1.000 lokale NGOs, finanziert und unterstützt von etwa 50 internationalen NGOs.

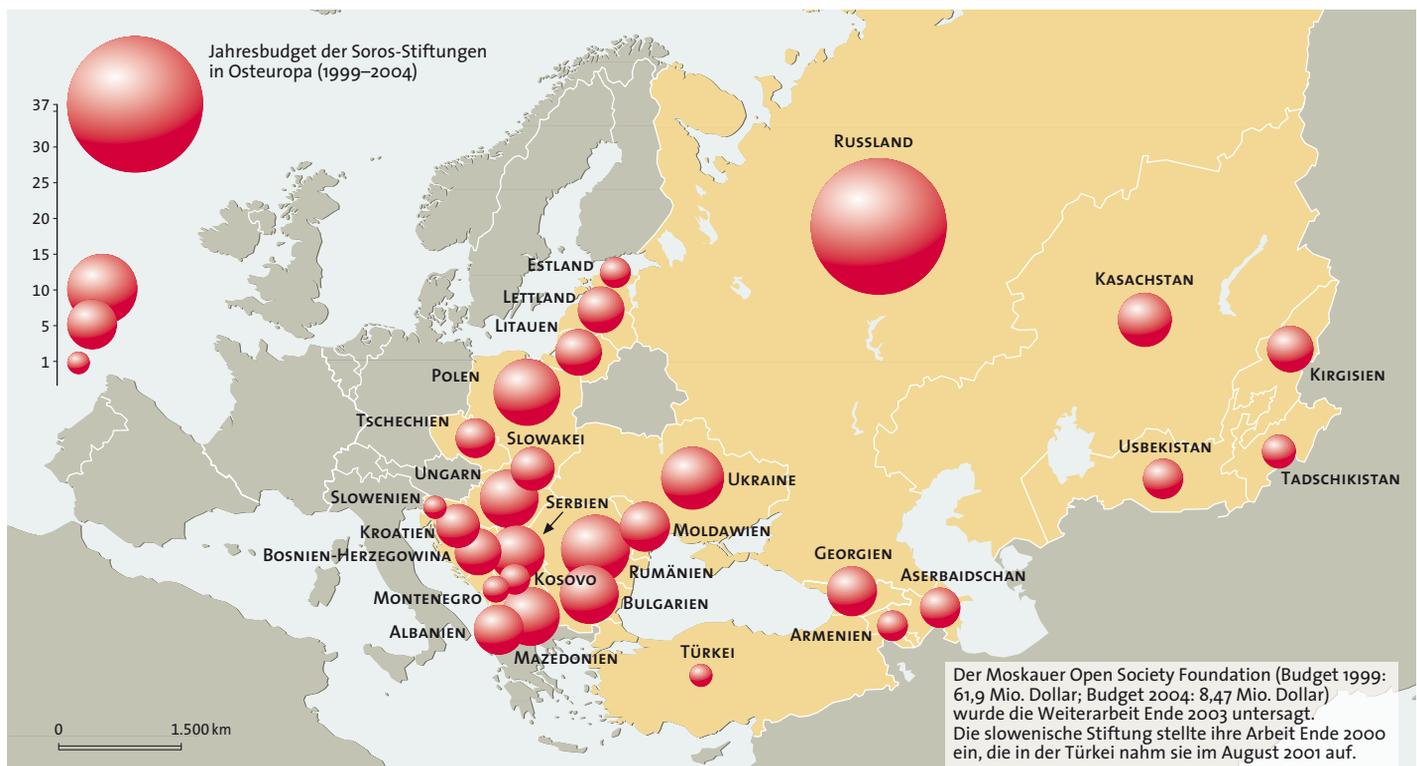
Die in der ehemaligen Sowjetrepublik aktiven ausländischen NGOs unterscheiden sich stark in ihrer Größe, ihrer ideologischen Ausrichtung, ihrer finanziellen Ausstattung und auch hinsichtlich ihrer Verbindungen zur georgischen Regierung. Manche sind rein private Initiativen, wie das Open Society Institute (OSI) des amerikanischen Milliardärs George Soros. Andere sind zwar ebenfalls nicht-staatlich, erhalten aber öffentliche Gelder, etwa die Hilfsorganisationen Care oder World Vision. Zwei sind direkte Ableger US-amerikanischer Parteien, nämlich das National Democratic Institute (NDI) und das International Republican Institute (IRI). Andere sind mit deutschen Institutionen oder Parteien ver-

bunden, etwa der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Heinrich-Böll-Stiftung, die den Grünen nahe steht. Hinzu kommen von anderen Staaten finanzierte staatliche Organisationen, zum Beispiel die United States Agency for International Development (USAid) oder die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza).

In ihren Zielländern finanzieren die NGOs zwar Programme, die unterschiedliche Ziele verfolgen: Schutz der Frauenrechte, Förderung des Kleinhandels, Stärkung der Zivilgesellschaft, Aidsprävention, Umweltschutz, Ausbildung von Journalisten oder Richtern, Reform der schulischen Bildung – allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sie das demokratische Leitmodell übernehmen. So genannte demokratische Prinzipien bestimmen, ob und wie viel finanzielle Hilfe ein Land bekommt. Die Frage ist jedoch: Geht es tatsächlich immer nur um die Demokratie?

Nicht alle Organisationen arbeiten daran, ein ihrem Staat zuträgliches ideologisches Modell zu entwickeln. Die vielen

► Die Open-Society-Institute





Wofür George Soros sein Geld gibt ◀

im ehemaligen Ostblock aktiven NGOs propagieren unterschiedliche Varianten eines mehr oder weniger neoliberalen Demokratiemodells. Schließlich heißt es Rücksicht nehmen auf die Empfindlichkeiten der Geberländer und die Gepflogenheiten der Entwicklungshilfe. Dass die USA dabei eine Hauptrolle spielen, ist unbestreitbar – womit sie sich jedoch immer auch die Kritik einhandeln, dass sie die Hilfsleistungen instrumentalisieren.

Einige der amerikanischen NGOs verwahren sich aufrichtig gegen diesen Vorwurf. Aber ob sie wollen oder nicht, es stellt sich die Frage, inwieweit sie zur Festigung der Machtposition der USA beitragen. Wie verhält es sich beispielsweise mit den überall im exsowjetischen Raum aktiven evangelischen Sekten? Wo genau verläuft die Grenze zwischen der »politischen Strategie« und der messianischen Weltanschauung, dem Glauben daran, dass die Amerikaner berufen sind, für »das Gute« in der Welt zu kämpfen?

Die Strategie der USA ist erklärtermaßen die Verbreitung ihres liberalen Demokratiemodells. Irak, Kosovo oder Afghanistan gelten als Beispiele für eine »aufgezwungene Demokratisierung« – ein Widerspruch in sich. Aber es geht offenbar gar nicht so sehr um Demokratisierung als vielmehr um Herrschaft, denn Washington lässt nach wie vor auch Diktaturen direkte Unterstützung zukommen.

Immerhin haben US-Nichtregierungsorganisationen in einigen Ländern den Regimewechsel befördert: in Serbien (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005) haben sie gewaltfreie Revolutionen zum Sturz der kor-

rupten Herrscher unterstützt. Die konservativen Menschenrechtsorganisationen Freedom House, das NDI und die Soros Foundation halfen der Opposition, den amtierenden Regierungen die Stirn zu bieten, Wahlen unter internationaler Beobachtung zu organisieren und den oppositionellen Medien Mut zu machen. Doch eine solche Förderung der Demokratie bleibt zumindest ambivalent.

WWW

Einführend zu Soros

• de.wikipedia.org/wiki/George_Soros

United States Agency for International Development

• www.usaid.gov

Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Medien

• www.cimera.org

NGO zu global policy

• www.globalpolicy.org/ngos/index.htm

CARE International Deutschland

• www.care.de

George Soros

- 1930 geboren in Budapest, überlebte trotz jüdischer Herkunft die deutsche Besetzung Ungarns
- 1946 Flucht vor der sowjetischen Okkupation aus Ungarn
- 1947 beginnt mit dem Studium der Wirtschaftswissenschaften an der London School of Economics (LSE), u. a. bei Karl Popper
- 1956 Börsenhändler an der Wall Street
- 1969 gründet den Hedge-Fonds Quantum Fund im Steuerparadies Curacao
- 1990 rettet den damaligen Präsidentensohn George W. Bush vor der Pleite, indem er dessen Schulden über die Firmen Harken Energy und Spectrum 7 abfängt. Erklärtes Ziel: die Sicherung von politischem Einfluss
- 1992 steigt bei Risikokapital-Gesellschaft Carlyle ein, bei der sowohl die Familie Bin Laden als auch die Familie Bush Gelder investiert haben. Am 16. September, dem »Black Wednesday«, spekuliert er gegen das englische Pfund, das daraufhin aus dem Europäischen Währungssystem ausscheiden muss. Soros verdient in einer Nacht über 1,1 Milliarden Dollar
- 1997 spekuliert während der Asienkrise auf die malayische Währung Ringgit. Thailand braucht zwei Jahre, um die Verluste durch das Erstarken der Nachbarwährung wieder aufzuholen
- 1998 sein Buch »The Crisis of Global Capitalism« erscheint
- 2004 sein Buch »Die Vorherrschaft der USA – eine Seifenblase« erscheint. Er spricht sich zudem gegen die Wiederwahl von US-Präsident Bush aus
- 2005 wird von einem französischen Gericht zu einer Geldstrafe von 2,2 Mio. Euro verurteilt, weil er 1988 aufgrund von Insider-Informationen mit Aktienpaketen der französischen Großbank Société Générale rund 2,8 Mio. US-Dollar Spekulationsgewinn gemacht hatte. Nach Auskunft von Forbes steht Soros mit einem geschätzten Vermögen von 7,2 Milliarden Dollar auf Platz 24 der reichsten US-Amerikaner

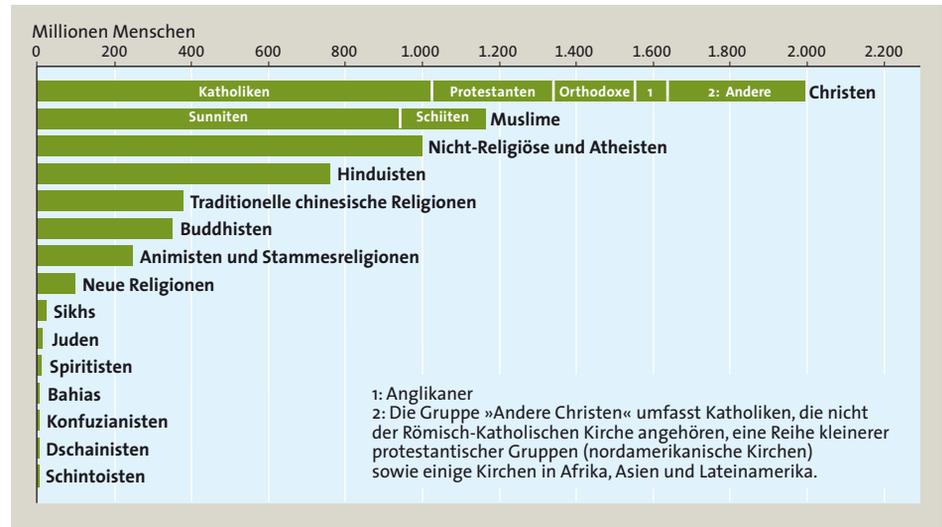
Der Glaube und seine Instrumentalisierung

Dass politische Zwecke religiöse Gefühle für sich vereinnahmen ist nichts Neues. Aber die Krise des Politischen angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt hat dieses Phänomen sichtbarer und beunruhigender gemacht.

Schon mehrfach in der Geschichte mussten die drei großen monotheistischen Weltreligionen – um nur sie zu nennen – als Rechtfertigung für kriegerische, fremde Völker unterjochende Ziele herhalten. Mit einer ursprünglichen, spirituellen Botschaft freilich hatten die Kreuzzüge der abendländischen Christen ebenso wenig zu tun wie die Unterwerfung der Neuen Welt oder der kriegerische Expansionismus der Muslime in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends.

In der jüngeren Vergangenheit haben die USA Juden, Christen und Muslime im Kalten Krieg instrumentalisiert, um die kommunistische Ideologie zu bekämpfen und die Sowjetunion zu destabilisieren. Die Amerikaner unterstützten bekanntlich die Dschihadisten, darunter den späteren Al-Qaida-Führer Ussama bin Laden, damit sie gegen die Rote Armee in Afghanistan besser gerüstet waren. Unvergessen ist auch die wichtige Rolle, die während der Reagan-Ära (1980–1988) Papst Johannes Paul II. bei den Ereignissen spielte, die zum Zusammenbruch des Kommunismus in Polen und schließlich im gesamten Ostblock führten.

Seit dem Ende der ideologischen Ost-West-Konfrontation wird gern von einer »Rückkehr der Religionen« auf die Bühne der internationalen Politik geredet. Gestützt wird diese These mit der Behauptung, dass die vielerorts bestehenden Spannungen als politisch-religiöse Unruheherde zu betrachten seien, so etwa der Iran mit seinem sittenstrengen Mullah-Regime oder Indien und Pakistan, wo es zu Ausschreitungen gegenüber Andersgläubigen kommt. Im Nahen Osten wären der israelisch-palästinensische Konflikt oder die Situationen im Libanon und



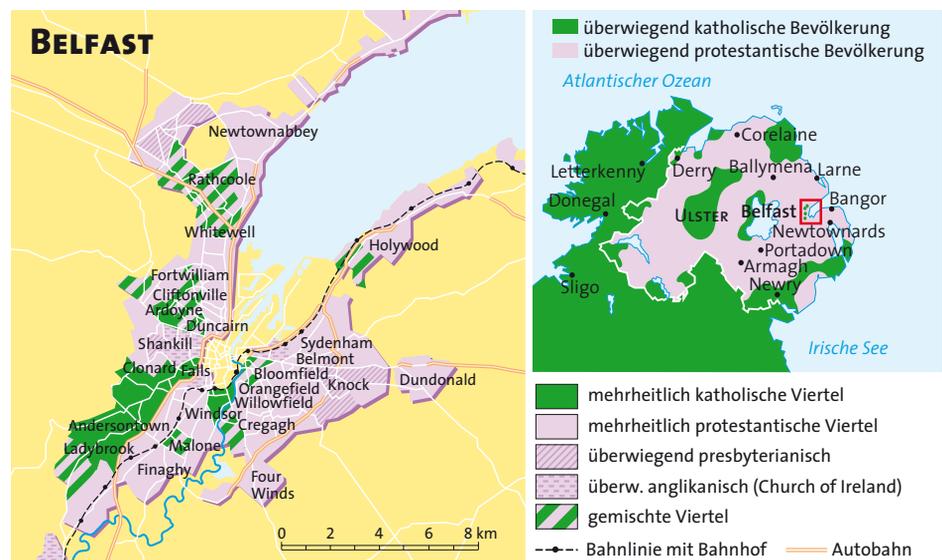
Religionszugehörigkeit weltweit ◀

im Irak als Beispiele dafür zu nennen, dass religiöser Radikalismus die Emotionen verstärkt. Ein weiterer Beleg wären die Vereinigten Staaten, wo christliche Fundamentalisten Einfluss auf Präsident George W. Bush nehmen, für eine wörtliche Deutung der Bibel kämpfen und der These vom Kampf der Kulturen anhängen. Der Wirtschaftswissenschaftler und Nahost-Experte Georges Corm hält Hun-

tingtons Darstellung übrigens für eine Apologie der gewaltsamen Auseinandersetzung zweier »Mega-Identitäten«: der jüdisch-christlichen auf der einen und der arabisch-muslimischen auf der anderen Seite.

In der massiven Rückkehr der Religionen die Wurzel vieler Konflikte und gewaltsamen Auseinandersetzungen zu sehen, geht am wirklichen Geschehen je-

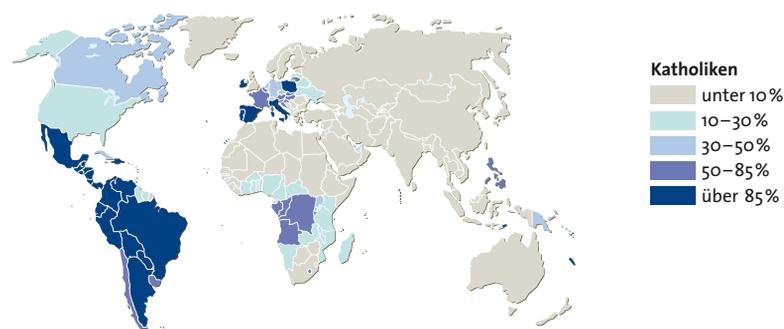
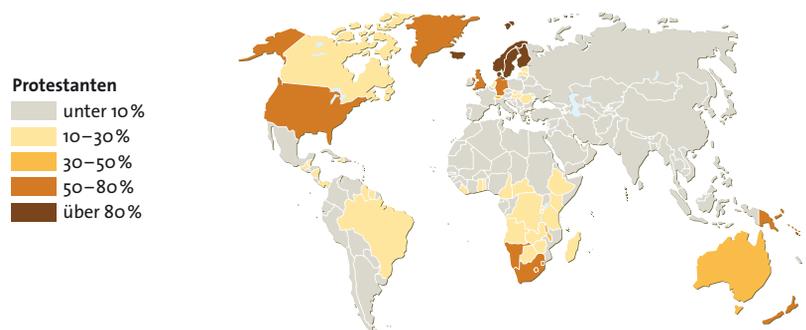
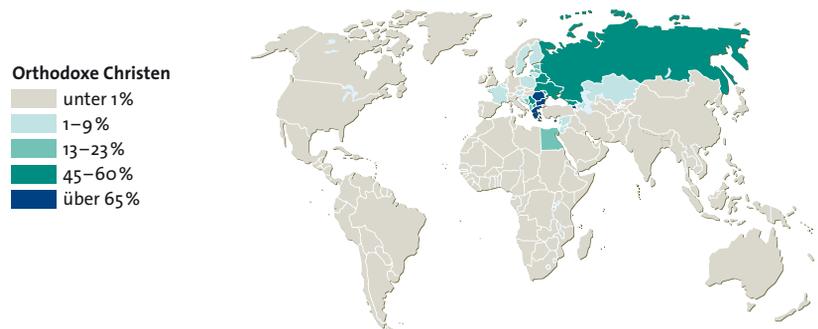
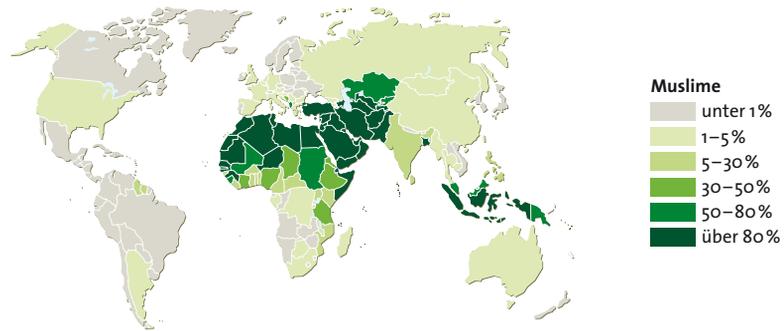
Katholiken und Protestanten in Nordirland ◀



doch völlig vorbei. Der Islamismus entstand auf den Trümmern des arabischen Nationalismus und nährt sich aus den aufgeputschten Gefühlen in den Straßen von Alger und Kairo. Die Werte der christlichen Rechten in den USA nähren den Patriotismus und die imperialen Bestrebungen einer republikanischen Regierung, die die Emotionen einer durch die Anschläge vom 11. September 2001 traumatisierten Gesellschaft bedienen will.

Beispiele für gewaltsame, religiös aufgeladene Konflikte gibt es zu hauf: Der Krieg in Nordirland, der 3600 Opfer forderte und über dreißig Jahre lang Katholiken und Protestanten aufeinander schießen ließ, war in erster Linie ein gesellschaftlicher und politischer Konflikt zwischen zwei Bevölkerungen, von denen die eine darunter litt, durch die andere beherrscht zu werden. Hier haben sich – ebenso wie im früheren Jugoslawien, wo Katholiken, Orthodoxe und Muslime bis zur Implosion friedlich in einem gemeinsamen Staat zusammengelebt hatten – die Religionen in militante Ideologien verwandelt, hinter deren Rhetorik es oftmals um ganz andere Dinge ging. Die destruktiven Kräfte, die solche Ideologien freisetzen, reichen bis zu ethnischen Säuberungen, wie sie auf dem Balkan tatsächlich verübt wurden.

Statt von einer »Rückkehr der Religionen« sollte man besser von einem Rückgriff auf das Religiöse sprechen. Manche Gruppierungen oder Politiker greifen auf religiöse Gefühle zurück, weil sie keine politischen Zielvorstellungen haben oder womöglich solche, die den demokratischen Prinzipien zuwider laufen. Der Bedeutungsgewinn des Religiösen verdankt sich nicht etwa einer Rückkehr an die Macht, sondern seiner stärkeren globalen Sichtbarkeit, die wiederum aus dem Bedeutungswandel des Politischen resultiert.



WWW

- The Religious Movements Homepage, University of Virginia
www.religiousmovements.org
- Ökumenischer Rat der Kirchen
www.wcc-coe.org
- Judentum + Islam
www.erziehung.uni-giessen.de/studis/Robert/Kirche.html
- Jüdisch-christliche Beziehungen
www.jcrelations.net
- Islam in Deutschland
www.islam.de
- Sekten
www.info-sectes.org

Der Ausbau Europas

Der Fall der Berliner Mauer öffnete den Blick nach Osten. Und der Zusammenbruch des Ostblocks setzte die Erweiterung der EU auf die Tagesordnung. In diesem Prozess wurde die Vertiefung der Union aus den Augen verloren. Heute konzentriert sich die EU ganz auf die Liberalisierung des Binnenmarktes.

Nach dem Zweiten Weltkrieg traten die meisten Staaten Westeuropas internationalen Organisationen bei, die als Resultat des Kalten Krieges nicht auf Europa beschränkt waren: der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die seit 1947 den Marshallplan verwaltete, und dem 1949 gegründeten Nordatlantikpakt, der Nato. Das »andere Europa« reagierte da-

rauf mit der Gründung des RGW, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (1949), und des Warschauer Pakts (1955). Nach dem Tod Stalins im Jahr 1953 wurden im Westen die Projekte einer politischen Europäischen Gemeinschaft und einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) beerdigt.

Westeuropa im engeren Sinne blieb politisch schwach. Das embryonale Gebilde der Europäischen Gemeinschaft, das mit den Römischen Verträgen von 1957 und den sechs Gründungsmitgliedern entstand, basierte vor allem auf wirtschaftlichen Organisationen: der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS), Euratom und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zwar strebten die Initiatoren dieser Gemeinschaft ein politisches Europa an, das aus der wirtschaftlichen Integration erwachsen sollte. Doch dieser Prozess wurde verzögert, einerseits durch zwischenstaatlich-

che Konflikte und andererseits durch eine auf die »atlantische« Achse orientierte Denkschule, die vor allem in Großbritannien vorherrschte. Die Briten betrieben das Projekt der Europäischen Freihandelszone (Efta), die 1960 als Gegenpol gegen die EWG gegründet wurde, ehe sie sich 1973 auf die europäische Integration einließen, der sie allerdings eine andere Richtung geben wollten.

Mit dem 1992 unterzeichneten Maastrichtvertrag, der 1993 in Kraft trat, wurde die EWG zur Europäischen Union (EU) mit gemeinschaftlichen Institutionen wie Ministerrat, Europäischer Kommission, Europäischem Parlament (EP) und Europäischem Gerichtshof (EGH). Die meisten Mitglieder traten dem 1979 entstandenen Europäischen Währungssystem (EWS) bei, das auf der gemeinsamen Rechnungseinheit Ecu basierte. Im Zuge der Erweiterungen (siehe Karte rechts) bemühte sich die EWG/EU, die inneren Ungleich-

► Der Schengenraum und seine Opfer



- 1951
- 1973–1995
- 2004
- 2007
- DDR, die 1990 der BRD beitrug
- Kandidatenländer
- Länder, mit denen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) als Vorstufe zum EU-Beitritt verhandelt wird
- Westgrenze des ehemaligen Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
- Russland
- Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)



Die EU auf dem Weg nach Osten ◀

heiten abzubauen und ihr Image des »Europas der Kaufleute« zu korrigieren. Das äußerte sich v. a. in der Zunahme der Finanzmittel für die Strukturfonds zugunsten ärmerer Regionen und in der Direktwahl des Europaparlaments seit 1979.

Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1986 markiert die Wende zur Liberalisierung der Kapital- und Warenströme im europäischen Binnenmarkt. Der nach dem Fall der Berliner Mauer ausgehandelte Vertrag von Maastricht über die Einführung einer Gemeinschaftswährung legte scharfe geld- und haushaltspolitische Kriterien fest, um auch die Deutsche Bundesbank ins Boot zu bringen, die mit den Kosten der deutschen Wiedervereinigung belastet war. Als dann die europäische Diplomatie keinen Ausweg aus der Krise in Jugoslawien fand, nutzten die USA die Situation, um die Nato nach Osten auszuweiten und das »neue Europa« in den atlantischen Rahmen einzubinden. Nach dem Ende des Kriegs im Kosovo beschloss auch die EU 1999, ihre Osterweiterung beschleunigt voranzutreiben.

Seit »Maastricht« unterliegen die öffentlichen Finanzen der EU-Mitgliedsländer,

auch die staatlichen Sozialausgaben, den strengen Regeln von vier Stabilitätskriterien; zugleich wurde der EU-Haushalt auf 1,24 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedsländer begrenzt. Obwohl die neuen Beitrittsländer im Durchschnitt wesentlich ärmer und viel stärker landwirtschaftlich geprägt sind, beziehen sie nicht dieselben Transferleistungen, die noch die Länder Südeuropas, Irland und auch Ostdeutschland einstreichen konnten. Das Projekt eines europäischen Verfassungsvertrags diente schließlich dazu, dieser undurchsichtigen und sozial rückschrittlichen Ausrichtung der EU politische Legitimität zu verleihen. Deshalb wurde die Verfassung als einzig mögliche

Grundlage für die Entwicklung eines vorgeblich solidarischen Europas dargestellt, während in Wirklichkeit die EU zu einem Projekt schrumpft, das nur noch die allgemeine Marktkonkurrenz organisiert.

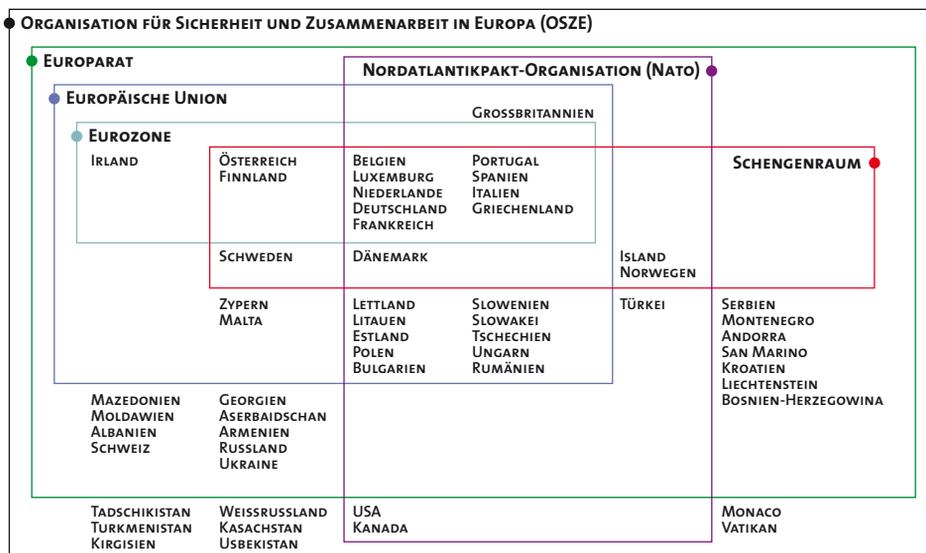
An dieses brüchige Modell, das die sozialen Sicherungssysteme zerstört und faktisch keine politische Einheit mehr anstrebt, knüpft sich heute nur noch eine positive Erwartung: dass es besser ist als lauter Nationalstaaten, in denen Angst voreinander herrscht. Eine Vorstellung, gegen die herrschende, unter US-Hege-monie stehende Weltordnung europäischen Widerstand zu organisieren, ist hingegen mit den Verträgen und den haushaltspolitischen Weichenstellungen der heutigen Union unvereinbar.

Die Aufnahme weiterer Kandidaten ist beschlossen oder ins Auge gefasst. Mit der Türkei, Kroatien und Mazedonien laufen Beitrittsverhandlungen, mit weiteren Staaten Exjugoslawiens Assoziierungs-gespräche. Folgt die Integration dieser Staaten derselben Logik, werden sich die innereuropäischen Widersprüche, von der Sozialpolitik bis zu den Handelsinteressen, von der Migration bis zur Haltung gegenüber der neuen Weltordnung, weiter verschärfen.

WWW

- Geschichte**
- de.wikipedia.org/wiki/EU-Erweiterung
- offizielle EU-Position**
- www.europa.eu/pol/enlarg/index_de.htm
- Kartografieprojekt zur europäischen Migrationspolitik**
- www.transitmigration.org/migmap/index.html

► Ein Kontinent und seine Institutionen



Das Europa der Regionen

Der Machtzuwachs der Europäischen Union (EU) trägt zur Schwächung der Nationalstaaten bei, begünstigt die Forderungen nach regionaler Autonomie und fördert unter Umständen regionale Konflikte, die freilich nicht unbedingt gewalttätig verlaufen müssen. Dabei gilt es zwischen zwei Konflikttypen zu unterscheiden: dem »pränationalen« Konflikt, der in die Vergangenheit zurückreicht und auf eine unvollendete Nationenbildung zurückgeht, und dem »postnationalen« Konflikt, der Europas Zukunft vorwegnimmt.

Während die Einigung Europas weiter vorankommt, geraten einige Nationalstaaten unter einen gefährlichen Druck: Ein regionales Identitätsbewusstsein – wie etwa in Norditalien, Schottland und im Baskenland – erwacht und wird zum Vorreiter einer stärkeren Dezentralisierung und Regionalisierung. Im Extremfall fordern solche Strömungen etablierte Staaten mit Sezessionsforderungen heraus. Der Begriff Nation definiert eine gewachsene Solidargemeinschaft, deren Mitglieder ohne Ansehen ihrer ethnischen Abstammung oder gesellschaftlichen Position zusammenleben. Nationen mögen unter Zwang entstanden sein, doch sind sie bis heute der einzige Rahmen, der auch bei heterogenen Bevölkerungsgruppen das Prinzip der Risikoteilung und der Solidarität (insbesondere über die Umverteilung der Einkommen) zu gewährleisten vermag. Der Machtzuwachs der EU, und mehr noch die den Einigungsprozess begleitenden hochfliegenden Reden erzeugen die Erwartung, Europa könne als neue Solidargemeinschaft an die Stelle der – als zu eng empfundenen – Nation treten. Dabei dürfte allerdings, wenn die Logik des Geldes alles bestimmt, das Solidarprinzip auf der Strecke bleiben.

Nehmen wir als Beispiel die öffentlichen Sozialabgaben. Im Durchschnitt verschlingen die öffentlichen Haushalte

der europäischen Länder mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), während für den Haushalt der Europäischen Kommission lediglich 1,4 Prozent des europäischen BIP aufgewendet werden – und dennoch drückt dieser schwächliche europäische Überbau die starken Nationalstaaten an die Wand. Warum sollte in einem integrierten Europa ein Katalane weiterhin einen Andalusier subventionieren, wo dieser Katalane doch ärmer ist als sein Nachbar und Konkurrent aus Languedoc-Roussillon, der seinerseits von Paris subventioniert wird. Die Schaffung von Euregionen trägt somit dazu bei, nationale Solidarstrukturen in Frage zu stellen.

Die mehr oder minder authentische Neubelebung regionaler Identitäten, ermöglicht durch die Schwächung des Nationenbegriffs, fördert zwei einander verstärkende, regionale Konflikttypen: erstens den »pränationalen« Konflikt, der in Regionen entsteht, wo alte Vorbehalte gegen den Anschluss an eine Nation existieren – etwa in Korsika, Nordirland oder Schottland. Diese Regionen haben sich, ob reich oder arm, dagegen zur Wehr gesetzt, dass ihre spezifische Identität in einer Nation aufgehen sollte. Der »postnationale« Konflikt hingegen entsteht in der Regel in wohlhabenden Regionen, die Nettozahler im nationalen Steueraufkommen sind, und die – unter Berufung auf eine mehr oder weniger ausgeprägte regionale Identität – ihre Verbindung zur Gesamtnation auflösen bzw. einschränken und sich von der »Solidarfessel« befreien wollen. Beispiele für einen solchen Wohlstands-Separatismus sind das belgische Flandern, das norditalienische »Padanien«, das Baskenland und Katalonien. Regionaler Konflikt ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Bürgerkrieg oder Sezession. Häufig dominiert der Wunsch, die interregionale Solidarität durch Föderalisierung (Belgien) oder stärkere Regionalisierung (Italien, Spanien) einzuschränken und sich insbesondere den Zugriff auf die Steuern zu sichern.

Die nächsten Jahre werden vermutlich im Zeichen solcher regionalen Egoismen stehen, die sich vor allem in reicheren Regionen von Ländern regen, die sehr arme Regionen durchfüttern müssen. Dabei sind die reicheren Regionen dreifach ge-

fordert: Erstens müssen sie konkurrenzfähig gegenüber den in vielen Fällen reicheren europäischen Nachbarregionen bleiben; zweitens müssen sie als Wachstumsmotoren ihrer Länder funktionieren und die Konvergenz zwischen den Volkswirtschaften der Europäischen Union gewährleisten; drittens müssen sie für umfangreiche Transferleistungen in die ärmeren Regionen ihrer Länder aufkommen. Womöglich zeichnet sich hier die strukturelle Ursache für eine künftige Fragmentierung Europas ab. Das wäre womöglich ein Europa ohne die Merkmale und Vorzüge der nationalen Solidargemeinschaft – was wiederum weitere regionalistische Abkapselungstendenzen begünstigen würde.

WWW

Versammlung der Regionen Europas

www.a-e-r.org

Europäische Minderheiten

www.eurominority.org

Centre de documentation et de recherche sur la paix et les conflits

www.obsarm.org/dossiers/actu_conflits/europe.htm

The Northern Ireland Office

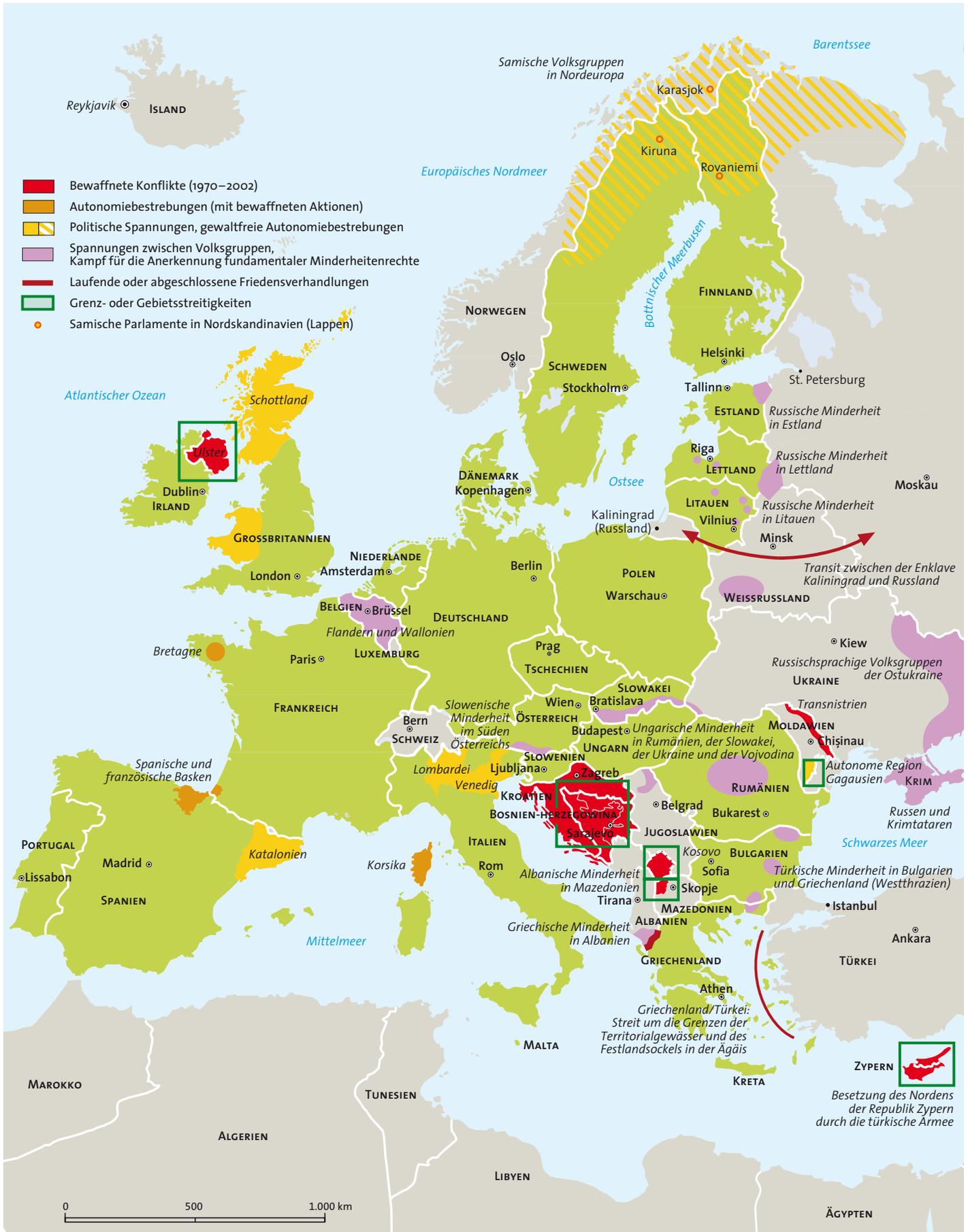
www.nio.gov.uk

Website der baskischen Regierung

www.euskadi.net

Europa-Union Deutschland

www.europa-web.de/7.tm



► Konflikte und Spannungsherde in Europa

Die baltischen Staaten und die EU

Rund um die Ostsee gewinnt seit dem Ende des Kalten Krieges ein neues geopolitisches Gefüge Gestalt. Alte und neue Mitgliedstaaten von Nato und EU bilden eine starke Koalition, häufig zu Lasten des geschwächten Russland. Doch Moskau hofft, durch den Ausbau seiner Häfen und die Stärkung der Sonderwirtschaftszone Kaliningrad in dieser europäischen Region auch weiterhin eine Rolle zu spielen.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 stellte sich westlichen Politikern das Problem, ein neues Sicherheits- und Verteidigungskonzept für den Ostseeraum und letztlich für ganz Mitteleuropa – von der Ostsee bis zum Mittelmeer – zu entwerfen. Schon 1997 waren Ungarn, Polen und die Tschechische Republik dem Nordatlantischen Verteidigungsbündnis beigetreten. Auf dem Nato-Gipfel in Prag, im November 2002, wurde die Aufnahme der drei baltischen (Estland, Lettland, Litauen) und vier weiterer ehemals sozialistischer Staaten Ostmitteleuropas (Slowenien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien) zum Jahr 2004 beschlossen.

In Russland beunruhigt diese Entwicklung nicht nur Militärkreise, sondern auch die breitere Öffentlichkeit. Seit das Baltikum als strategischer Korridor ausfällt, ist die russische Enklave Kaliningrad, Hauptquartier der russischen Ostseeflotte, von zwei Staaten eingeschlossen (Polen und Litauen), die der Nato und der EU angehören. Überdies ist die alte Neutralität der nördlichen Anrainerstaaten ins Wanken geraten: In Finnland wie in Schweden debattiert man, ob die skandinavischen Länder ins strategische Abseits geraten – obwohl noch immer die *backdoor guarantee* der Nato gilt, die im Falle eines militärischen Angriffs zu intervenieren verspricht.

Moskau hat diese Entwicklung als eine Serie von Demütigungen erlebt und wird nicht müde zu betonen, dass es die Macht Russlands wiederherstellen wolle. Zu-

gleich wird versucht, die drei baltischen Staaten zu schwächen, etwa durch ständigen Verweis auf das Problem der russischen Minderheiten in Estland und Lettland – die dort noch etwa 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Nach einer Phase der Beruhigung wurden die baltisch-russischen Beziehungen mit dem Beitritt der drei baltischen Länder zur EU am 1. Mai 2004 wieder deutlich angespannter. Die baltischen Länder verlangen von Moskau nach wie vor die Annullierung des Molotow-Ribbentrop-Pakts, mit dem Hitler 1939 das Baltikum Stalin überlassen hatte, was Moskau aus Furcht vor Reparationsforderungen verwehrt.

Die baltischen Länder haben sich mit dem Beitritt zur EU relativ reibungslos und inzwischen vollständig in deren ökonomische Strukturen eingefügt. Mit ihren durchschnittlichen Wachstumsraten von über 5 Prozent knüpfen die Balten an ihre historische Rolle als Geschäftsleute und Händler an. Die Ostsee ist damit zu einem EU-Binnenmeer geworden, mit 9 EU-Mitgliedsstaaten als Anrainerländern, die sämtlich auch Mitglieder des 1992 gegründeten Ostseerats sind.

Rund um die Ostsee leben etwa 70 Millionen Menschen, an ihren Küsten liegen fünfzig Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Über achtzig Häfen wird ein potenzieller Binnenmarkt von über 230 Millionen Endverbrauchern erschlossen. Alle Unternehmer in der Region setzen auf einen Wirtschaftsaufschwung – und manche träumen sogar von einer neuen Hanse.

Durch Infrastrukturmaßnahmen sollen vor allem die Häfen ausgebaut werden, die als Umschlagplätze für den Ostseehandel und Verladestationen für Erz und Erdöl aus Russland dienen und sich mit aufwendigen Modernisierungsprojekten heftig gegenseitig Konkurrenz machen. Das Umschlagsvolumen zwischen den baltischen Häfen ist von 96,3 Millionen Tonnen im Jahr 1989 auf 172,2 Millionen Tonnen im Jahr 2002 gestiegen. Die neun größten Häfen im Osten der baltischen Länder konkurrieren um die Transporte aus dem russischen Hinterland, während Russland den russischen Ostseehafen Primorsk ausbaut, um einen möglichst großen Teil seiner Exportgüter selbst transportieren zu können.

Den Warenverkehr von Russland nach Kaliningrad regelt der Vertrag vom 27. April 2004, mit dem diese Waren von Zöllen befreit bleiben. Zugleich fliegen baltische Fluggesellschaften über die neuen Routen die wichtigsten Hauptstädte Europas an und bieten tägliche Verbindungen nach Moskau an.

Die baltischen Länder haben in den letzten eineinhalb Jahrzehnten eine rasante wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen, auch wenn Litauen und Lettland über ihr Brutto sozialprodukt von 1989 noch kaum hinauskommen. Alle drei Länder erleben darüber hinaus erhebliche soziale und regionale Spannungen. Die im europäischen Vergleich weiteste Kluft zwischen arm und reich tut sich in Estland auf, wo mehr Haushalte Internetzugang haben als in Frankreich oder Italien. Die Zukunft des »Mittelmeers des Nordens« wird stark von der Normalisierung der baltisch-russischen Beziehungen abhängen sowie von der Fähigkeit der neuen EU-Länder, mit ihren sozialen und regionalen Ungleichheiten fertig zu werden.

WWW

»Norrdimension« der EU-Außen- und Sicherheitspolitik (Das Projekt ist beendet)

www.iep-berlin.de/forschung/northern-dimension

Das Projekt »Norrdimensionen«

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/north_dim/index.htm

Baltic Times

www.baltictimes.com

The Baltics Worldwide

www.balticsww.com

Rat der Ostseestaaten

www.cbss-commissioner.org

Umweltfragen

<http://beids.tec-hh.net/>

Baltikum-Informationen im Hellenic Resources Network

www.hri.org/nodes/baltics.html



► Der Ostseeraum als dynamische Handelsregion

Die Welt aus der Sicht Moskaus

Die wirtschaftlichen und politischen Krisen, die Russland seit 1991 durchgemacht hat, haben die frühere Vormacht der Sowjetunion deutlich geschwächt. Heute sieht der Kreml seine Rolle selbst in Regionen angezweifelt, die er bis vor kurzem noch zu seinem unbestrittenen Herrschaftsbereich zählte. Die politische Elite in Moskau scheint das Ausmaß der Veränderungen noch nicht erkannt zu haben.

Die Dominanz, die Moskau noch zu Beginn der 1990er-Jahre in seinem bereits geschrumpften geostrategischen Raum innehatte, existiert heute nicht mehr. Beleg dafür sind Ereignisse wie die Rosenrevolution in Georgien im November 2003, die Revolution in Orange in der Ukraine Ende 2004 und der politische Wandel in Moldawien und Kirgisien im Lauf des Jahres 2005. Dabei hatten viele

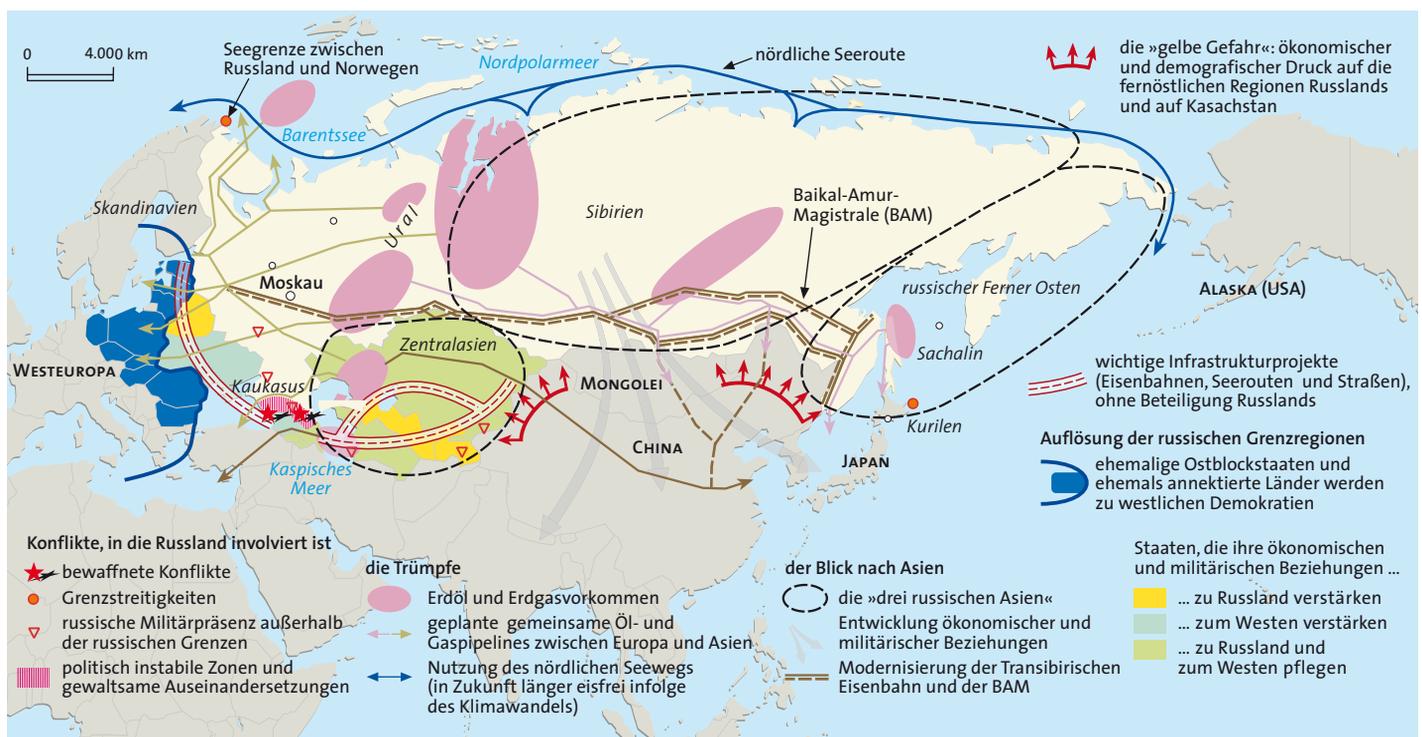
Beobachter diesen Raum bis zum Ende der 1980er-Jahre als »exklusiv russisches Revier« betrachtet. Doch die Entwicklungen der letzten Zeit lassen ein neues Engagement der USA, der EU und der Nato erkennen. Dabei haben sich die USA und die EU, ähnlich wie der Kreml, offen in die Wahlprozesse der Länder in diesem geografischen Raum eingemischt.

Tatsächlich haben die führenden Leute in Moskau das Ausmaß des geopolitischen Wandels nach dem Kalten Krieg erst spät begriffen. Und das gilt erst recht für die Entschlossenheit Washingtons, das Schwinden des russischen Einflusses zu nutzen, um sich strategische Schlüsselpositionen zu sichern – sowohl im Raum zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer als auch an der Südflanke Russlands, vom Kaukasus bis Zentralasien. Diese Schwächung wurde vollends deutlich, als nach der Integration der baltischen Staaten in die EU und die Nato in mehreren der neuen unabhängigen Staaten Präsidenten bzw. Regierungskoalitionen an die Macht kamen, die sich offen gegen die Abhängigkeit von Russland wandten.

Im März 2005 hat Präsident Wladimir Putin in einer Rede in Eriwan selbst ausgesprochen, dass man die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) nur geschaffen hatte, um den Sowjetrepubliken »eine gütliche Trennung« zu ermöglichen. Diese These hatte bei der Gründung der Staatengemeinschaft im Dezember 1991 bereits der damalige Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, vertreten. Doch in der Folge zeigte sich, dass diese »gütliche« Trennung eine wirtschaftliche Begünstigung Russlands darstellte. Die neuen Republiken sahen sich nach ihrer Unabhängigkeit gezwungen, russische Güter mit Devisen zu bezahlen, während sie zuvor diese Produkte mit eigenen Lieferungen beglichen hatten. Die Devisenpflicht traf sie besonders hart bei den Rohstoffen, deren wichtigste Vorkommen in der Russischen Föderation liegen.

Da die unabhängigen Staaten sich neu in die weltweiten Handelsbeziehungen einfädeln wollten, während sie zugleich die wirtschaftlichen Vorteile ihrer früheren Bindung an Moskau einbüßten, hatten sie es eilig, nach Ersatzlösungen jen-

► Russland und seine Nachbarn

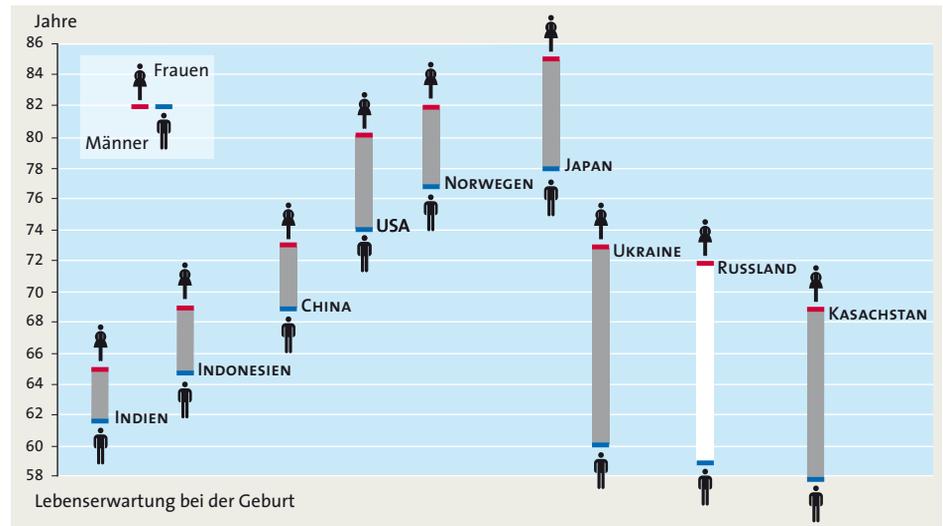


seits der ehemaligen UdSSR zu suchen. Moskau hingegen entwickelte eine ambivalente Strategie: Man bot die Lieferung von fossilen Brennstoffen zu Preisen weit unterhalb des Weltmarktniveaus, wollte sich damit aber die Kontrolle der strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren der Nachbarstaaten erkaufen. Das aber schürte berechtigte Ängste innerhalb der GUS, die immer eine schwache und willenlose Organisation geblieben und im Übrigen nie über das Stadium frommer Wünsche hinausgekommen ist.

Die Entschlossenheit der anderen Staaten, sich dem russischen Einfluss möglichst schnell zu entziehen, hängt auch mit einer weiteren Entwicklung zusammen. Moskau hatte begonnen, lokale Konflikte zu instrumentalisieren, die seit Beginn der 1990er-Jahre in der gesamten Region aufzutreten begannen, von Transnistrien, einer Abspaltung von Moldawien, über Karabach und Abchasien bis Ossetien, allesamt im Kaukasus. Zweifellos ist das neue Russland nicht die Ursache für diese Konflikte. Deren Wurzeln reichen häufig in die sowjetische oder gar vorsowjetische Zeit zurück, und auch der ungesicherte Status der Minderheiten in den neuen unabhängigen Staaten spielt dabei eine wichtige Rolle. Doch seit der Kreml in Tschetschenien den Karren in den Dreck gefahren hat, ist er offenbar weniger darauf aus, andere Sezessionskonflikte beilegen zu helfen, als solche Konflikte für seine eigenen Ziele auszunutzen. Dies wiederum lieferte den USA ein zentrales Argument, als sie 1997 die Gründung des Guam-Bündnisses betrieben, das die aufsässigen GUS-Mitgliedstaaten Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien (von 1999 bis 2005 auch Usbekistan).

Paradoxerweise trug die Finanzkrise von 1998 dazu bei, dass die russische Volkswirtschaft wieder zu wachsen begann. Sie profitierte dabei nicht nur von einem die nationale Industrie begünstigenden und Importe aus dem Westen verteuern den Wechselkurs, sondern auch vom selbstbewussten Auftreten des Zentralstaats gegenüber den Regionen wie gegenüber den Oligarchen und in der Folge von den steigenden Mineralölpreisen. Russische Investoren sind in allen Nachbarländern sehr aktiv und könnten hier eine dynamische Rolle spielen, wenn sie nicht das alte Misstrauen wecken würden, indem sie eine ganze Reihe von strategisch wichtigen Unternehmen kaufen.

Allerdings sieht sich Moskau angesichts



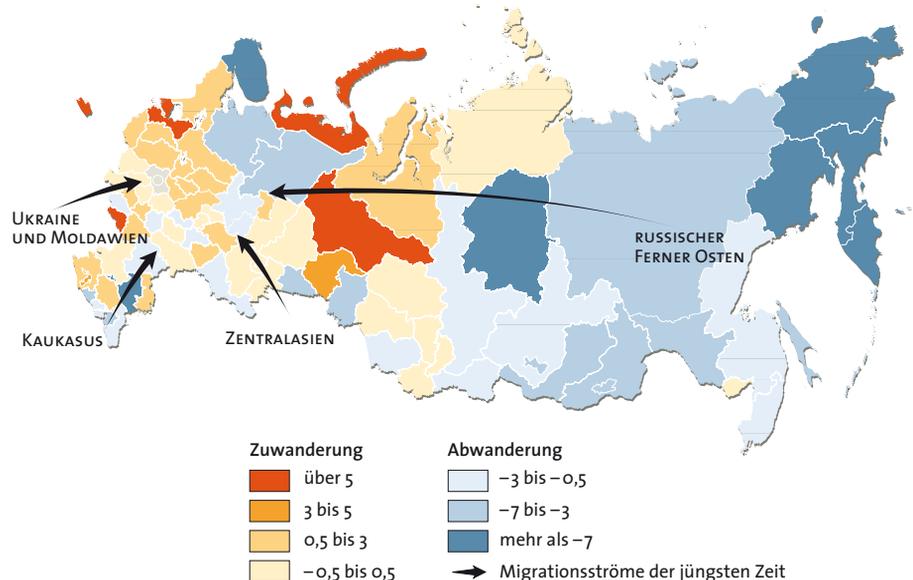
Russische Männer werden nicht alt und sterben lange vor den Frauen ◀

des schwierigen Umfelds gezwungen, seine Strategie für die Region zu revidieren. Die meisten Nachbarstaaten befürchten, dass ein Wiedererstarken des autoritären Staates in Russland negative Folgen für sie hätte. Zudem sind die Bündnispartner, die dem Kreml innerhalb der GUS verblieben sind, allesamt Diktaturen wie etwa Weißrussland, Turkmenistan und Usbekistan. Unter diesen Bedingungen dürfte der Aufbau eines »gemeinsamen Wirtschaftsraums«, den Präsident Putin als Grundlage für eine Reform der GUS vorgeschlagen hat und der zum wechselseitigen Vorteil dienen sollte, ein schwieriges Unterfangen sein.

WWW

- RIA Novosti (russ. Nachrichtenagentur)
 - www.de.rian.ru
- Russian Observer
 - observer.strana.ru
- Artikel zu Tschetschenien
 - www.bessereweltlinks.de/book33i.htm
- Internet-Zeitung auf deutsch
 - www.russland.ru/rupol0010/
- Institute of Globalization Studies IGS (Moskau)
 - www.iprog.ru/en/

Binnenwanderung: vom Fernen Osten in die Erdgasfördergebiete Westsibiriens ◀



Erosion der Macht – die umkämpften Peripherien

Als Hypermacht mischen sich die USA immer offener in den Einflusszonen anderer Länder ein. Oft verdecken die hehren Worte über freiheitliche Prinzipien, die es zu fördern gelte, nur handfeste wirtschaftliche Interessen. Beispiele dafür sind die Länder an der Peripherie der ehemaligen Sowjetunion und das frankophone Afrika.

Zum Auftakt seiner zweiten Amtszeit verkündete US-Präsident George W. Bush erneut, dass er seine Präsidentschaft als messianische Aufgabe begreift. In seiner Ansprache zum Amtsantritt, die den bezeichnenden Titel »Freiheitsrede«

trug, schrieb er seinem Land den Auftrag zu, die Tyrannei »noch in den entferntesten Ecken des Planeten« zu bekämpfen. Doch hinter diesem Aufruf zur »Befreiung der Welt« gibt es andere und deutlich profanere Faktoren, die für die Prioritäten der USA bestimmend zu sein scheinen.

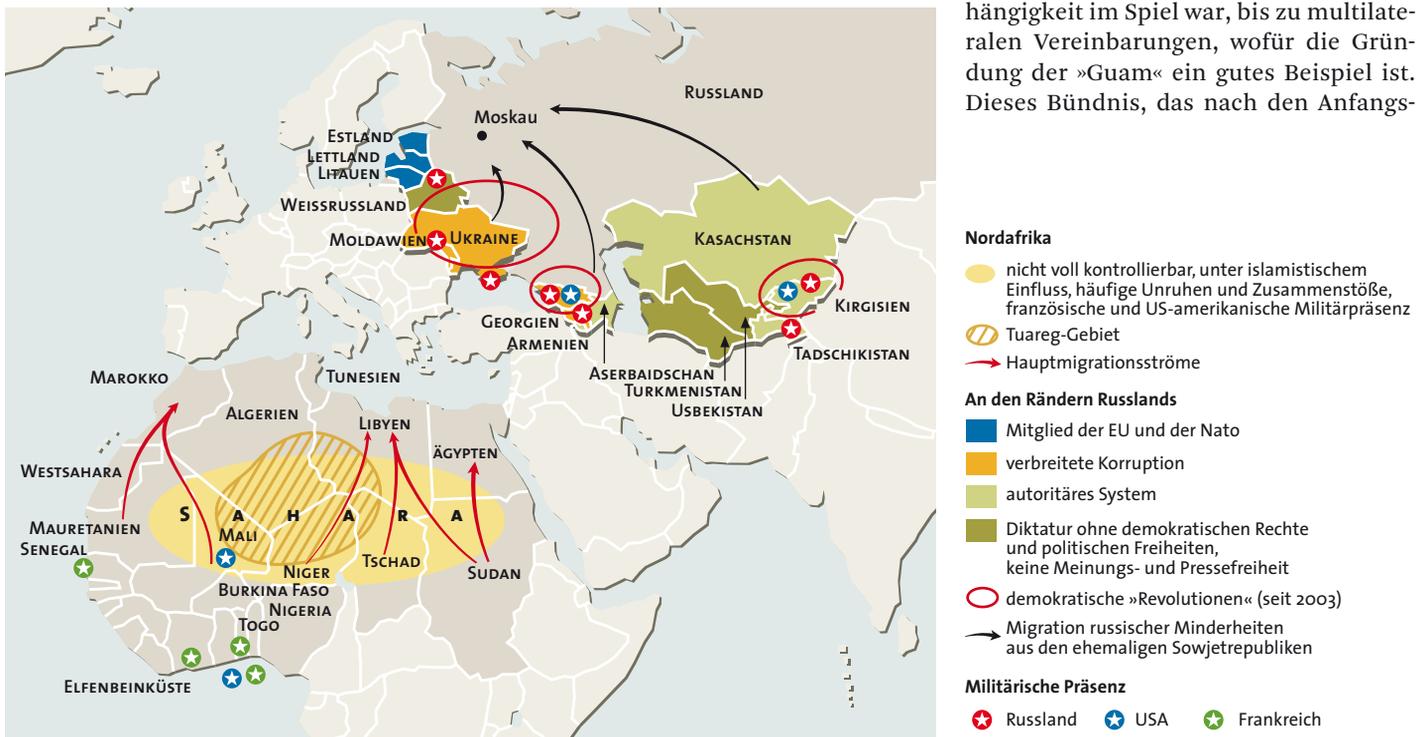
Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die großen Akteure auf der internationalen Bühne die Aufteilung der Welt in Einflussgebiete – auch jenseits des in Jalta abgesteckten europäischen Rahmens – mehr oder weniger respektiert. Es gab also erstens die UdSSR und ihre Satellitenstaaten, zweitens eine französische Einflussphäre, die den Maghreb und das frankophone Schwarzafrika umfasste, und drittens die quasimonopolistische Herrschaft der USA über den amerikanischen Doppelkontinent. Dieses stillschweigende Übereinkommen galt jedoch nur begrenzt. Dies wurde bei einer Reihe von Ereignissen deutlich: etwa bei der militärischen Aufrüstung Kubas durch die Sowjetunion, die 1962 zur Ku-

bakrise führte, oder bei der Unterstützung der sozialen und politischen Protestbewegungen in Osteuropa durch den Westen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und des bipolaren Weltsystems war das alte Gleichgewicht in Frage gestellt, und zwar weit über das Territorium der ehemaligen Sowjetunion hinaus.

Die Schwächung und der anschließende Zusammenbruch der UdSSR brachten in Europa eine veritable politische Umwälzung mit sich, die zur Osterweiterung von Nato und Europäischer Union führte. Neben diesen beiden Organisationen beteiligten sich mehrere Länder, die neue Lage zu nutzen, zum Beispiel Deutschland, das für seine Ostpolitik, die auf Annäherung setzte, ein neues Betätigungsfeld fand. Doch die aktivste Kraft, die sich die Neugestaltung des postsowjetischen Raumes zunutze machte, waren zweifellos die USA, wobei Washington auf ein ganzes Spektrum von Interventionsmethoden setzte.

Diese Methoden reichten von bilateralen Abkommen über wirtschaftliche oder militärische Zusammenarbeit, bei denen häufig auch eine gewisse politische Abhängigkeit im Spiel war, bis zu multilateralen Vereinbarungen, wofür die Gründung der »Guam« ein gutes Beispiel ist. Dieses Bündnis, das nach den Anfangs-

► Instabile Ränder, eine Chance für die USA



buchstaben der beteiligten Länder Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien benannt ist, zu denen zeitweilig noch Usbekistan stieß, umfasst die GUS-Staaten, die intern gegen Moskau opponieren.

Die USA erhöhten den Druck auf Russland, indem sie Militärstützpunkte in Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan errichteten und zuverlässige Verbündete in Georgien und Aserbaidschan fanden. Dabei agierten sie zunächst unter dem Vorwand, den Zugang zu den Ölvorkommen im Kaspischen Meer sichern zu wollen, und später dann im Zuge der »Antiterror«-Operationen in Afghanistan und im Irak. Ergänzt wurde diese Strategie, die Russland innerhalb seiner traditionellen Einflussphäre dauerhaft schwächen soll, durch die Unterstützung der politischen »Revolutionen« in Georgien Ende 2003 und in der Ukraine Ende 2004, in geringerem Umfang auch in Moldawien und Kirgisien (siehe Seite 62).

Dieses Bemühen der USA ist nicht auf den eurasischen Raum beschränkt. Auch auf anderen Kontinenten, wie zum Beispiel in Afrika, bauen sie ihre Positionen aus. Ausschlaggebend für das Wo und Wann der Interventionen sind häufig, wie im Fall der ehemaligen Sowjetunion, größere Erdölvorkommen oder der Zugang zu allgemeinen strategischen Rohstoffen wie Diamanten und Edelmetallen und die Kontrolle über die Wege zu solchen Ressourcen, seien es wichtige Häfen, Eisenbahnstrecken oder Pipelines.

Die Vorgehensweisen sind dagegen weitgehend dieselben. Sie reichen von der Tätigkeit US-amerikanischer NGOs und protestantischer Kirchen – die das amerikanische Modell verbreiten oder die neuen Eliten zu gewinnen versuchen – bis zu offiziellen politischen Vereinbarungen und Wirtschaftsabkommen. Dabei wird die angebotene Entwicklungshilfe oder der Beitrag zum Aufbau von Sicherheitsstrukturen häufig davon abhängig gemacht, dass für US-Unternehmen die profitabelsten Aufträge abfallen.

Auch in Afrika äußert sich das Engagement Washingtons am deutlichsten in der militärischen Präsenz der USA, vom Maghreb bis nach Somalia, von Ägypten bis zum Golf von Guinea. Der erste Schritt ist oft ein Beistandsvertrag oder ein Trainingsprogramm für die lokalen Streitkräfte, auf den dann manchmal die Einrichtung von Militärbasen folgt.

Auf diese Aktivitäten reagiert man in Moskau wie in Paris und selbst in gewis-



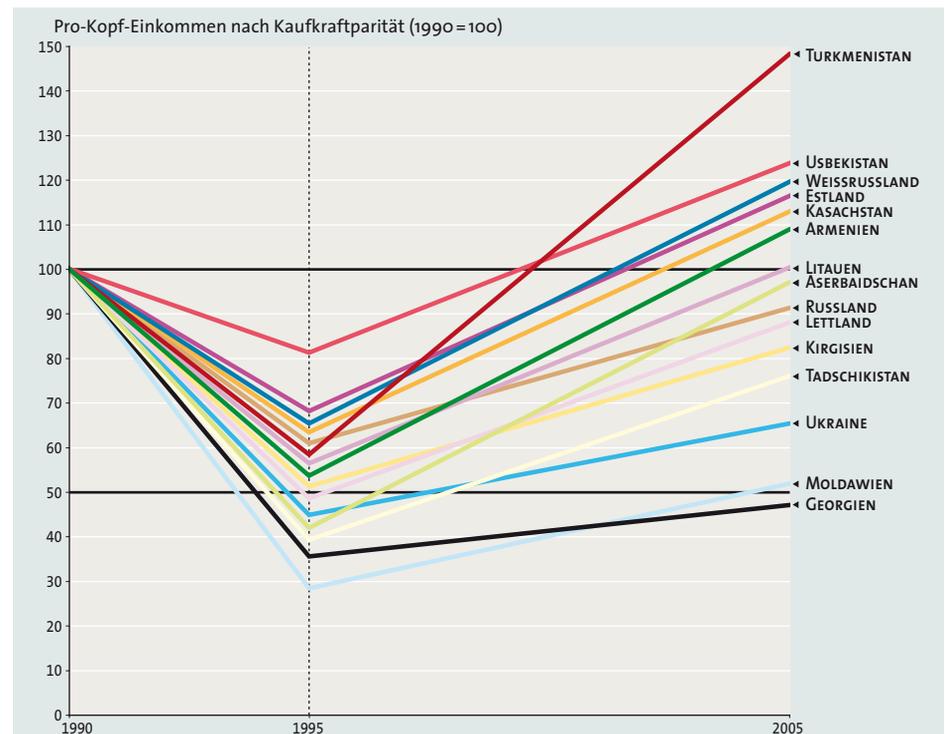
Erdöl und Erdgas ziehen Investoren an ◀

sen britischen und deutschen Kreisen mit wachsenden Irritationen. Auch die Kritik an den inneren Widersprüchen dieser Politik wird immer lauter, auch in den USA. Denn um ihre angeblich demokratischen Ziele zu erreichen, stützt sich die Regierung in Washington sowohl in Zentralasien als auch in einigen afrikanischen Ländern bedenkenlos auf autoritäre und korrupte Regime.

WWW

- Offizielle Website der GUAM-Staaten
- www.guam.org
- Reports über rohstoffreiche Länder
- www.revenuewatch.org
- Rohstoffe und Menschenrechte
- www.globalwitness.org
- Foreign Policy in Focus, kritischer Thinktank
- www.fpif.org
- Analysen über den »Eurasischen Raum«
- www.eurasianet.org

Armut und Aufschwung in den Ländern der ehemaligen UdSSR ◀



Afrika – ein Drama und seine Akteure

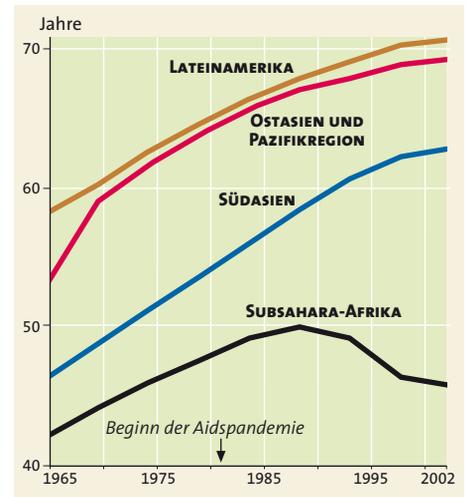
Die sozialen Folgen der Globalisierung zeigen sich am krassen in Afrika. Vor allem südlich der Sahara blieb die koloniale Abhängigkeit in veränderter Form erhalten. Heute sind es multilaterale Institutionen wie die Weltbank, die den afrikanischen Gesellschaften ihre Entwicklung vorschreiben. Teil des Problems sind auch einheimische Eliten, die sich die nationalen Ressourcen aneignen.

Afrika ist der einzige Kontinent, bei dem die Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung wie für die Gesundheits- und Sozialversorgung ständig nach unten zeigen. Die Welt schaut offenbar ohnmächtig zu, wie sich ganze Gesellschaften auflösen, weil sie durch Kriege – um Rohstoffe und um politische Macht – oder durch Konflikte zwischen religiösen Gruppen und konkurrierenden Clans untergraben und ausgehöhlt werden.

Der Schwarze Kontinent ist zwar ein Op-

fer der Globalisierung, zugleich aber ist er für diese unentbehrlich, weil er über wichtige Rohstoffvorkommen verfügt. Das Prinzip des Freihandels, das den Volkswirtschaften Afrikas im Zuge einer Politik der »Öffnung« aufgezwungen wird, ist im Grunde eine Lizenz für die Ausplünderung der afrikanischen Rohstoffe. Der Ökonom Samir Amin hat berechnet, dass der Anteil der Exporte an der afrikanischen Wirtschaftsleistung bei 45 Prozent liegt, bei den anderen Kontinenten dagegen nur zwischen 15 und 25 Prozent. Damit ist Afrika lediglich passiv an der globalen Ökonomie beteiligt, wovon die kapitalistischen und insbesondere die westlichen Mächte profitieren. Die Logik der Ausrichtung ganzer Volkswirtschaften und Gesellschaften auf ausländische Nutznießer – früher die Kolonisatoren, heute die Kapitalanleger – ist im Prinzip dieselbe geblieben, während sich nur ihre Form gewandelt hat.

Das zeigt sich an den Empfehlungen der »Kommission für Afrika«. Diese vom britischen Premierminister Tony Blair geleitete Expertengruppe hat – unter dem Etikett »Armutsbekämpfung« und garniert mit ein paar larmoyanten Floskeln – dem Patienten eine tödliche Medizin verschrieben: die Liberalisierung des Handels und der Wirtschaft. Dasselbe tut die G 8 mit ihrem Beschluss vom Juli 2005,



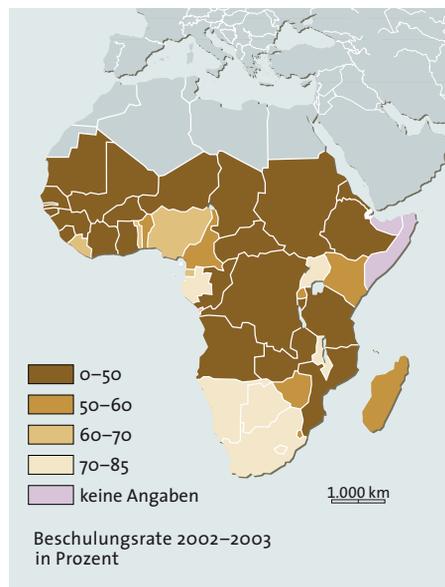
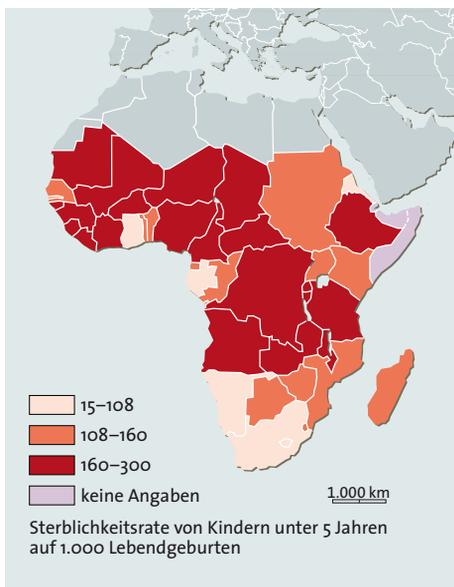
Wie Aids die Lebenserwartung senkt ◀

den Schuldenerlass für 18 der ärmsten Länder an die Bedingung zu knüpfen, dass diese den Prozess der Liberalisierung und Privatisierung beschleunigen. Dieses Angebot richtet sich im Übrigen an weniger als ein Drittel der 62 Staaten, die laut UN für einen Schuldenerlass in Frage kommen, und bleibt damit weit hinter den ohnehin minimalistischen Millenniumszielen zurück, die von den Vereinten Nationen für den Zeitraum bis 2015 definiert wurden.

Eine aktive Rolle spielen in diesem historischen Drama allerdings auch die afrikanischen Eliten, die sich in vielen Ländern die nationalen Ressourcen angeeignet haben. Doch diese Eliten können nur innerhalb eines Rahmens agieren, der von außen vorgegeben ist, und zwar durch eine Reihe von Institutionen, die nur dem Namen nach multilateral sind. Diese globalen Agenturen des Neoliberalismus verfügen über zwei Zwangsinstrumente: Geld und Recht. Damit können sie nach Belieben diktieren, verwalten und bestrafen, entweder mittels der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF oder mittels Auflagen für Entwicklungsprogramme, WTO-Regeln und anderem mehr.

Somit sind es vor allem die Anteilseigner der öffentlichen und privaten Kapitalfonds, die seit den 1970er-Jahren die afrikanischen Staaten der neoliberalen Globalisierung unterwerfen. Damals hat die so genannte Schuldenkrise, die zum großen

► Der Kampf um die Zukunft: Kindersterblichkeit und Schulbildung



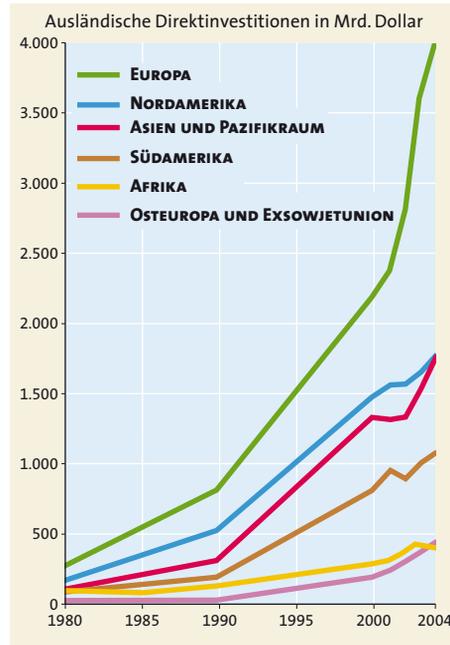
Teil auf Entscheidungen der großen Wirtschaftsgrößen zurückgeht, den jungen unabhängigen Staaten die Luft abgeschnürt. Das Scheitern dieser Politik liegt heute offen zutage: 33 der 49 am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries oder LLDC) befinden sich in Subsahara-Afrika. Und die 27 Länder am Ende der LLDC-Tabelle liegen ausnahmslos südlich der Sahara.

Die Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, die auf dem Primat von Geld und Konkurrenz basiert, wird auf diesem Kontinent besonders deutlich, weil die verheerenden Folgen hier an der Zahl der Toten – und der Überlebenden – abzulesen sind. Aus afrikanischer Perspektive erscheint das Versprechen einer »segensreichen Globalisierung« jedenfalls als böser und verhängnisvoller Schwindel. Und dennoch regt sich auf diesem Kontinent allenthalben gesellschaftlicher Widerstand und auch Zuversicht. Vor allem im sozialen Bereich haben sich vielfältige Vereinigungen und Initiativen gegründet. Ein Beispiel sind die Sozialforen, die an vielen Orten Afrikas entstanden sind.

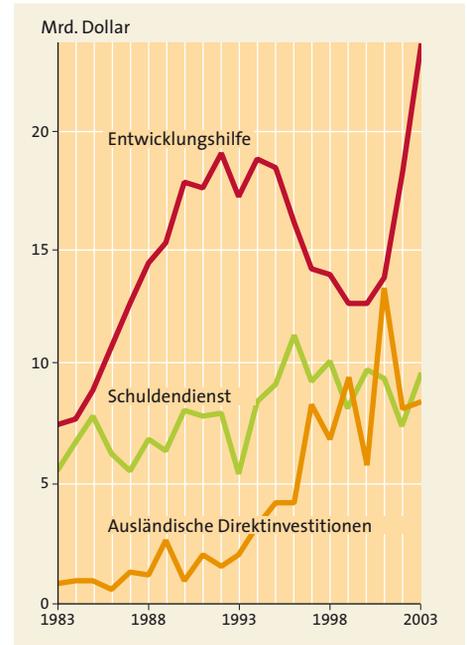
Die viel beschworene Vielfalt unterschiedlicher Kulturen könnte einen konkreten Ausdruck finden, wenn die Großen dieser Welt endlich akzeptieren würden, dass sich wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung innerhalb unterschiedlicher Entwicklungsstrategien vollziehen kann. Im Fall Afrika könnten sich die Gesellschaften auf ihr eigenes kulturelles Vermächtnis besinnen, in dem die Werte der Solidarität und des Teilens eine zentrale Rolle spielen. Soziologen und Ökonomen haben aufgezeigt, dass die informelle Ökonomie dazu beitragen kann, ein solidarisches Wirtschaftssystem zu entwickeln. Jenseits aller Beschwörungsformeln geht es daher um die Frage, ob Afrika endlich Subjekt seiner eigenen Geschichte wird, statt immer nur das Objekt der Geschichte der anderen zu bleiben.

WWW

- Panafricanischer Forschungsverbund: Council for the Development of Social Science Research in Africa (Codesria)
- www.codesria.org
- Institut Panos Afrique de l'Ouest (in Senegal ansässig)
- www.panos.sn
- Afrika-Dossier der Bundeszentrale für Politische Bildung
- www.bpb.de/themen/2MDWSY,0,Afrika.html
- Aktuelle Nachrichten auf deutsch
- www.africa-live.de

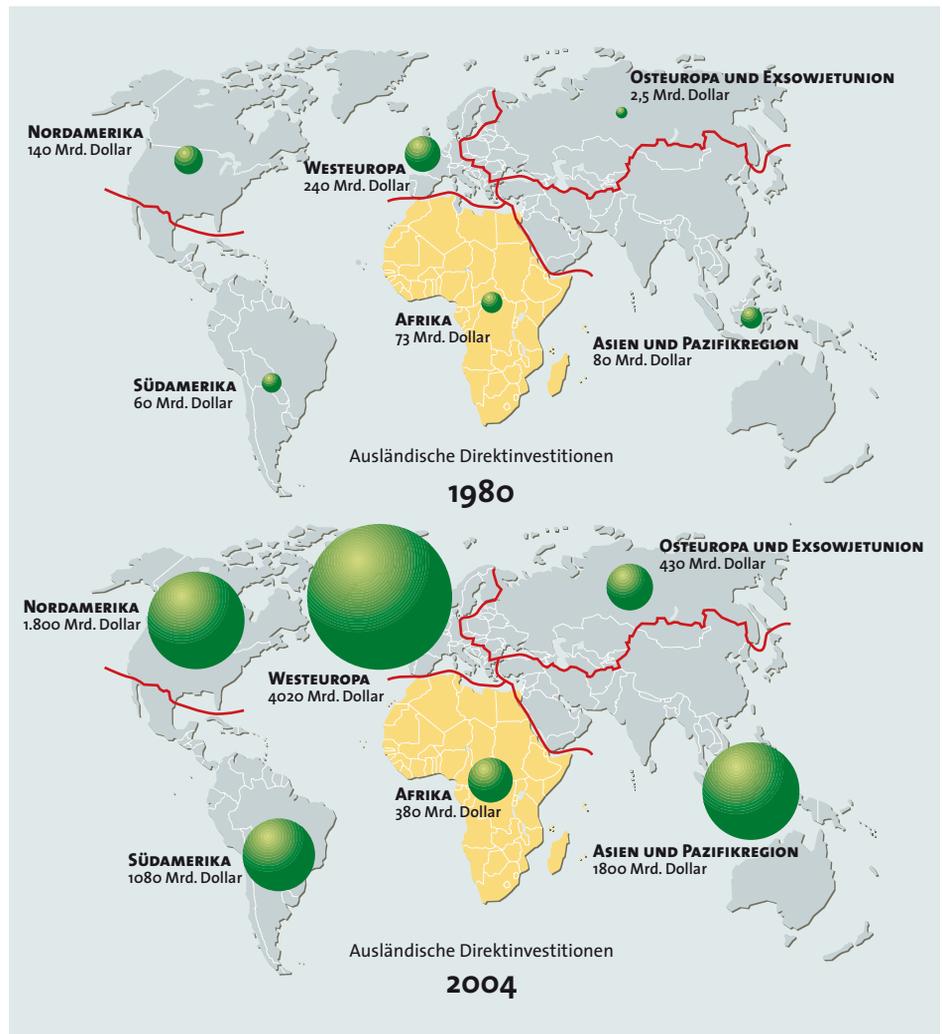


► Afrika: zu wenig Investoren



◀ Subsahara-Afrika: Schulden und Hilfgelder

Die Integration der Weltwirtschaft geht an Afrika vorbei ◀



Segregation in der multikulturellen Gesellschaft

Im Laufe ihrer Geschichte haben die Vereinigten Staaten zahlreiche Einwanderungswellen erlebt. Viele Menschen kamen aus freien Stücken, manche wurden ins Exil gezwungen. Heute ist jeder zehnte US-Amerikaner im Ausland geboren. Von harmonischem Miteinander kann jedoch keine Rede sein. Vor allem Schwarze werden weiterhin diskriminiert.

Nach der jüngsten Volkszählung wuchs die Bevölkerungsgruppe der Hispanos in den Vereinigten Staaten zwischen 1990 und 2000 um 60 Prozent und ist inzwischen größer als die der Afroamerikaner. 1990 lebten in den USA 22,4 Millionen Hispanos, 2000 waren es 35,4 Millionen. Die Zahl der Schwarzen stieg im gleichen Zeitraum um 16 Prozent von 30 auf 34,7 Millionen, während die Gesamtbevölkerung um 13,4 Prozent auf 281 Millionen Menschen (bis 2006 auf insgesamt 298 Millionen) anwuchs.

Die US-Bürger asiatischer Abstammung liegen mit einem Anteil von 4 Prozent weit hinter den Hispanos mit 12,6 Prozent und den Schwarzen mit 12,3 Prozent. Diese Zahlen sind auch insofern von Belang, als sie den Zuschnitt der Wahlkreise beeinflussen und damit die Machtverteilung im Repräsentantenhaus mitbestimmen (im Senat dagegen ist jeder Staat unabhängig von seiner Einwohnerzahl mit je zwei Senatoren vertreten). Dass Kalifornien und Texas heute die bevölkerungsreichsten Bundesstaaten sind und damit die meisten Abgeordneten in den Kongress entsenden, liegt auch daran, dass

sie den größten Zuwachs an Hispanos verzeichnen. 2006 kamen schätzungsweise 81 Prozent der 12 Millionen illegalen Einwanderer aus Lateinamerika – um diesen Zustrom einzudämmen, beschloss der republikanisch dominierte US-Kongress im Herbst 2006 den Bau einer 1100 Kilometer langen Sperranlage.

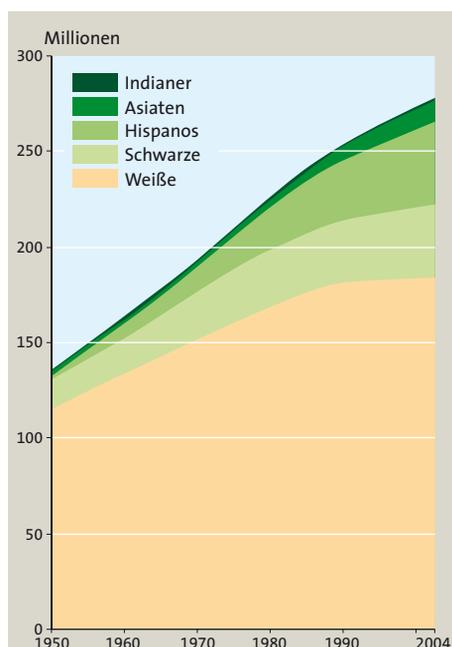
Die Immigranten haben die demographische Entwicklung in den Vereinigten Staaten maßgeblich mitbestimmt. Inzwischen ist jeder zehnte Amerikaner im Ausland geboren, ein Prozentsatz, der zuletzt in den 1930er-Jahren erreicht wurde. In früheren Zeiten setzten die Republikaner noch auf die Angst vor Zuwanderern, um sich die Stimmen der weißen Kleinbürger zu sichern. Wie sehr ihnen diese Propaganda geschadet hat, merkten sie, als die immer zahlreicher werdenden Hispanos demokratische Kandidaten bevorzugten, wie es auch bereits 90 Prozent der Schwarzen tun.

Als ehemaliger Gouverneur von Texas war sich George W. Bush dieser politischen Dynamik bewusst. Also ging er auf Abstand zum »nativistischen« Flügel seiner Partei und steigerte bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 seinen Anteil an den Hispano-Stimmen auf 44 Prozent (1996 waren nur 26 Prozent auf den republikanischen Kandidaten entfallen).

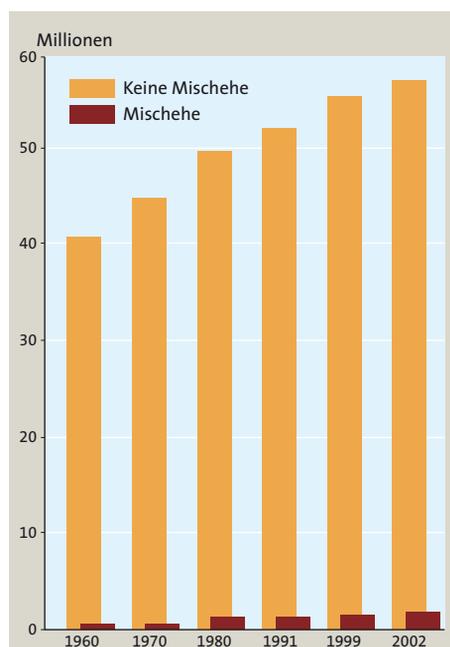
Bei der Volkszählung von 1990 wurden 8 Millionen Amerikaner, vor allem Angehörige von Minderheiten, nicht erfasst, während 4 Millionen doppelt registriert wurden, die größtenteils Weiße waren. Leidtragende der Ungerechtigkeiten und sozialen Defizite in den USA sind fraglos die Schwarzen. Das gilt für die Bereiche Bildung und Gesundheit wie für die Rechtsprechung, für die Wohnungssituation wie für die Repräsentanz im Fernsehen. Keine schönen Worte über die multikulturelle Gesellschaft können darüber hinwegtäuschen, dass sich im Alltagsleben der Vereinigten Staaten eine neue soziale Segregation entwickelt.

Beispiel Bildungswesen: Schwarze Schüler gehen häufiger auf schlecht ausgestattete Schulen und haben bei Ordnungsverstößen härtere Strafen zu erwarten als ihre weißen Mitschüler.

► Bevölkerungsentwicklung in den USA



► Mischehen in den USA



Beispiel Gesundheitswesen: Die Lebenserwartung von schwarzen US-Amerikanern liegt sechs Jahre niedriger als die von weißen. Bei gleichen Symptomen wird schwarzen Patienten seltener eine Behandlung verordnet als weißen. Das betrifft besonders die Aids-Patienten, von denen über die Hälfte Schwarze sind.

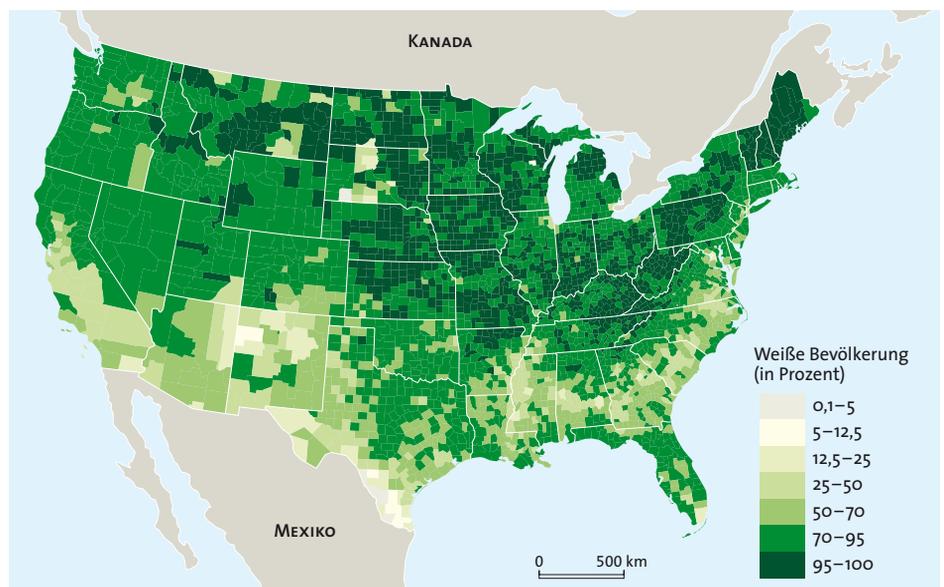
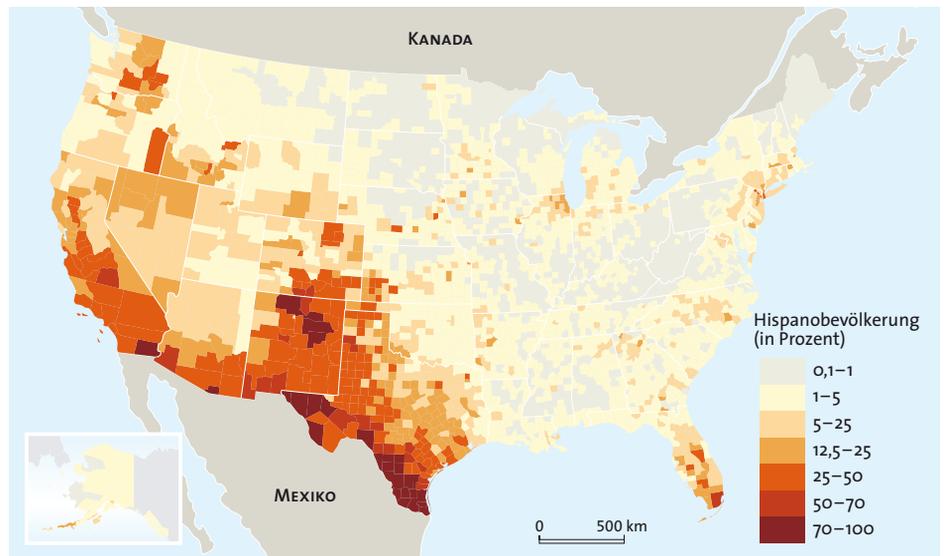
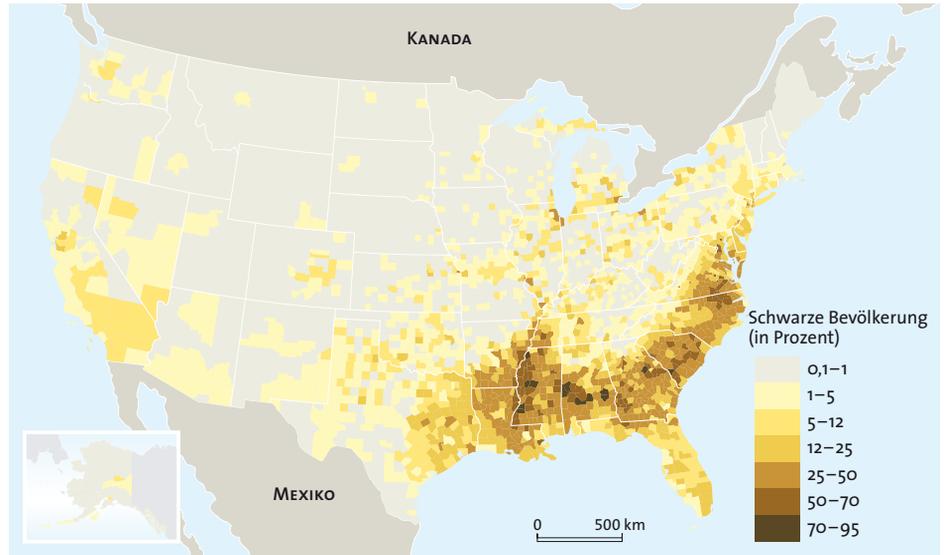
Beispiel Justiz: Schwarze werden in der Öffentlichkeit öfter von der Polizei kontrolliert als Weiße und für das gleiche Verbrechen viermal so oft mit dem Tod bestraft. In Maryland zeigt sich diese Ungleichbehandlung noch bei den kleinsten Vergehen: Zwar stellen die Schwarzen nur 17 Prozent der Autobesitzer, aber 70 Prozent der Polizeikontrollen entfallen auf schwarze Fahrer. Bei Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung haben Schwarze häufiger mit einem Verfahren zu rechnen als Weiße.

Beispiel Wohnungssituation: In Wohnvierteln, die in der Nähe von umweltverschmutzenden Anlagen liegen, leben meist überwiegend Schwarze.

Beispiel Fernsehen: Bei einer Serie mit schwarzen Hauptdarstellern schaltet das weiße (zahlreichere und zahlungskräftigere) Publikum möglicherweise nicht ein, sodass die Werbeindustrie dezent den Rat erteilt, die »Zielgruppe« zu erweitern.

Während Eheschließungen zwischen Weißen und Hispanos ziemlich häufig sind, bleiben sie zwischen Schwarzen und Weißen eher die Ausnahme (0,6 Prozent).

Die naive Begeisterung über den »Schmelztiegel« Amerika täuscht heute wie schon vor hundert Jahren über eines hinweg: Obwohl immer mehr Ethnien in den Tiegel gewandert sind, findet eine Verschmelzung heute so wenig statt wie früher.



Drei ethnische Profile der USA ◀

WWW

- US Census Bureau
www.census.gov
- Inequality.org (NGO von Wissenschaftlern und Journalisten, die über wirtschaftliche und soziale Ungleichheit informieren)
www.inequality.org
- Transnational Institute
www.tni.org
- Mexican American Legal Defense and Education Fund (NGO zur Verteidigung der Rechte hispanischer Einwanderer)
www.maldef.org/

Autochthone in Kanada

Kanada ist ein großes, dünn besiedeltes Land: Seine 31 Millionen Einwohner verteilen sich auf eine Fläche von fast 10 Millionen Quadratkilometern. Sie leben überwiegend am Sankt-Lorenz-Strom und entlang der Grenze zu den USA. Das Verhältnis zum mächtigen Nachbarn ist von Ungleichheit geprägt. In der Innenpolitik dominiert die Forderung nach erweiterter Autonomie, die sowohl die Frankokanadier als auch die autochthone Bevölkerung artikulieren.

Bei den Verhandlungen über das Nord-amerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) übten die USA erheblichen Druck auf die Partnerländer aus. Nur pro forma hat Kanada den Versuchen, seine Souveränität einzuschränken, widersprochen und in Sachen Fernverkehr und kommerzieller Nutzung von Wäldern und Süßwasserressourcen seine autonome Entscheidungsgewalt verteidigt. Doch in den entscheidenden Bereichen – Energiepolitik, Ablehnung des Kioto-Protokolls, Kontrolle des Luftraums und der Einwanderung – fügte man sich bereitwillig dem Diktat Washingtons, zumal sich seit dem Sieg der Konservativen bei den Wahlen Anfang 2006 die beiden Regierungen noch näher stehen.

In puncto Lebensqualität liegt Kanada international auf Platz eins. 80 Prozent der Bevölkerung leben in Städten, der Dienstleistungssektor ist die wichtigste Wirtschaftsbranche. Charakteristisch für Kanada sind aber nach wie vor seine riesigen, dünn besiedelten Flächen, die mit ihrer Forstwirtschaft und ihren Erz- und Energievorkommen auch ökonomisch wichtig sind. Letztere Branche ist durch volatile Ölpreise gekennzeichnet, hat aber in den letzten zehn Jahren vor allem den westlichen Provinzen Alberta und British-Columbia große Gewinne

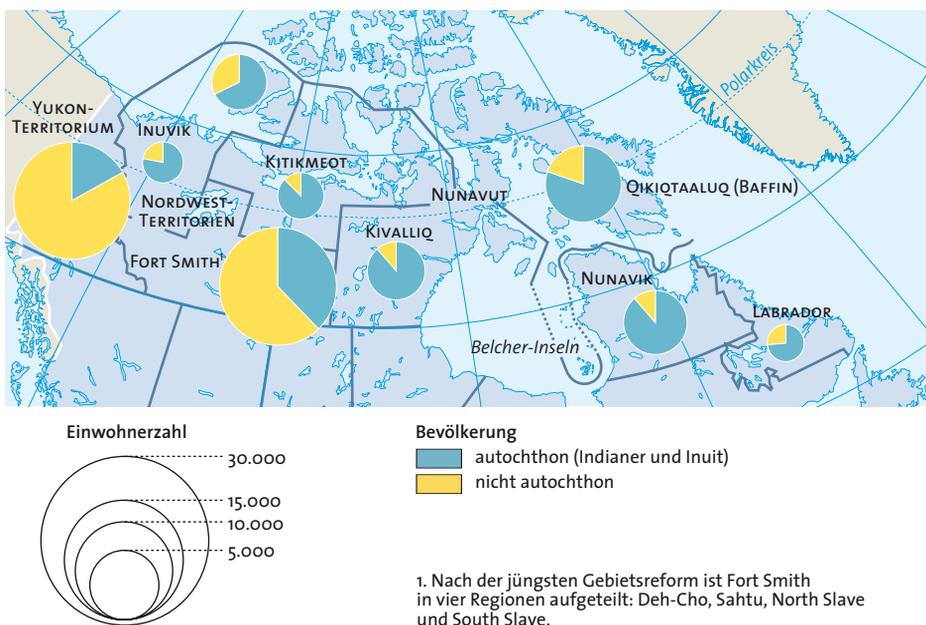
beschert. Denn die seit 2004 dramatisch gestiegenen Rohölpreise haben die Ölgewinnung aus Ölsand, von dem große Vorkommen in Alberta lagern, sehr viel lukrativer gemacht.

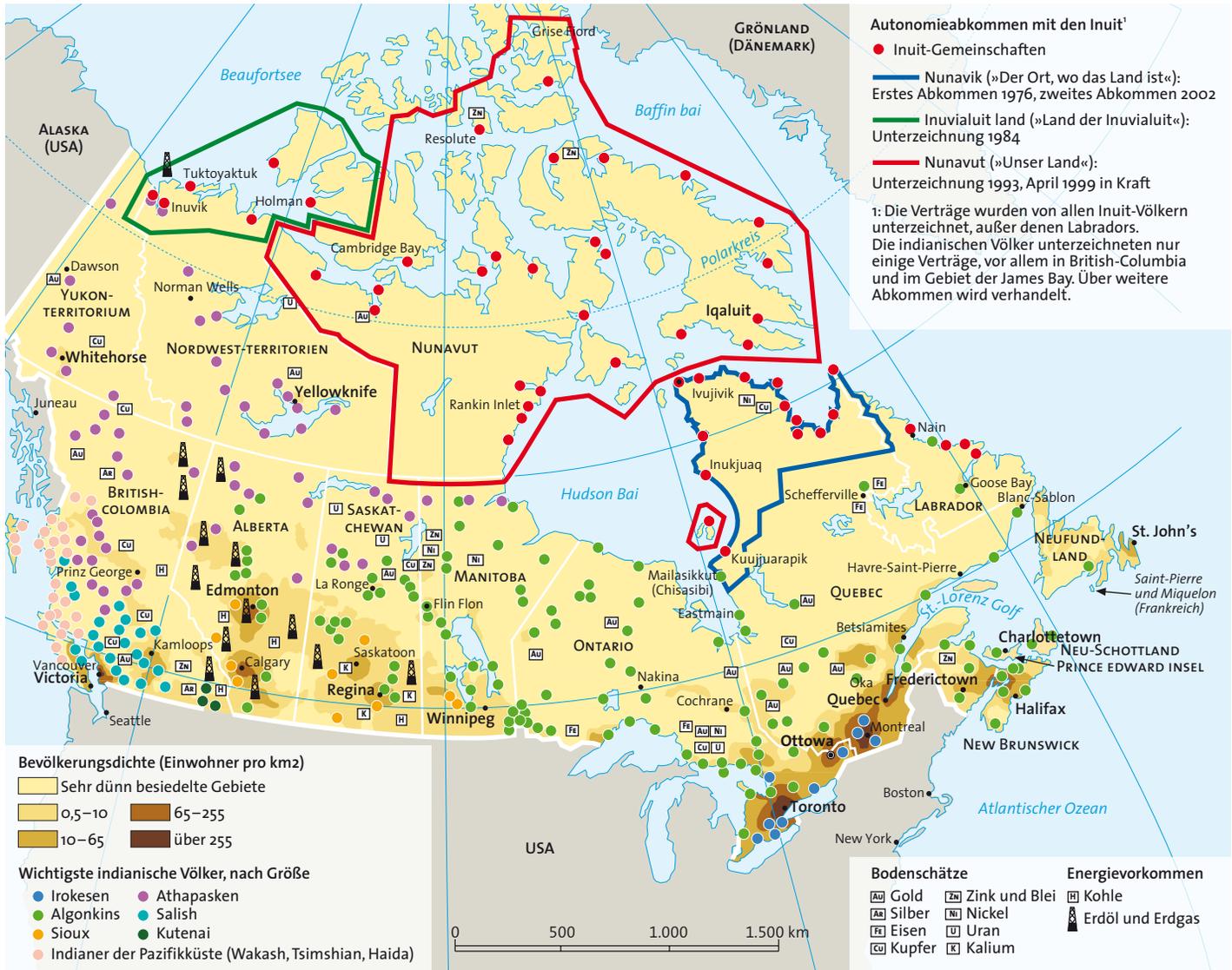
Deshalb ist auch die Bevölkerung des im Nordosten von Alberta gelegenen Städtchens Fort McMurray, wo inzwischen sowohl Zuwanderer als auch Leute aus der kanadischen Provinz Arbeit finden, von 36 500 1999 auf knapp 65 000 im Jahr 2006 gestiegen. Allerdings hinken die Stadtentwicklung, die medizinische und die soziale Versorgung diesem Anstieg hinterher. Hinzu kommt, dass die Ausbeutung der Bodenschätze im hohen Norden teure Infrastrukturmaßnahmen und Eingriffe in überaus empfindliche Ökosysteme erforderlich macht.

Die Vielzahl der Kulturen des Landes ist lange Zeit nicht zur Kenntnis genommen worden. Politisch beruhte die Stabilität auf einem Pakt zwischen zwei ungleichen Partnern: »Gründungsvölker« bei der Proklamation der kanadischen Konföderation waren die »Anglokanadier« und die »Frankokanadier« – die in der Provinz Quebec die Mehrheit bilden, aber auch mit kleinen, kulturell eng vernetzten und aktiven Gemeinden im Landesinneren vertreten sind. In den 1960er-Jahren begannen die Frankokanadier gegen die wirtschaftliche und soziale Dominanz der anglophonen Mehrheit aufzubegehren. Sie bezeichneten sich selbst als »Québécois« und initiierten politische Programme zur Beendigung ihrer ökonomischen und sozialen Benachteiligung. Das 1968 auf Bundesebene durchgesetzte Prinzip der Zweisprachigkeit stärkte die Stellung der französischen Sprache.

Gleichzeitig entwickelte die kanadische Bundesregierung auch gegenüber den anderen Landeskulturen eine multikulturell ausgerichtete Politik und schwächte somit die Position der frankophonen Kanadier. Dass der politisch-kulturelle Raum komplexer wurde, förderte die weitere Ausdifferenzierung der kanadischen Identität. Denn jetzt erhielten auch verschiedene andere Einwanderergruppen, die sich zuvor zwangsläufig in die anglophone Mehrheit eingefügt hatten, Raum zur kulturellen Entfaltung. Das gilt unter anderem für die aus

► Bevölkerung in den arktischen Gebieten Kanadas





Autochthone Völker in Kanada ◀

Deutschland und Skandinavien Stämmen in den ländlichen Gebieten des Westens, für die aus Italien oder der Levante Eingewanderten, die in den großen Städten im Osten leben, sowie für die in Vancouver lebenden Chinesen.

Auch die autochthonen Völker – Indianer und Inuit – fühlten sich ermutigt, die Anerkennung angestammter Rechte in ihren traditionellen Siedlungsgebieten zu fordern. In zähen Verhandlungen mit der Bundesregierung und nach gewaltsamen Protestaktionen fordern sie seit Mitte der 1970er-Jahre die Respektierung ihrer Identität, das Eingeständnis früherer Fehler und finanzielle Entschädigungen.

Die bislang wichtigste Vereinbarung war das 1993 ratifizierte Abkommen mit der Mehrheit der Inuit (24 000 von insgesamt 32 000 Menschen). Es gewährte der kanadischen Inuit-Bevölkerung gemein-

schaftliche Besitzrechte an 355 981 Quadratkilometern (18 Prozent ihres traditionellen Siedlungsgebiets) und Schürfrechte auf 37 992 Quadratkilometern. Seit 1. April 1999 gibt es auch ein neues Territorium unter eigener Verwaltung, das zu 85 Prozent von Inuit bewohnt ist: Nunavut (»Unser Land« in der Inuit-Sprache Inuktitut) hat den gleichen Status wie die anderen Inuit-Territorien Yukon und Northwest-Territorium. Seine kanadisch und somit letztlich europäisch geprägte Verwaltung soll an Bedürfnisse und Denkweise der Inuit angepasst werden. Mit diesem vorbildlichen Abkommen war auf internationaler Ebene ein Beispiel für den Umgang mit den Rechten autochthoner Völker gesetzt, das inzwischen Minderheiten in Australien, Neuseeland und Russland aufgegriffen haben.

WWW

- Amt für Statistik der kanadischen Bundesregierung
www.statcan.ca
- Internetportal der Provinzregierung von Quebec
www.gouv.qc.ca
- Indianische Bevölkerung in Nordkanada
www.ainc.gc.ca
- Department of Canadian Heritage
www.pch.gc.ca
- Internetportal der Nunavut
www.nunavut.com
- Interkulturelles Institut (Montreal)
www.iim.qc.ca

Mexiko, Hinterhof der USA

Mexiko steht vor neuen Aufgaben: Seit dem Ende der Einparteienherrschaft versucht das Land, sich aus der Abhängigkeit von den USA zu befreien und neue regionale und internationale Märkte zu erschließen. Diese Entwicklung könnte jedoch die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit weiter verschärfen und vor allem die indianische und die Landbevölkerung hart treffen.

Zwei einschneidende Ereignisse kennzeichneten Mexiko am Ende des 20. Jahrhunderts: die Entstehung der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) 1994 und das Ende der 71-jährigen Alleinherrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) durch die Wahlen im Juli 2000. Nach dieser historischen Niederlage konnten erstmals düstere Kapitel der jüngeren Geschichte zur Sprache kommen: das Massaker von 1968 an demonstrierenden Studenten in Mexiko-Stadt, das Verschwinden von mehr als 500 Regimegegnern zwischen 1970 und 1990 sowie die Tatsache, dass die politische Klasse darüber nie Rechenschaft ablegen musste.

Nach den Präsidentschaftswahlen vom 3. Juli 2000 erklärte der Wahlsieger Vicente Fox, er habe die Demokratie nach Mexiko gebracht. Er versprach, durch liberale Reformen »das Land aus der Unterentwicklung herauszuführen und Millionen von Armen eine Chance zu geben«, gleichwohl werde seine Regierung eine »Regierung von Unternehmern für Unternehmer« sein. Eine seiner ersten Amtshandlungen war, die Landvergabe an die Bauern zu stoppen.

Zentrale Bestandteile seines politischen Programms waren die Privatisierung der Staatsunternehmen (vor allem der Elektrizitätswerke und der Erdölgesellschaft Pemex) und das Großprojekt »Plan Puebla-Panama« (PPP), das Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar und gewaltige Veränderungen im Südwesten Mexikos und in ganz Mittelamerika vorsieht. Dieser Plan, dem alle mittelamerikanischen Staaten von Mexiko bis Panama zugestimmt haben, soll mit Hilfe der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) die Lösung zur Überwindung der Armut bieten. Neben dem Bau von Autobahnen und der Erschließung von Erdöl- und Wasserressourcen sollen Firmen gefördert werden, die auf die Produktion genetisch veränderter Organismen (GVO) spezialisiert sind. Laut Vorstellung der Weltbank ist die Provinz Chiapas »ein besonders inte-

ressantes Gebiet für biotechnologische Versuche und die Nutzung der Artenvielfalt«.

Im Zentrum des Interesses liegt das teils von den Zapatisten kontrollierte Regenwaldgebiet entlang des Lacantun-Flusses. Diese Region verfügt über 25 Prozent des mexikanischen Oberflächenwassers, reiche Erdölvorkommen und mehr als 50 Prozent der Tropenhölzer des Landes. Doch die Großprojekte sind durch die Forderungen der Indio-völker (10 Millionen Menschen) nach Autonomie und kultureller Entfaltung gefährdet. Trotz der Forderungen der Zapatisten und deren »Marsch auf Mexiko-Stadt« billigt das neue Indianer-Gesetz vom 28. April 2001 den Indigenen keine Rechte an ihrem Land und den natürlichen Ressourcen zu.

Mexiko versucht, vielfältige Beziehungen zu knüpfen, um nicht vollständig vom Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (Nafta) abhängig zu sein, innerhalb dessen Geltungsbereich 2004 bereits 73 Prozent seines Außenhandels abgewickelt wurden. 55 Prozent der mexikanischen Importe und 87 Prozent der Exporte entfielen 2004 allein auf die USA. Um seinen Außenhandel zu diversifizieren, schloss das Land Freihandelsabkommen auch mit der Europäischen Union, Japan und den Ländern Lateinamerikas. Doch trotz des Ausbaus der Handelsbeziehungen konnte die soziale Ungleichheit nicht gemildert werden.

Die ökonomische Integration auf Nafta-Ebene zeigt sich am klarsten in den rund 3000 *maquiladoras*. Das sind Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie, die hauptsächlich von US-Firmen im Norden Mexikos gegründet wurden. Hier sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, doch die Beschäftigten haben praktisch keine Arbeitnehmerrechte. Die *maquiladoras* sind als Zulieferer innerhalb ihrer Mutterkonzerne völlig von der Konjunktur in den USA abhängig.

Mexiko ist ohnehin ein Land mit extremer sozialer Ungleichheit, doch das geographische Wohlstandsgefälle zwischen dem armen Süden und dem relativ wohlhabenden Norden nimmt noch ständig zu. Mehr als ein Viertel der 105 Millionen Mexikaner leben von weniger als einem Dollar pro Tag, über 50 Prozent verdienen ihren Lebensunterhalt in der Schatten-

► Nord-Süd-Gefälle der sozialen Ungleichheiten





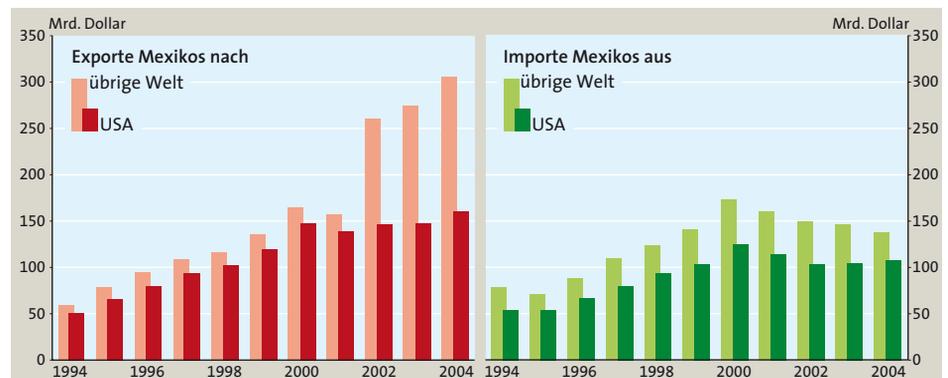
Natürliche Ressourcen, Minderheiten, bewaffneter Widerstand ◀

wirtschaft. Die regelmäßigen Überweisungen (Remesas) von in den USA lebenden mexikanischen Migranten an ihre Verwandten in Mexiko sind inzwischen nach den Erdöldevisen die zweitwichtigste Devisenquelle, noch vor den Einnahmen aus dem Tourismus.

Jahr für Jahr versuchen mehr als eine Million Mexikaner – meist illegal – in die USA zu gelangen. Die Einnahmen der Schleuserbanden, die das Geschäft mit der Migration über die mehr als 3000 Kilometer lange Grenze kontrollieren, liegen jährlich bei über 40 Milliarden Dollar. Damit gehört diese Branche – neben Drogenhandel und Waffenschmuggel – zu den wichtigsten kriminellen Potenzialen des Landes.

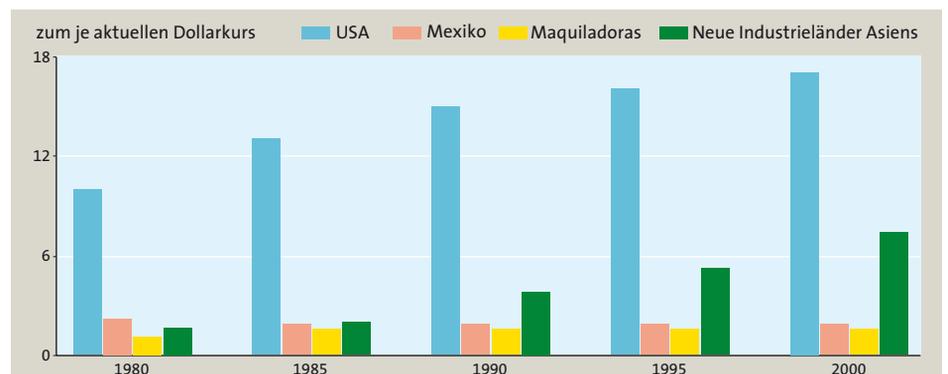
WWW

- Amt des mexikanischen Staatspräsidenten www.presidencia.gob.mx
- Nationales Institut für Statistik und Geogra?e www.inegi.gob.mx
- Zapatistische Nationale Befreiungsarmee www.ezln.org.mx
- Nationaler Kongress der indigenen Völker www.laneta.apc.org/cni
- Tageszeitung La Jornada www.jornada.unam.mx/
- NGO-Netzwerk La Neta www.laneta.apc.org/



Mexikos wirtschaftliche Abhängigkeit ◀

Entwicklung des Durchschnittsstundenlohns eines ungelerten Arbeiters ◀



Lateinamerika auf dem Weg in die Unabhängigkeit

Lateinamerika galt lange Zeit als Laboratorium für neoliberale Strategien und zugleich als deren Opfer. Nach einer Serie linker und sozialdemokratischer Wahlerfolge und dem Erstarken der sozialen Bewegungen ist der Halbkontinent jedoch zum Symbol des Widerstands gegen die Globalisierung à la USA geworden.

Das in Lateinamerika das neoliberale Modell auf breiter Front abgelehnt wird, hat viele Gründe: die Armut (225 Millionen Menschen oder 43,9 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze), die riesigen Defizite im Gesundheits- und Bildungswesen, die ungleiche Einkommensverteilung, die allen Wohlstand bei einer schwerreichen Oberschicht konzentriert. Solche Verhältnisse provozieren aber auch Widerstand an der Basis, sei es in Form von Massendemonstrationen, sei es als aufständische Aktionen. In letzter Zeit haben die sozialen Bewegungen in fünf Ländern dazu beigetragen, dass Präsidenten abgewählt wurden,

die für den volkswirtschaftlichen Bankrott (Argentinien 2000), für eine gegen das Volk gerichtete Politik (Ecuador 1997 und 2005) oder für die Privatisierung von Wasser und Gas (Bolivien 2003 und 2005) verantwortlich waren. Dieser Widerstand entwickelte sich zumeist außerhalb der diskreditierten traditionellen Parteien, die weder eine akzeptierte politische Ideologie noch Rückhalt in der Bevölkerung haben. In Washington und in den konservativen Kreisen Lateinamerikas wird diese Entwicklung als Aufstieg eines »radikalen Populismus« denunziert. Unter dieser Bezeichnung fasst man alle politischen Strömungen zusammen, die sich der neoliberalen Strategie widersetzen, wie auch alle Verfechter eines lateinamerikanischen Modells partizipatorischer Demokratie und das Auftreten politischer Führer, die dieses Modell propagieren – allen voran der venezolanische Präsident Hugo Chávez.

Obwohl die Regime Kubas und Venezuelas keinerlei Gemeinsamkeiten aufweisen, repräsentieren Hugo Chávez und Fidel Castro innerhalb dieser Konfliktkonstellation den radikalen Pol. Im Zentrum der »bolivarischen« Konzeption, die in Venezuela entwickelt wird, steht die Vision eines demokratischen Lateinamerika. Die einzelnen Staaten sollen sich zu einem unabhängigen Block fügen, der als sein politisches Hauptziel definiert, die sozialen Ungleichheiten auf dem Subkontinent abzubauen. Dieses Projekt, das Chávez als »neuen Sozialismus« bezeichnet, will er mittels der »Bolivarischen Alternative für Amerika« (Alba, für: Alternativa Bolivariana para la America) realisieren.

Sollte diese Initiative Erfolg haben, wäre dies ein schwerer Schlag gegen das von Washington geförderte Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA), das eine vollständige »Öffnung« nicht nur aller Wirtschaftsbereiche, sondern auch des Gesundheits- und Bildungswesens vorsieht. Obwohl Washington für diesen Plan die Unterstützung seiner Bündnispartner hat (Mexiko, die Staaten Zentralamerikas, Chile, Kolumbien, Peru und bis vor kurzem auch Ecuador

► Die Last der Schulden



und Bolivien), ist es den USA bislang nicht gelungen, diesen »großen kontinentalen Markt« praktisch durchzusetzen.

Mehrere Länder Lateinamerikas haben inzwischen Mitte-links- oder auch linke Regierungen: Argentinien mit der Wahl des Präsidenten Nestor Kirchner, Brasilien mit der Wahl von Luiz Inácio »Lula« da Silva, Uruguay mit Präsident Tabaré Vasquez, Panama mit Martín Torrijos und Bolivien mit Präsident Evo Morales. Dass die neu gewählten Präsidenten die Nähe zu Hugo Chávez suchen und sich dem Wunsch des US-Außenministeriums verweigern, den venezolanischen Präsidenten zu isolieren, hat weniger mit ihrer rechten oder linken Orientierung zu tun als damit, dass sie auf das Konzept eines Wirtschaftsnationalismus setzen. Die neue Konstellation hat dazu geführt, dass sich die USA im Mai 2005 in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zum ersten Mal seit deren Gründung nicht durchsetzen konnten, als der Chilene Miguel Insulza gegen den Willen Washingtons zum Generalsekretär gewählt wurde.

Die USA haben nach ihrem Scheitern in Kolumbien, wo die letzten Guerillagruppen ihren Kampf weiter fortsetzen (siehe Seite 152), den venezolanischen Präsidenten Chávez zum »Sündenbock« erklärt. Das ist verständlich, denn die in Caracas umgesetzten Sozialreformen sind eine große Inspiration für die Rebellenbewegungen der gesamten Region. Zugleich aber ist Venezuela als zweitgrößter Erdöllieferant der USA (und fünftgrößter der Welt) für Washington von großer strategischer Bedeutung. Dasselbe gilt für Länder mit bedeutenden Erdöl- und Erdgasvorkommen wie Mexiko, Kolumbien, Ecuador und Bolivien.

Das Pentagon unterhält deshalb weiterhin eine starke Militärpräsenz in der Andenregion und in Mittelamerika. Unter dem Vorwand der »Terrorismusbekämpfung« beschwört es die Gefahr, die von bewaffneten nichtstaatlichen Akteuren ausgeht (Guerilla, Mafia, Drogenhändler, kriminelle Banden, internationale Terrorgruppen). Beunruhigt zeigt sich Washington auch über das Erstarken von Bewegungen der indigenen Bevölkerung in Mexiko, Ecuador, Bolivien und Chile, die sich mit radikalisierten Gruppen der Gesellschaft verbünden könnte, etwa mit der Bewegung der Landlosen in Brasilien, Paraguay und Ecuador, mit den argentinischen Piqueteros – organisierten Gruppen von demonstrierenden Arbeitslosen –, mit den Globalisierungsgegnern usw.



Ein Kontinent löst sich von Washington ◀

Dennoch ist es den USA nicht gelungen, den Lateinamerikanern ein neues Konzept präventiver Sicherheit aufzudrücken oder die Gründung einer multinationalen Eingreiftruppe unter dem Kommando des Pentagon durchzusetzen. Einen solchen Vorschlag haben Venezuela, Brasilien und Argentinien zurückgewiesen, und zwar unter Berufung auf ihre nationale Souveränität wie auch mit dem Hinweis auf das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

WWW

- Informationen auf deutsch vom Nachrichtenpool Lateinamerika
 • www.npla.de/poanal/index.html
 Aktuelles auf englisch:
 Latin American Information Agency (ALAI)
 • www.alainet.org
 Ausführliche Analysen und Artikel bei der Informationsstelle Lateinamerika
 • www.ila-bonn.de/lateinamerika/home.htm
 Monatszeitschrift mit umfassendem Archiv
 • www.Lateinamerikanachrichten.de
 Bolivarianische Alternative für Amerika, die Stimme von Hugo Chávez
 • www.alternativabolivariana.org

Gute Zeiten für Waffenhändler

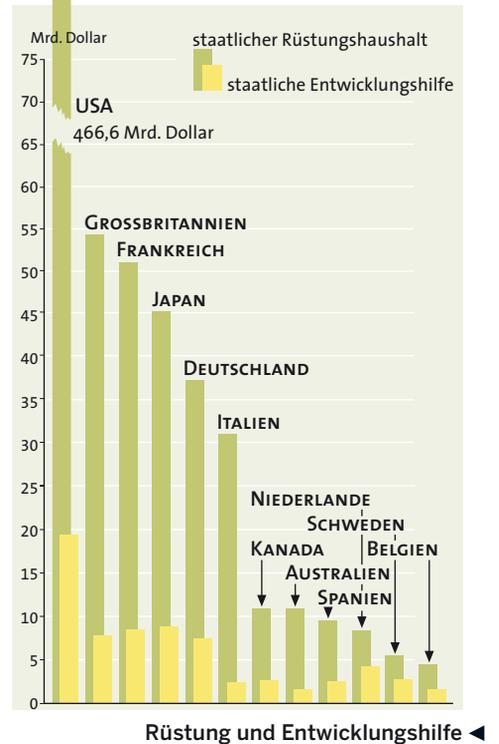
Im Namen des »Kriegs gegen den Terrorismus« haben die Vereinigten Staaten ihre Militärausgaben enorm gesteigert. Washington bestreitet heute die Hälfte der weltweiten Rüstungsaufwendungen. Die Ausgaben aller Nato-Staaten zusammen machen sogar mehr als zwei Drittel aus. Und alle großen Waffenexporteure schauen begierig auf den Markt der Zukunft – auf China.

Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich im Jahr 2004 auf 1,035 Billionen Dollar, wenn man zu den Beschaffungs- und den laufenden Kosten die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F&E) dazurechnet. Diese Zahl bedeutet einen Anstieg von mehr als 30 Prozent seit 1998. In diesem Jahr waren die Militärausgaben auf ihrem niedrigsten

Stand seit dem Ende des Kalten Kriegs. Und die Rüstungsdiskussion drehte sich vor allem um die »Friedensdividende«, die sich freilich in Luft auflöste, bevor sie sich materialisieren konnte.

Heute hingegen steht an die Spitze der politischen Prioritätenliste wieder die Forderung nach »mehr Sicherheit«. Das gilt sowohl für die neue Sicherheitsdoktrin der Bush-Administration als auch für das »Solana-Papier«, das auf dem EU-Gipfel vom Dezember 2003 verabschiedet wurde. Das in den USA nach dem 11. September 2001 geschaffene Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security) hat Zugriff auf beträchtliche Budgetmittel unabhängig vom Verteidigungsetat, mit denen die Forschungsprojekte großer Rüstungskonzerne finanziert werden können. Die Hälfte der globalen Militärausgaben wird von den USA getätigt, die auf dem Feld der Militärtechnologie und der Produktion moderner Waffensysteme einen besonders großen Vorsprung haben.

Auf der Ebene der Europäischen Union gilt das Augenmerk der EU-Kommission insbesondere der Koordination und Finanzierung von Programmen, die eine sicherheitspolitische Bedeutung haben. Das im April 2005 aufgelegte 7. Europäi-



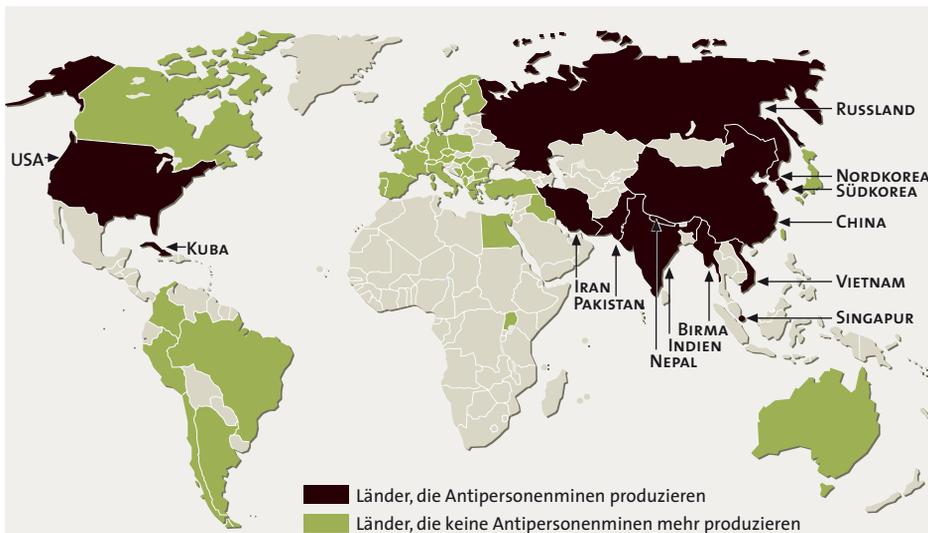
Rüstung und Entwicklungshilfe ◀

sche Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung (FP7) sieht 3,5 Mrd. Euro für die Bereiche Sicherheit und Raumfahrt vor, die als eng verflochten angesehen werden. Diese Summe kommt also noch zu den Mitteln für militärische Forschung und Entwicklung hinzu.

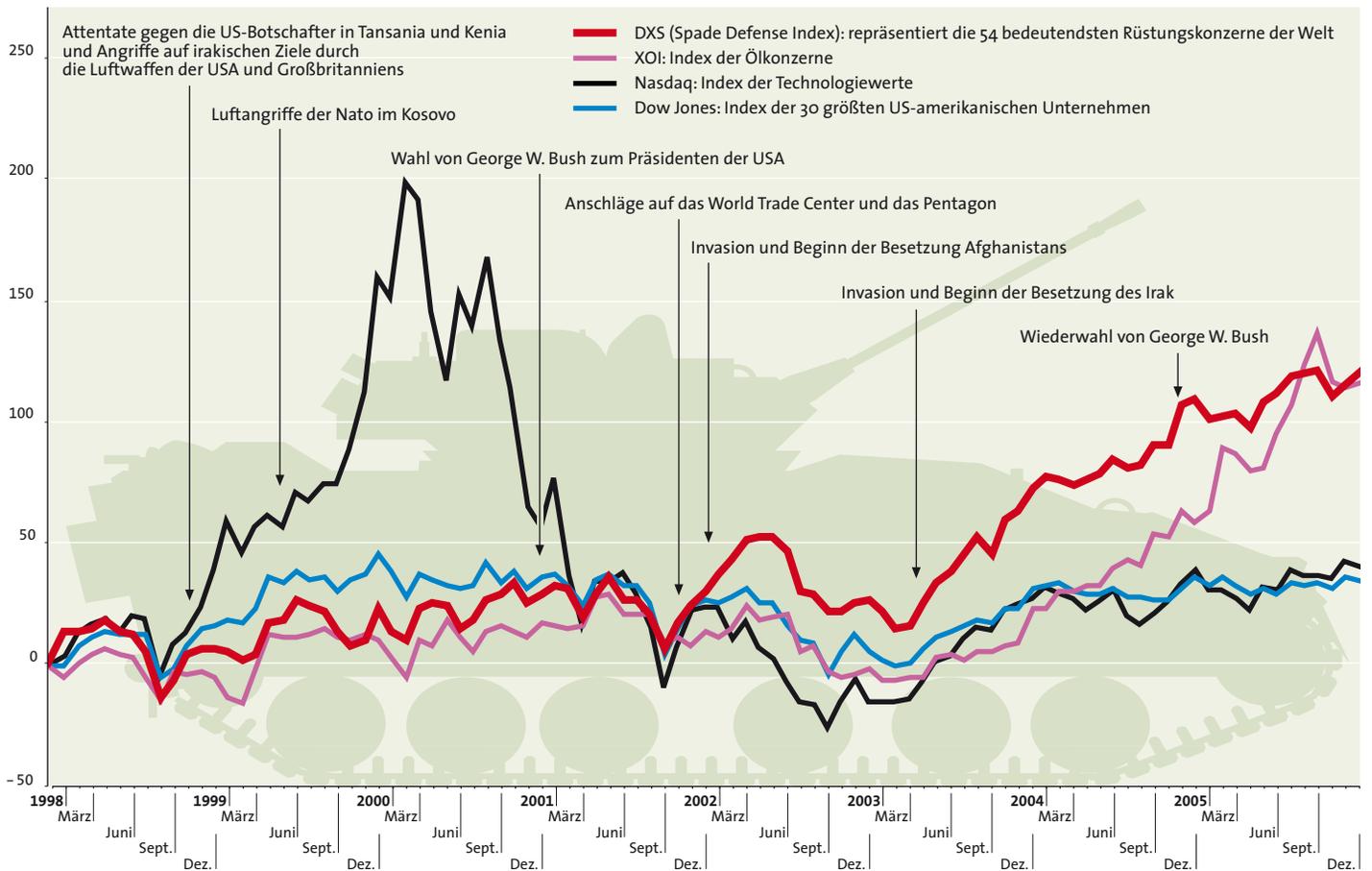
Viel versprechende Märkte tun sich auch bei der Modernisierung der Waffen und Geräte auf, die der Abwehr einer militärischen und zivilen Bedrohung dienen. Auf diese Weise stabilisiert die Sicherheitsagenda, die von den USA und der EU für die »Zeit nach dem Kalten Krieg« entworfen wurde, auch die Strukturen im Bereich Rüstungs- und Sicherheitsindustrie. Dabei verstärkt sich die »transatlantische Achse« im Bereich der Rüstungsindustrie. Die Produktion von Waffen wird zunehmend zu einer europäisch-amerikanischen Angelegenheit. Denn die gewaltigen Kosten für die Entwicklung neuer Generationen von Waffensystemen liegen so hoch, dass sie zu verstärkter Zusammenarbeit zwingen. Die Aktionäre der Rüstungskonzerne können sich freuen.

Im Lauf der 1990er-Jahre haben auch institutionelle Anleger wie Rentenfonds

► Wo die Antipersonenminen herkommen



2003 wurden etwa 26.000 Menschen durch Antipersonenminen getötet oder schwer verletzt. Im selben Jahr waren mehr als 200 Millionen solcher Minen verlegt. Auf dem Weltmarkt kosten sie zwischen 3 und 15 Dollar pro Stück. Jede Entschärfung kostet 300 bis 1.500 Dollar.



Rüstungspolitisch relevante Ereignisse und die Entwicklung der wichtigsten Aktienmärkte ◀

und Versicherungen ihr Kapital zunehmend in der US-amerikanischen Rüstungsbranche angelegt. Der Druck, den dieses Bündnis von Finanz- und Rüstungssektor ausüben konnte, war einer der Faktoren, der zur Aufstockung des US-Militärhaushalts nach 1999 beigetragen hat, und erst recht nach 2000, nach dem Zusammenbruch des Nasdaq (des Aktienindex der Hightech-Unternehmen), dem Kursverfall an der Wall Street und den Attentaten vom 11. September 2001. Von dieser Entwicklung profitieren vor allem die Anleger: Die Kursentwicklung der US-Rüstungsunternehmen beschert ihnen seit einigen Jahren bemerkenswerte Gewinne.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts haben sich US-amerikanische Konzerne in den meisten großen europäischen Ländern – mit Ausnahme Frankreichs – in Rüstungsunternehmen eingekauft. Und auch die großen europäischen Unternehmensgruppen wie die European Aeronautic Defence and Space Co. (EADS), die vormals britische BAE Systems, die vorwiegend französische Thales Group, die italienische Finmeccanica und andere mussten auf den Zwang reagieren, ihren

Aktionären einen »Wertzuwachs« zu präsentieren. Die logische Folge ist, dass sie ihre Präsenz auf dem US-amerikanischen Markt verstärken müssen.

Die Umsätze der fünf größten Exportnationen machten 2004 volle 81 Prozent der globalen Rüstungsverkäufe aus. Dabei lag Russland als Exporteur an der Spitze, gefolgt von den Vereinigten Staaten und zwölf europäischen Ländern, deren akkumulierte Exporte wertmäßig fast an die der USA heranreichen. Der wichtigste Abnehmer von Rüstungsgütern (im Zeitraum 2000 bis 2004) war China, das seine Importe zu 95 Prozent aus Russland bezieht. Die westlichen Lieferanten sind jedoch zu großen Zugeständnissen bereit, um sich Zugang zu diesem wichtigen Zukunftsmarkt zu verschaffen.

Der Rückgang der Waffenexporte in den letzten zehn Jahren erklärt sich durch das Ende des Kalten Krieges und die finanziellen Probleme der wichtigsten Kunden, also der Schwellenländer und der Staaten des Südens. Das hat zu einer verstärkten Konkurrenz unter den Anbietern geführt. Sie spielen auch bei den Differenzen eine Rolle, die es zwischen der USA und der EU, aber auch innerhalb der

Union hinsichtlich des 1989 verhängten Waffenembargos gegen China gibt. Dabei geht es in Wirklichkeit gar nicht um die Menschenrechte, sondern um die Rolle, die die europäische Rüstungsindustrie bei der Erschließung eines Marktes mit großen Wachstumschancen spielen kann. Und auf der geopolitischen Ebene geht es um die Frage, wie der Militärmacht China zu begegnen ist. Die USA jedenfalls sind dabei, Taipeh massiv aufzurüsten: 2005 wurden Taipeh von Washington Rüstungsgüter im Wert von 18 Mrd. Dollar zugesagt.

WWW

Rüstungsausgaben nach Ländern

• www.globalsecurity.org/military/world/spending.htm

Daten und Grafiken beim Stockholm

Friedensforschungsinstitut

• www.sipri.org/contents/milap/milex/mex_data_index.html

• www.imi-online.de

Observatoire des transferts d'armements

• www.obsarm.org/main/obsarm_cdrp.htm

Analysen der Informationsstelle Militarisierung

• www.imi-online.de

Materialien zu Rüstungsindustrie von der AG

Friedensforschung der Uni Kassel

• www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/export/Welcome.html

Kampagne gegen Waffenhandel

• www.controlarms.org

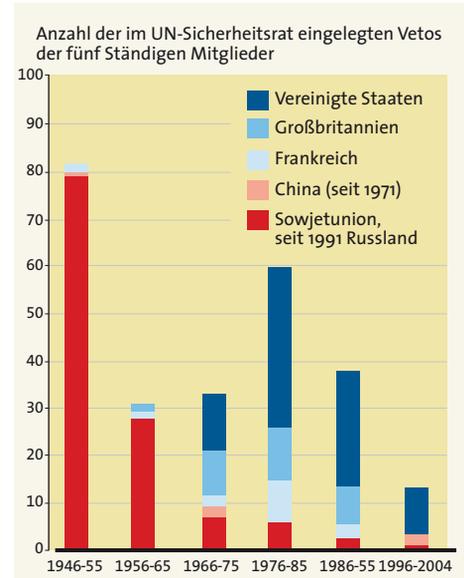
Die Vereinten Nationen und die Vereinigten Staaten

1909 gab es 37 große internationale Organisationen und Vereinigungen auf der Welt, knapp hundert Jahre später sind es 350. Die Vereinten Nationen waren ursprünglich als Dachorganisation über diesem Netzwerk von Institutionen gedacht. Doch nach dem Scheitern des New Yorker Reformgipfels im September 2005 ist die UNO noch immer auf der Suche nach einer neuen Legitimation. Ein großes Hindernis für das Bemühen der UNO, sich zu erneuern und ihre internationale Rolle aufzuwerten, ist dabei der hegemoniale Anspruch der Vereinigten Staaten.

Am Ende des Ersten Weltkriegs erklärte der damalige US-Präsident Woodrow Wilson die Idee eines »organisierten gemeinsamen Friedens« zum zentralen Ziel des neu zu gründenden Völkerbunds. Eine ähnliche Idee inspirierte die Gründung der Vereinten Nationen, die 1942 von US-Präsident Franklin D. Roosevelt angeregt wurde.

Die UNO, die 1945 in San Francisco beschlossen wurde und ihren Sitz in New York fand, war zugleich eine Art Resonanzboden für die Spannungen des Kalten Krieges, aber auch eine Tribüne für die antikolonialen Bewegungen in aller Welt. Die Weltorganisation wurde immer wieder kritisiert; sei es, weil viele Resolutionen, die sie verabschiedete, nie umgesetzt wurden (insbesondere im Nahostkonflikt), sei es, weil sie unfähig war, den Zerfall Somalias, den Völkermord in Ruanda oder die Massaker in Bosnien zu verhindern. Doch als dann das alte »Gleichgewicht des Schreckens« durch eine Entwicklung abgelöst wurde, die eine ganze Serie explosiver innerer Konflikte hervorbrachte, hatte die UNO den Ehrgeiz, zum »Bollwerk gegen das Chaos in den internationalen Beziehungen« zu werden, wie es UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar 1990 ausdrückte.

Die UNO sieht sich freilich mit der Arroganz der USA konfrontiert, die das Schicksal der dominierenden Nation für wichtiger hält als die Geschicke des gesamten Planeten. Zur Jahrtausendwende ermahnte die US-Führung den damaligen UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, er solle künftig »mehr Sekretär und weniger General« sein. Und auch seinem Nachfolger Kofi Annan ließen sie eine bedeutsame Botschaft zukommen: Weil der



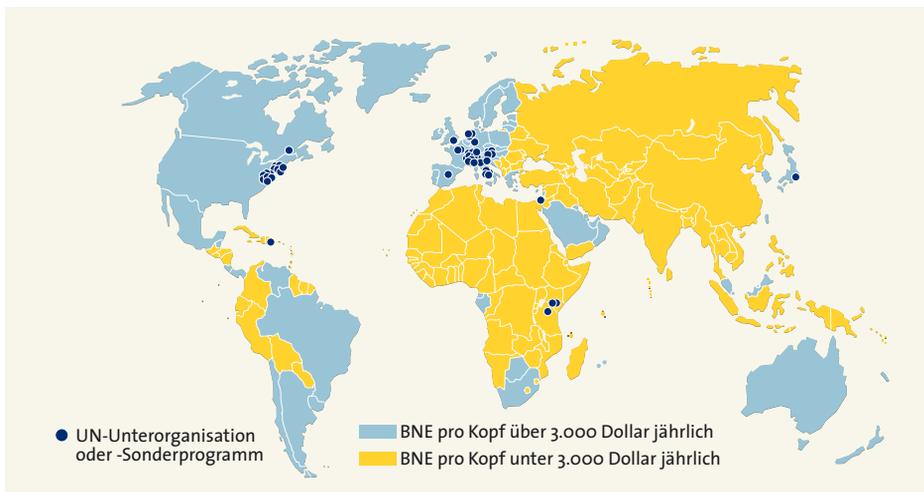
Wie die großen Fünf ihr Vetorecht nutzen ◀

UN-Sicherheitsrat den Angriff auf den Irak nicht legitimiert hatte, bezeichnete Richard Perle, ein Chefideologe der US-Sicherheitspolitik, die UNO, nach dem Fluss, an dem ihr Gebäude in New York liegt, als »Schwatzbude am Hudson« und frohlockte, dass nunmehr »die Fantasievorstellung von der UNO als der Grundlage einer neuen Weltordnung« am Ende sei. Im März 2005 ernannte George W. Bush einen bewährten »Falken« des Irakkriegs, John Bolton, zum UN-Botschafter der USA, also einen ausgewiesenen Verfechter des Unilateralismus.

Nachdem der UN-Sicherheitsrat lange Zeit durch die Ost-West-Rivalität blockiert war, bringt er nur noch in Ausnahmefällen sein Vetorecht zur Geltung, das jedem einzelnen der privilegierten fünf Ständigen Mitglieder (China, USA, Frankreich, Großbritannien und Russland) zusteht. Der Sicherheitsrat tagt mittlerweile fast ununterbrochen und verabschiedet pro Jahr etwa 50 Resolutionen. Zwischen 1990 und 2001 verhängte er in 26 Fällen Sanktionen.

Beim UN-Gipfel vom September 2005 war als zentrales Thema die Vergrößerung des Sicherheitsrats vorgesehen, die seit langem von Staaten der Dritten Welt und

► Wo die UNO und ihre Unterorganisationen ihren Sitz haben



einigen weltpolitischen »Schwergewichten« (Deutschland, Japan, Indien, Brasilien) gefordert wird. Doch die Ständigen SR-Mitglieder konnten sich erneut nicht auf eine solche Erweiterung einigen. Wenig später wurde auch die Reform der Menschenrechtskommission verschoben, weil einige Länder sich gegen eine »humanitäre Einmischung« wehrten.

Nachdem die UNO von 51 Mitgliedstaaten im Gründungsjahr 1945 auf heute 191 angewachsen ist, versucht die Weltorganisation einen neuen Anlauf. Sie hat sich – nach einigen Kontroversen – gegenüber dem Privatsektor geöffnet und will mit der »Zivilgesellschaft« kooperieren. Zudem organisierte sie immer mehr große Konferenzen: zum Thema Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994, zu globalen Umweltfragen in Rio 1992, Berlin 1995 und Kioto 1997, den Weltfrauengipfel in Peking 1995, den Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995, die Weltkonferenz über Rassismus in Durban 2001, den Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg 2002.

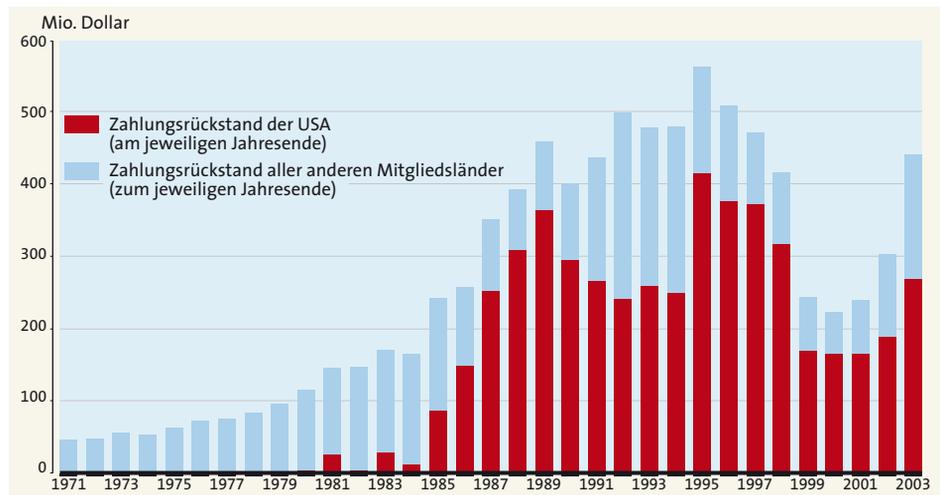
Die Anzahl der Friedensoperationen hat im Lauf der Zeit erheblich zugenommen: Während es im Zeitraum 1945 bis 1987 noch 13 waren, so wurden im Zeitraum 1989 bis 2000 bereits 42 Blauhelmeinsätze durchgeführt. Im Jahr 2005 hatten die Vereinten Nationen mehr als 70.000 Blauhelme und Polizisten sowie 12.000 Zivilisten im Einsatz, drei Viertel von ihnen in Afrika. Dabei stützen sie sich militärisch immer mehr auf regionale Organisationen.

Die mangelnde Effizienz der UNO hängt ersichtlich auch mit ihrer schlechten finanziellen und militärischen Ausstattung zusammen: Die Aufwendungen für Friedensmissionen und internationale Tribunale entsprechen nur 1 bis 2 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Doch die Organisation geriet auch durch administrative Unregelmäßigkeiten in Misskredit – etwa bei der Abwicklung des Programms »Öl für Nahrung« im Irak –, was für die Rechte in den USA ein gefundenes Fressen war.

Die UN waren aber auch dem Vorwurf ausgesetzt, sich zum Schutzschild und Legitimierungsinstrument für das Handeln der Großmächte herzugeben. Überdies wird kritisiert, dass Kofi Annan, dessen zweite Amtszeit im Dezember 2006 endet, Washington zu sehr entgegenkam, als er die amerikanische Definition von Terrorismus absegnete – die einschlägige Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 14.



Wer die Vereinten Nationen finanziert ◀



Was die USA der UNO schulden ◀

September 2005 ging auf die Ursachen des Terrorismus gar nicht ein.

Eine neue Diskussion gibt es auch über die Struktur und Weiterentwicklung des Völkerrechts. Angesichts der Macht, die den großen Finanz- und Handelsorganisationen im Rahmen der Globalisierung zugewachsen ist, geht es dabei um die Rolle und die Handlungsinstrumente der etwa dreißig UN-Unterorganisationen und -Sonderprogramme (in den Bereichen Gesundheit, Flüchtlinge, Kindheit, Entwicklung u. a. m.). In den letzten zehn Jahren sind außerdem internationale Strafverfolgungsorgane entstanden, die entweder als Ad-hoc-Gericht gegründet wurden, wie der Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien, oder als universelles Berufungsgericht konzipiert sind, so der Internationale Strafgerichtshof (ISTGH).

Diese neuen Organe sind nicht unumstritten – der ISTGH wird von den USA heftig bekämpft –, aber sie lassen auch hoffen, dass sich eine wirksame internationale Rechtsprechung herausbildet.

WWW

- Offizielle Seite der Vereinten Nationen
- www.un.org
- Regionales Informationszentrum der UN für Westeuropa
- www.unric.org
- Aktuelles der UNO
- www.un.org/News
- UN über UN-Reform
- www.un.org/reform
- Unabhängige Gruppe Reform Watch
- www.reformwatch.net
- Center for UN Reform Education
- www.centerforunreform.org
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- www.dgvn.de

Von Nürnberg zum Internationalen Strafgerichtshof

Die internationale Rechtsprechung hat sich seit 1945 ständig weiter entwickelt. Seit dem Ende des Kalten Kriegs beschleunigte sich dieser Prozess insbesondere im Bereich des internationalen Strafrechts zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Juli 2002 nahm der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag seine Tätigkeit auf.



Die internationalen Gerichtshöfe ◀

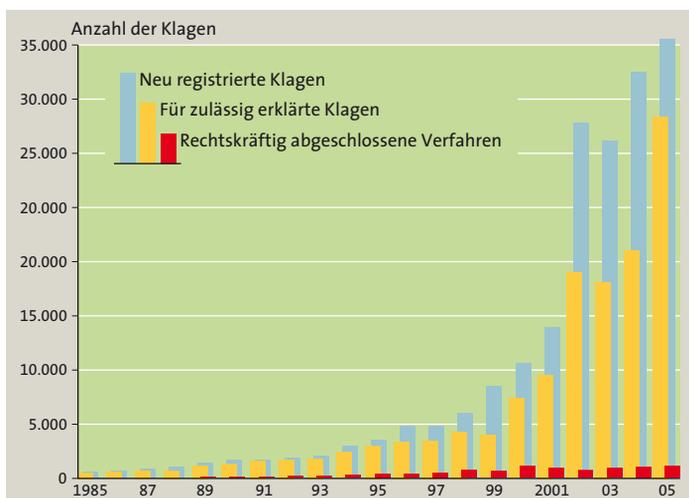
Das erste internationale Gericht wurde 1899 in Den Haag gegründet. Der damals beschlossene Ständige Schiedsgerichtshof war zuständig für »die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Staaten durch Richter ihrer Wahl und nach Rechtsgrundsätzen« (Art. 15). An seine Stelle trat 1922 der Ständige Internationale Gerichtshof des Völkerbunds und nach 1945 der ebenfalls in Den Haag ansässige Internationale Gerichtshof (IGH), der im Rahmen der Vereinten Nationen gegründet wurde. Der IGH urteilt

über Streitigkeiten zwischen Staaten, die seine Zuständigkeit anerkennen. Die unterliegende Partei muss das Urteil akzeptieren – tut sie es nicht, kann sich die andere Partei an den UN-Sicherheitsrat wenden. Da hier die fünf ständigen Mitglieder ein Vetorecht haben, genießen sie auch im internationalen Recht eine Sonderstellung. So konnten sich die USA 1984 dem Vollzug eines IGH-Entscheids widersetzen, der ihre Aktionen gegen Nicaragua verurteilte. In den letzten Jahren regelte der IGH unter anderem Gebiets-

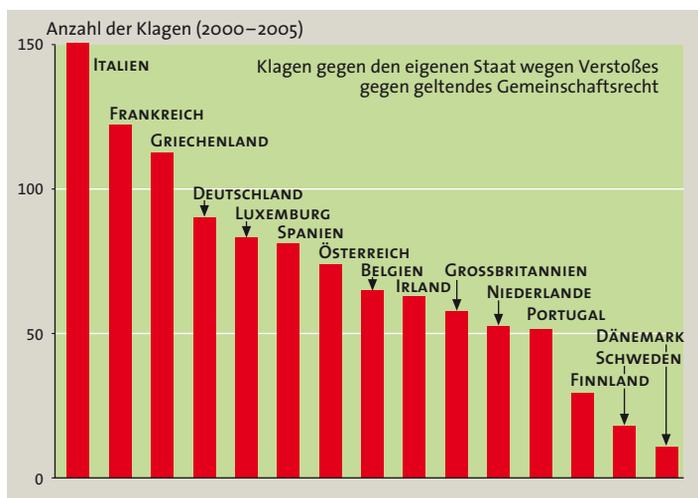
streitigkeiten zwischen Rumänien und der Ukraine sowie zwischen Benin und dem Niger.

Der 1952 ins Leben gerufene Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH, mit Sitz in Luxemburg) wacht als Rechtsprechungsorgan der EU über die Einhaltung der die Mitgliedstaaten bindenden Verträge und über die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts. Er kann von allen EU-Instanzen wie auch von den Mitgliedstaaten und deren Gerichtsbarkeit angerufen werden. Seit 1989 kann er auch

► Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte



Klagen beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften ◀



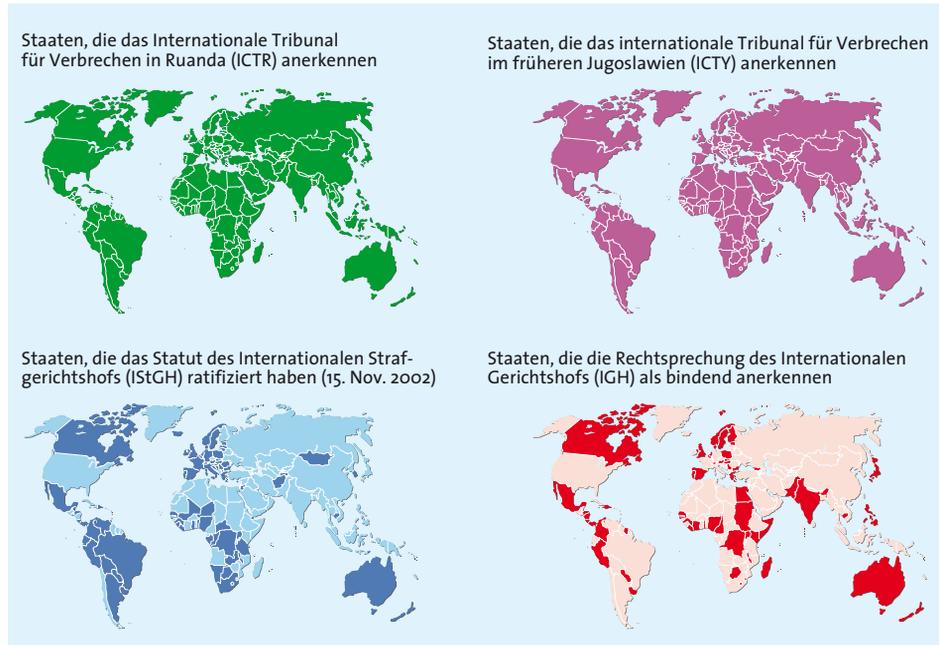
als erste Instanz von natürlichen und juristischen Personen angerufen werden. 1994 wurde mit Sitz in Luxemburg der Gerichtshof der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) gegründet. 2005 nahm das mit Beschluss des Europäischen Rates vom November 2004 geschaffene Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union seine Tätigkeit auf.

Führend ist Europa auch im Bereich der Rechtsgarantien mit Blick auf die Personenrechte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg wurde 1959 gegründet, um die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtserklärung zu gewährleisten, die bis Dezember 2002 von 46 Staaten unterzeichnet wurde. Der Gerichtshof kann von allen Signatarstaaten sowie von natürlichen und juristischen Personen angerufen werden, sofern der nationale Rechtsweg erschöpft ist.

1979 schuf die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) in San José den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, der die Achtung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention zu überwachen hat. Dessen Rechtsprechung ist nicht bindend. Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) beschloss 1998 die Schaffung eines Afrikanischen Gerichtshofs für die Rechte der Menschen und Völker, der seit Januar 2004, nunmehr für die Afrikanische Union (AU), amtiert.

Im Bereich des internationalen Strafrechts blieb die Erfahrung der Militärgerichte von Nürnberg (1945–1946) und Tokio (1946–1948) zunächst ohne Folgen. Erst nach dem Ende des Kalten Kriegs erfolgte mit Ad-hoc-Tribunalen ein neuer Anlauf. 1993 trat erstmals das Internationale Tribunal für Verbrechen im früheren Jugoslawien (ICTY) zusammen, 1994 das Internationale Tribunal für Verbrechen in Ruanda (ICTR). Vier Jahre später, am 17. Juli 1998, wurde im Rahmen der Vereinten Nationen der Vertrag von Rom über die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs (IstGH) unterzeichnet, der am 1. Juli 2002 in Kraft trat. Das erste beim IstGH in Den Haag anhängige Verfahren läuft seit dem 29. Januar 2007 gegen den Kongolesen Thomas Lubanga.

Der IstGH ist für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen zuständig. Er kann nur Personen verfolgen, deren Herkunftsland seine Zuständigkeit anerkennt oder die Verbrechen in einem der Signatarstaaten begangen haben. Die Gründungsurkunde



Die internationalen Gerichtshöfe und ihre Anerkennung ◀

sieht folgende Bestimmungen vor: 1. Die Signatarstaaten können die Zuständigkeit des IStGH für Kriegsverbrechen für die ersten sieben Jahre aussetzen. 2. Der IStGH kann nur nach Erschöpfung des nationalen Rechtswegs angerufen werden. 3. Der Sicherheitsrat kann die Strafverfolgung verhindern.

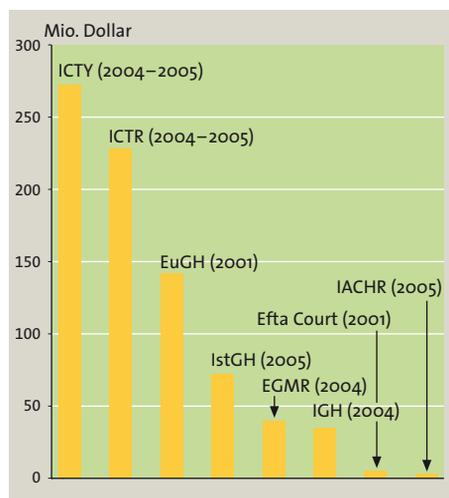
Im Mai 2006 hatten 139 Staaten das IStGH-Statut unterzeichnet, von diesen hatten es 100 schon ratifiziert. Nicht unterzeichnet haben u.a. China, Nord- und Südkorea, Kuba, Israel, der Irak, Libyen und die Türkei. US-Präsident Clinton hatte das Statut im Namen der USA an seinem letzten Amtstag unterzeichnet, doch sein Nachfolger George W. Bush zog die

Zustimmung zurück. Washington fordert unter anderem eine Ausnahmeregelung für das Personal von friedenserhaltenden Operationen mit UN-Mandat.

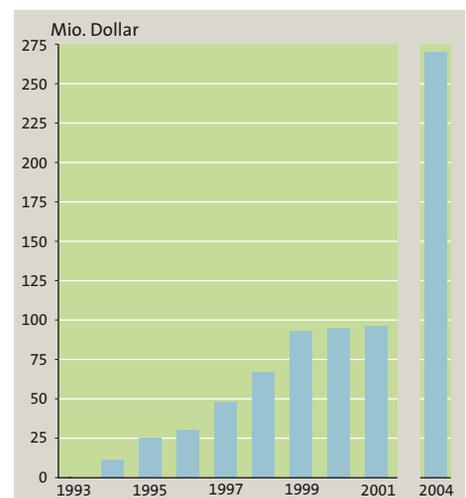
WWW

- Internationaler Gerichtshof**
www.icj-cij.org
- Internationaler Strafgerichtshof**
www.un.org/law/icc/index.html
- Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften**
www.curia.europa.eu/de/transitpage.htm
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte**
www.echr.coe.int
- Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte**
www.corteidh.or.cr
- Trial Watch – Organisation gegen Straffreiheit**
www.trial-ch.org

► **Budgets der internationalen Gerichtshöfe**



◀ **Int. Tribunal für Verbrechen in Exjugoslawien**



Aktivisten einer globalen Zivilgesellschaft

Die Zahl der Nichtregierungsorganisationen oder NGOs und ihrer Mitglieder steigt beständig und rapide an. Und das nicht nur in der entwickelten Welt, sondern auch in Regionen des Südens wie in Süd- und Mittelasien. Manche NGOs werden von Regierungen gefördert oder ausgehalten. Aber viele spielen eine wichtige Rolle für die Entwicklung und innerhalb der neuen sozialen Bewegungen, die auf eine »andere Globalisierung« setzen.

Die NGOs gelten seit ihrem entschiedenen Auftreten beim Rio-Gipfel, der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992, als die Bausteine einer globalen Zivilgesellschaft. Die Bezeichnung NGO (Nongovernmental Organization; Nichtregierungsorganisation) stammt aus dem Vokabular der UNO und bezeichnet die Differenz zu Staaten und

»regierungsamtlichen« Organisationen, auf denen das UN-System aufbaut (siehe Seite 72). Seit den 1970er-Jahren sind viele Gruppen und Organisationen entstanden, die als unabhängig von staatlichen Stellen und zumeist auch als nicht parteigebunden gelten.

In der Regel sind NGOs mehr oder weniger spezialisierte Verbände mit bestimmten Themen und Arbeitsfeldern wie humanitäre Soforthilfe, Entwicklungspolitik, Menschenrechte, Umwelt und Frieden. Dabei kann es sich um Gruppen von nur wenigen Experten handeln oder auch um Massenbewegungen und manchmal um eine Mischung von beidem. Viele NGOs haben sich in einem bestimmten Land entwickelt, weiten ihre Aktivitäten dann aber über Partnerbeziehungen auf die internationale Ebene aus. Zum Beispiel ist Greenpeace, eine der prominentesten NGOs, zunächst als lokale Initiative im kanadischen Vancouver entstanden. Dagegen organisieren sich die so genannten Ingos, also Internationale NGOs, von Anfang an oder schrittweise auf globaler Ebene. Das beste Beispiel ist amnesty international. NGO kann also vieles heißen. In den Ländern, in denen das Recht auf Zusammenschlüsse erst vor kurzem erkämpft wurde oder beschränkt bleibt, sind NGOs oft »Vereine« oder »Verbände« im weitesten Sinn (und nicht im engen Sinn der UN-Definition).

Die Entwicklung hin zu einem globalen Aktionsraum und zur Finanzierung von

entsprechenden Projekten hatte allerdings auch zur Folge, dass immer mehr Pseudo-NGOs auftreten. Von ihnen gibt es drei Kategorien: die Gongos (G für »government«), also staatlich organisierte NGOs; die Mongos (M für »Mafia«), also zu betrügerischen Zwecken organisierte NGOs; und schließlich die Fongos (F für »foreign«), die von ausländischen Geldgebern organisiert werden. Bei einigen Fongos treten als Geldgeber auch Non-profit-Organisationen auf. Solche gemeinnützige Stiftungen reklamieren zuweilen die Ethik von NGOs für sich. Das gilt etwa für die US-amerikanische Ford-Stiftung oder die Open Society Foundation des Milliardärs George Soros (siehe Seite 58).

Seit dem ersten Weltsozialforum in Porto Alegre (2000) spricht man auch von einem »neuen Internationalismus«. Die sozialen Bewegungen, auf denen er beruht, stehen in vielfachen und komplexen Beziehungen zu den NGOs. Dabei bezieht sich der Begriff »soziale Bewegung« auf massenhafte Aktivitäten, die jeweils für eine Gesellschaft spezifisch sind. Ihre Träger sind Gruppen, die durch ein oder mehrere Ziele zusammengehalten werden und sich zu einer aktiven politischen Kraft auf nationaler oder internationaler Ebene entwickeln. NGOs sind zuweilen unmittelbar an solchen Bewegungen beteiligt (Massen-NGOs), in anderen Fällen können sie die Rolle von sympathisierenden Experten oder auch von Trittbrettfahrern spielen (Gongos, Mongos). Manche NGOs bleiben jedoch bewusst auf ihr besonderes Interessengebiet beschränkt und wollen keinerlei Interaktion mit den sozialen Bewegungen. Die internationalen Aktivitäten von NGOs können also sowohl einer wirklich grenzüberschreitenden Solidarität nahe kommen, sie können aber auch zu einer Art von laizistischen Weltbeglückungsmission werden oder schlicht auf traditionellen politischen Lobbyismus hinauslaufen.

Eine der wichtigsten Quellen für NGOs ist das Jahrbuch, das vom Centre for Civil Society an der London School of Economics publiziert wird. Nach der Ausgabe 2003/04 ist die Zahl der Mitarbeiter der wichtigsten Ingos weltweit zwischen

Probleme und Skandale bei Sachspendenaktionen von NGOs

• Erdbeben in Armenien 1988

Von den gelieferten 5.000 Tonnen Arzneimitteln und medizinischen Geräten im Wert von 55 Millionen Dollar hatten 8 Prozent das Verfallsdatum überschritten und 4 Prozent waren unbrauchbar. Von den übrigen 88 Prozent erwiesen sich 58 Prozent als ungeeignet.

• Frankreich 1991

Von 4.000 Tonnen Arzneimitteln, die karitative Organisationen gesammelt haben, wurden nur 20 Prozent im Rahmen des angegebenen Hilfsprogramms genutzt.

• Bosnien-Herzegowina 1992–1996

Während des vierjährigen Kriegs bezog das Land 17.000 Tonnen ungeeigneter Medikamente, die zu vernichten 34 Millionen Dollar kostete.

• Tsunami in Indonesien, Provinz Aceh 2004

Von den 4.000 Tonnen erhaltener Arzneimittel mussten 622 entsorgt werden; von ihnen waren 60 Prozent ungeeignet und bei 25 Prozent war das Verfallsdatum überschritten.



Die globale Bewegung der Sozialforen seit dem Jahr 2000 ◀

1993 und 2003 um 50 Prozent und die Zahl ihrer regionalen Büros um 43 Prozent (von 12.500 auf 18.000) gestiegen.

Auch auf diesem Gebiet springt die Dominanz der reichen Länder ins Auge: Sie beherbergen 83 Prozent der Büros und stellen 38 Prozent der Mitarbeiter. Kein Wunder: NGOs übernehmen in steigendem Maße Programme der staatlichen Entwicklungshilfe, weil sie als effizienter und oftmals mit der Lage vor Ort vertrauter gelten. Die stärkste Zunahme von NGOs ist heute in Osteuropa, Zentralasien und Südasien zu verzeichnen, am

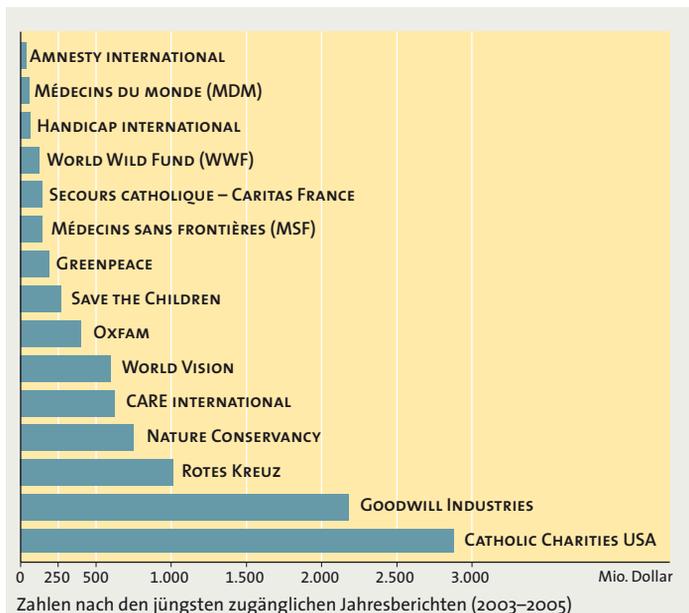
schwächsten sind sie immer noch im Nahen Osten und Nordafrika vertreten. Die NGOs des »Südens« (und dabei insbesondere in Asien und Lateinamerika, seltener in Afrika) konnten die internationalen Sozialforen und bestimmte Kampagnen (etwa zum Schuldenerlass für die ärmsten Länder) dazu nutzen, vom Rest der Welt stärker wahrgenommen zu werden. So war zum Beispiel die massive Präsenz der Dalit (Unberührbaren) in Indien eines der auffälligsten Merkmale des Weltsozialforums von Mumbai (Bombay) im Januar 2004.

WWW

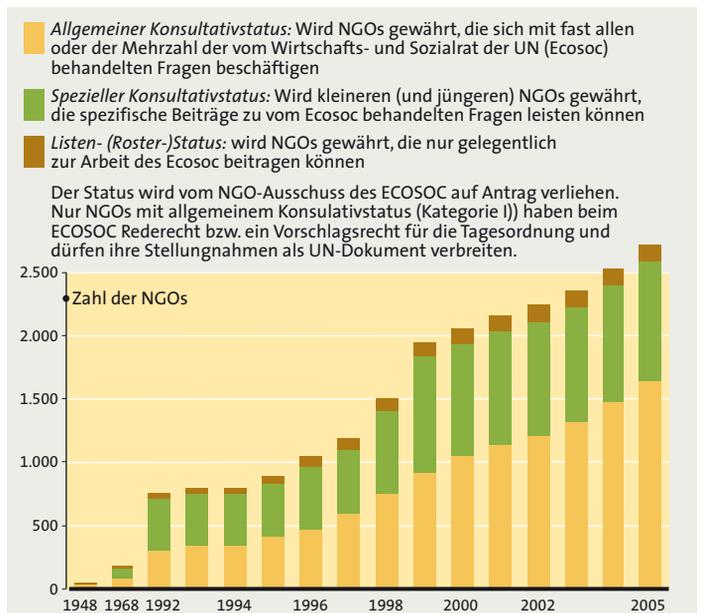
Übersicht der NGOs beim Directory of Social Movements

- www.social-movements.org/en/
- Attac Deutschland**
- www.attac.de
- Deutsche Website des Weltsozialforums**
- www.weltsozialforum.org/deutsch/
- Greenpeace**
- www.greenpeace.de
- Internationales Komitee des Roten Kreuzes**
- www.icrc.org/eng/
- Centre for Civil Society an der London School of Economics**
- www.lse.ac.uk/collections/ccs/

► Jahresbudget bekannter internationaler NGOs



► Mitsprachemöglichkeiten der NGOs bei der UNO ◀



Die unkontrollierte Macht der Mediengiganten

Auch auf dem Informations- und Kommunikationsmarkt wächst die Macht der Multis. Mit zunehmender Konzentration im Mediensektor steigt der Druck der Konzerne auf die politischen Kräfte, die ihre wirtschaftlichen Interessen fördern sollen. Dies beschleunigt die Banalisierung der Medieninhalte. Bürger und Wähler, die über die Geschicke ihrer Gesellschaften entscheiden sollen, werden immer schlechter informiert.

Mit dem Tod des Australiers Kerry Packer im Dezember 2005 endete eine bemerkenswerte zwanzigjährige Wirtschaftskarriere: Der reichste Mann Australiens hatte sein Vermögen von 5 Milliarden US-Dollar in der Medienbranche gemacht. Der Eigentümer der wichtigsten TV-Kette und eines Printmedienkonzerns besaß am Ende Ländereien, größer

als Belgien. Packer war in der Lage, Druck auf jede australische Regierung auszuüben, wenn er seine Interessen durchsetzen wollte. Nach seinem Tod werden die Geschäfte von seinem Sohn fortgeführt.

Als klassisches Modell eines Zusammenspiels von Großvermögen, Medienbesitz und politischer Macht wird immer wieder Italien genannt. Hier kontrolliert Silvio Berlusconi, der reichste Mann des Landes, sämtliche Privatfernsehsender und war zugleich Regierungschef, das zweite Mal bis Mai 2006. Mit Gesetzen, die seine Regierung einbrachte, konnte er seine Geschäftsinteressen fördern und absichern.

Italien ist kein Einzelfall: Die Situation in anderen Ländern stellt sich oft ähnlich dar. Von den 500 größten Privatvermögen der Welt gehören zehn französischen Euro-Milliardären. Jeder zweite von ihnen macht sein Geld in der Informations-, Kommunikations- und Werbebranche: Bernard Arnault, Serge Dassault, Jean-Claude Decaux, Martin Bouygues und Vincent Bolloré. Sie sind fast ausnahmslos Männer der Rechten, die nur zu bereit sind, über die von ihnen kontrollierten Medien die Präsidentschaftswahlen zu beeinflussen. Damit erinnern sie an Rupert Murdoch, der seine Geschäfte vor allem in den USA, Australien und Großbri-

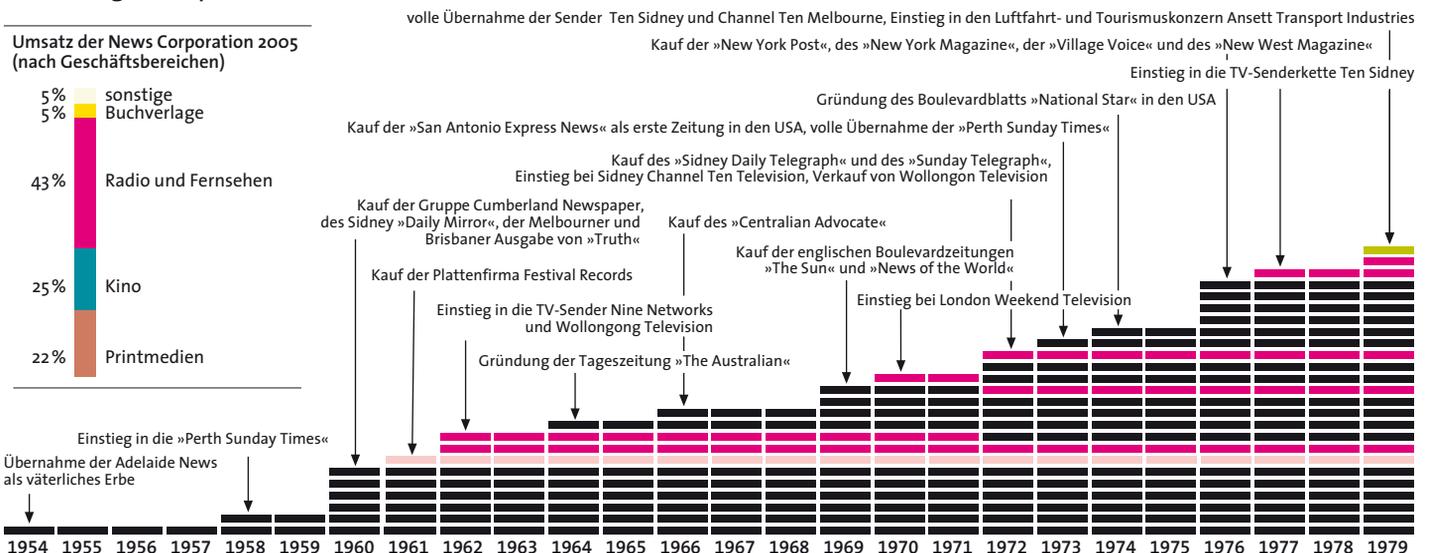
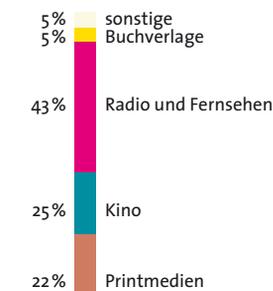
tannien betreibt, und an dessen Unterstützung für George W. Bush, John Howard und Tony Blair – und deren Entscheidung für den Irakkrieg.

Auf globaler Ebene gewinnt das Problem des Einflusses der Medien immer mehr an politischer Brisanz. In Venezuela verhielten sich die Privatsender parteiisch, als im April 2002 der (gescheiterte) Putsch gegen Präsident Hugo Chávez unternommen wurde. In Brasilien nutzte die mächtige Globo-Gruppe, die einen Teil der Printmedien, die meisten Kabel-TV-Kanäle und damit einen Teil des Werbemarkts kontrolliert, ihren Einfluss dafür, dass bestimmte progressive Vorhaben von Präsident Lula da Silva noch weniger Durchsetzungschancen hatten.

In Deutschland stammen 27 Prozent der Tageszeitungsauflage aus dem konservativen Springer-Konzern, der 2,4 Milliarden Euro Jahresumsatz macht. Und auch der gemäßigt konservative Bertelsmann-Konzern (17 Milliarden Euro Umsatz) kontrolliert ein ganzes Presse- und Verlagsimperium. Besonders die Springerzeitungen machen aus ihrer Unterstützung für die politische Rechte in Deutschland keinen Hehl. In Südkorea sind die wichtigsten Tageszeitungen so konservativ orientiert, dass Präsident Roh Moo Hyun, der von ihnen massiv angefeindet

► Der Aufstieg des Rupert Murdoch

Umsatz der News Corporation 2005 (nach Geschäftsbereichen)



wird, eine Mediengruppe im Internet gründen wollte, um die »Tyrannei der Medien« zu brechen.

Umgekehrt zeigen sich die politischen Protégés der Medienbarone gegenüber ihren publizistischen Fürsprechern erkenntlich. So löste der australische Premierminister John Howard kurz nach seinem Wahlsieg im Oktober 2004 sein Versprechen ein, das Kartellrecht zu lockern, damit der konservative Rupert Murdoch sein Unternehmen auch auf australische Medien ausdehnen konnte. Und US-Präsident Bush musste es nie bereuen, dass er stets die Interessen der Informations- und Kommunikationsoligopole gefördert hat. Die Dynamik der »Konvergenz« oder »Konsolidierung« wird zu Verhältnissen führen, die heute das Globo-Imperium in Brasilien vorführt: In ein und demselben Konzern werden die Szenarios für die Fernsehserien konzipiert, diese Serien werden in den eigenen Studios produziert, von den eigenen Kanälen aus-

gestrahlt und über die eigenen Ladenketten verkauft.

Bei solchen Geschäftsstrategien bleibt für Wettbewerb und Pluralismus auf dem Informationssektor nur wenig Raum; die Qualität bleibt ohnehin auf der Strecke. Die Orientierung an Auflage und Einschaltquote geht fast immer auf Kosten internationaler Nachrichten, die kostspielig sind und kein festes Publikum haben. Als attraktiv gelten hingegen Themen, die einen direkten Konsumbezug haben, den die Werbeabteilung fördert, oder die von Straftaten und Verbrechen handeln und die garantiert ein Publikum finden.

Das erste Programm des französischen Fernsehens, TF 1, hat nur noch fünf ständige Auslandsreporter. Ganz ähnlich sieht es in den USA aus: 2005 gab es nur zwei US-Tageszeitungen, die einen ständigen Korrespondenten in Afghanistan hatten. Noch üblere Auswirkungen hat das Diktat der Quote: In den USA nahm

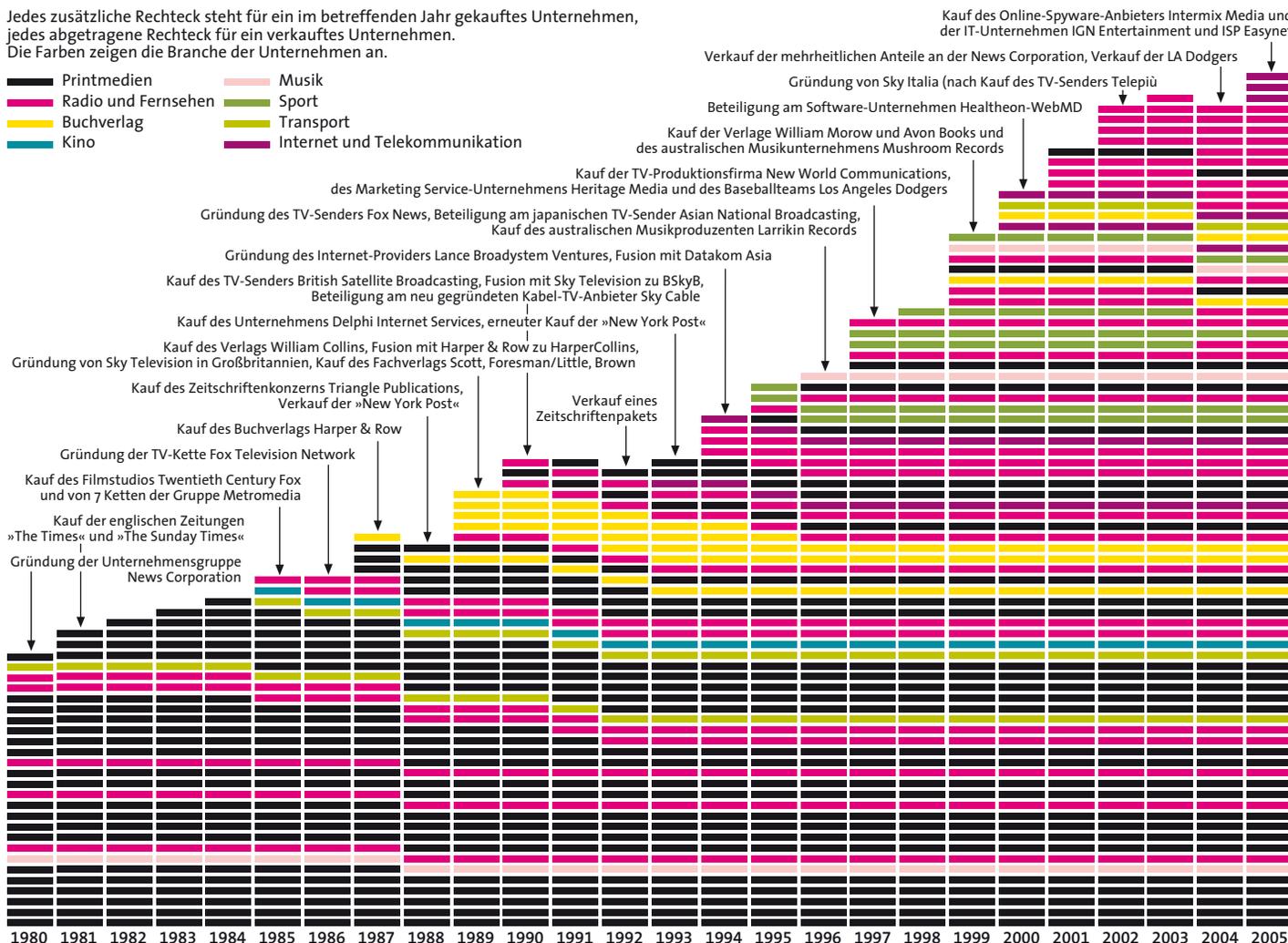
die Zahl der Berichte über Kriminalität und Pädophilie zwischen 1993 und 1996 um 700 Prozent zu, während die Zahl der entsprechenden Delikte in der gleichen Zeit um 20 Prozent zurückging. Fast überall hat die Ausbeutung solcher Nachrichten dazu geführt, dass die Strafen verschärft und mehr Leute ins Gefängnis gesteckt wurden.

WWW

- Murdochs News Corporation**
- www.newscorp.com
- Medienmacht in aller Welt (mit Karten)**
- www.ketupa.net
- Medienkritik, Schwerpunkt Frankreich bei Action critique médias**
- www.acrimed.org
- Globales Netzwerk für demokratische Medien**
- www.mediachannel.org
- Medienkritik**
- www.nachdenkseiten.de
- Europäisches Zeitschriftennetzwerk**
- www.eurozine.com

Jedes zusätzliche Rechteck steht für ein im betreffenden Jahr gekauftes Unternehmen, jedes abgetragene Rechteck für ein verkauftes Unternehmen. Die Farben zeigen die Branche der Unternehmen an.

- Printmedien
- Radio und Fernsehen
- Buchverlag
- Kino
- Musik
- Sport
- Transport
- Internet und Telekommunikation



Migration und das Geschäft mit der Armut

Armut und Perspektivlosigkeit sind die wichtigsten, wenn auch nicht die einzigen Gründe für die Migration aus den Ländern des Südens in den Norden. Mehr oder weniger legale Netzwerke von Vermittlern und Schlepperbanden schöpfen dabei erhebliche Gewinne ab. Das Geschäft mit billigen Arbeitskräften und vor allem mit Prostituierten blüht weltweit.

In den Migrationsströmen spiegeln sich noch immer die alten kolonialen Verbindungen wider. Die Emigranten aus Algerien drängen nach Frankreich, die vom indischen Subkontinent wollen sich in Großbritannien niederlassen. Aber nicht nur das koloniale Erbe, auch die Globali-

sierung hat zur Entstehung neuer – legaler und illegaler – Migrationsrouten beigetragen. Im Fall der Vereinigten Staaten haben sowohl die Sonderwirtschaftszonen, in denen US-Unternehmen ansässig sind, als auch die US-Militärpräsenz dazu geführt, dass Menschen beispielsweise aus Vietnam, den Philippinen und El Salvador in die USA auswandern. Im Laufe dieser Entwicklung sind einige klassische Auswandererländer zu Einwanderungs- oder zu Transitländern geworden. Das gilt insbesondere für die südeuropäischen Staaten Spanien, Portugal, Italien und Griechenland.

Die internationalen Wanderungsbewegungen haben im Lauf der letzten Jahre sowohl innerhalb von Regionen als auch zwischen den Kontinenten deutlich zugenommen. Die Entwicklung der – mehr oder weniger legalen – technischen und organisatorischen Infrastruktur der Weltwirtschaft hat diese Migration be-

günstigt und manchmal sogar auch ausgelöst. Zwischen den globalen Dienstleistungs- und Gütermärkten, dem Anwachsen der internationalen Geldflüsse und der Arbeitsmigration besteht heute eine intensive Wechselbeziehung.

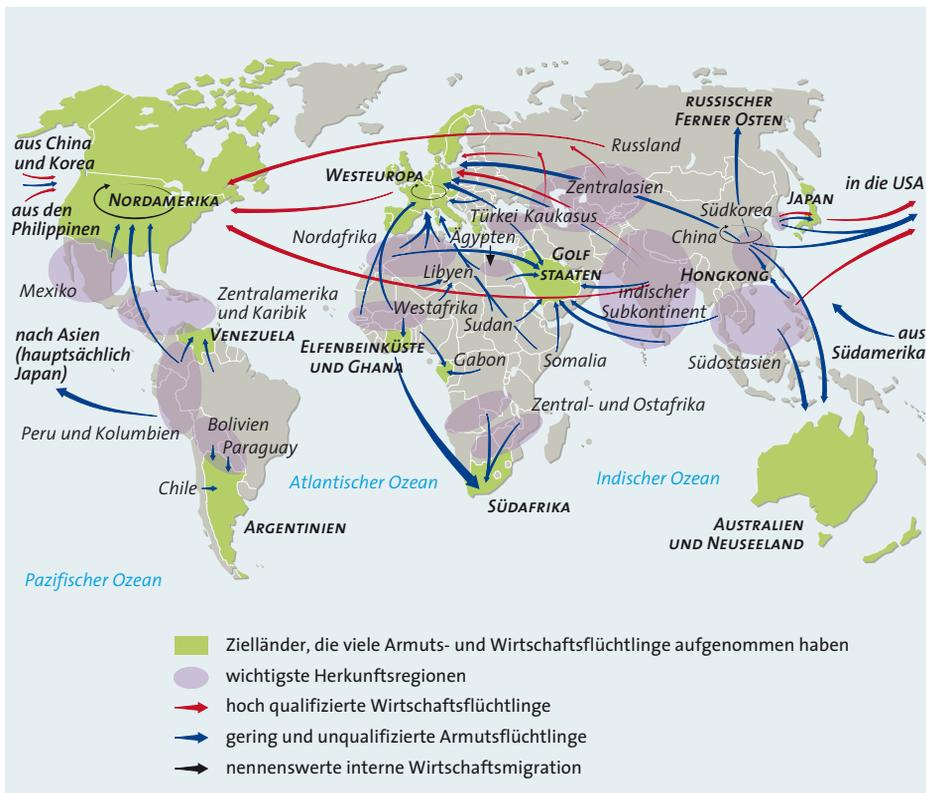
Die internationalen Finanzinstitutionen nehmen unmittelbar Einfluss auf die Mechanismen, die diese Ströme steuern, zum Beispiel indem sie über die so genannten Strukturanpassungsprogramme Druck auf die Entwicklungsländer ausüben, ihre Volkswirtschaften für ausländische Unternehmen zu öffnen oder die staatlichen Subventionsprogramme herunterzufahren.

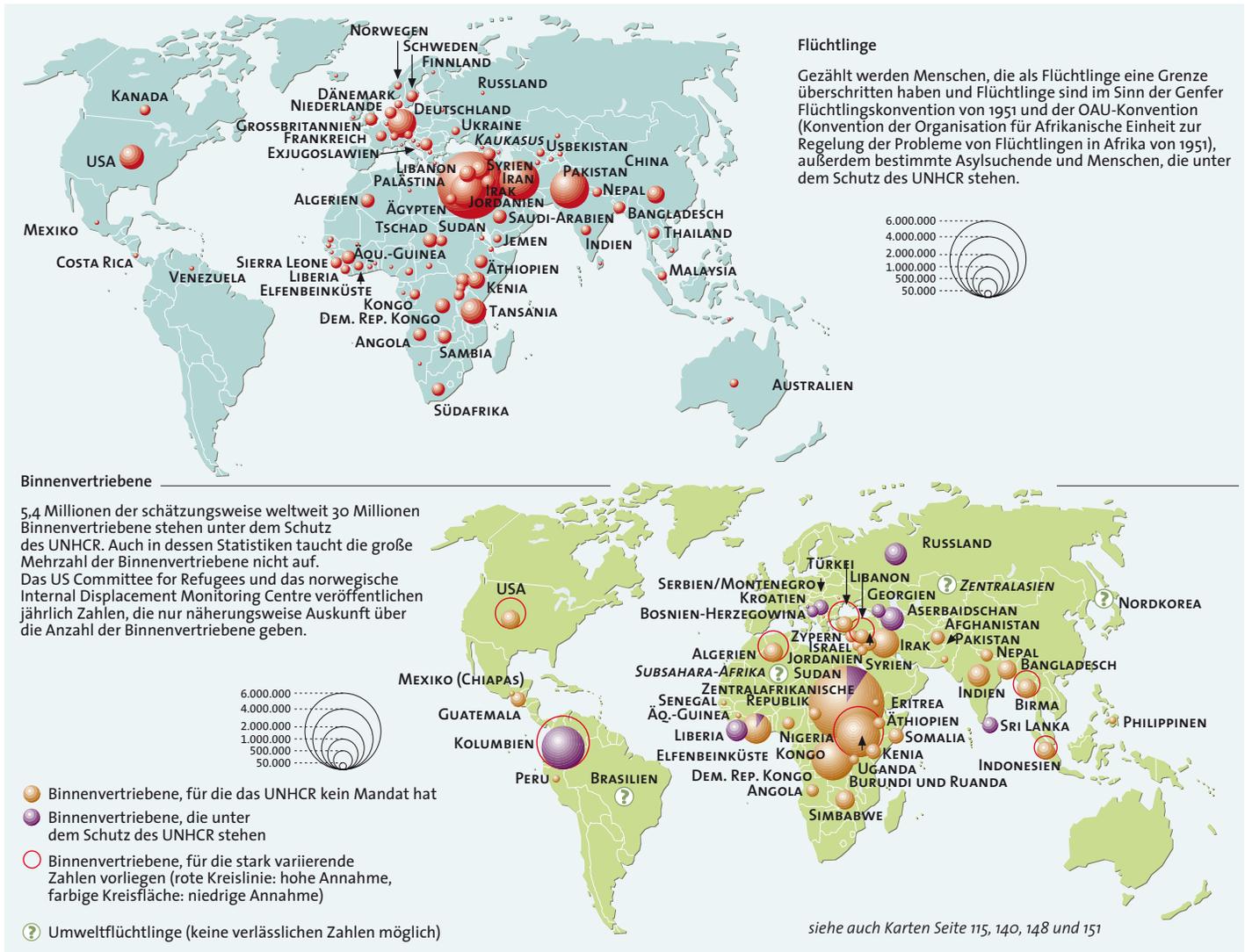
Auch früher schon haben bei der Rekrutierung von Immigranten – ob akademisch ausgebildete, ungelernete Arbeitskräfte oder »Sexarbeiterinnen« – die offiziellen Akteure, also Regierungsbeamte oder Unternehmer der Aufnahmeländer, mit den Menschenhändlern (früher Sklavenhändler, heute Schleuserbanden) eng zusammengearbeitet. Doch seit in den 1990er-Jahren der illegale Handel mit Arbeitskräften erheblich zugenommen hat, können die traditionellen regionalen Schleuser ihre Geschäfte in immer größeren Dimensionen abwickeln. Zugleich sind auch, zum Beispiel in der Exsowjetunion, neue Netzwerke entstanden.

Parallel zum rasanten Wachstum der für viele Länder wichtigen Tourismusbranche nimmt im Rahmen dieser »Vergnügungsindustrie« auch der Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung immer weiter zu. Dabei bilden sich ganz neue Handelskreisläufe heraus. So hat etwa der Aufschwung des Ferntourismus in einem Emigrationsland wie der Dominikanischen Republik den massenhaften »Import« von illegalen russischen Frauen nach sich gezogen. Manche Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit und großer Armut setzen sogar auf diesen Gewerbebezweig als eine Art Entwicklungsstrategie.

Die von Emigranten nach Hause überwiesenen Ersparnisse, aber auch die Gewinne, die von den Schleusernetzen abfallen, stellen in manchen Staaten eine immer wichtigere Devisenquelle dar. Der

► Die Ströme der Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge





Flüchtlinge, die Grenzen überqueren oder im eigenen Land zu Vertriebenen werden

Wert der Überweisungen von Emigranten in ihre Heimatländer ist zwischen 1999 und 2005 weltweit von 70 auf 230 Milliarden Dollar angestiegen. In Bangladesch, das sehr viele Arbeitskräfte in den Nahen und Mittleren Osten, nach Japan und nach Europa exportiert, beträgt der von den Emigranten bestrittene Anteil am staatlichen Devisenaufkommen inzwischen 30 Prozent. In der Dominikanischen Republik übersteigt er wertmäßig die Einnahmen aus dem Tourismus, der den größten Beitrag zum Wirtschaftswachstum des Landes leistet. In Mexiko sind die von Emigranten überwiesenen Dollars die zweitwichtigste Devisenquelle nach den Ölexporten.

Dass der illegale Export von Arbeitsemigranten ein profitabler Markt ist, gilt auch und vor allem für die professionellen Schleuser. Die verdienten nach Angaben der UN zwischen 1990 und 2000 jedes

Jahr 3,5 Milliarden Dollar. Ihre Einnahmen im Jahr 2004 lagen nach Angaben des US-Außenministeriums bei stattlichen 7,5 Milliarden Dollar. Und während früher lokale Kleinkriminelle diesen Markt dominierten, ist er inzwischen von globalen Strukturen geprägt. Die organisierte Kriminalität drängt erst in jüngster Zeit auf diesen Markt. Und zwar mittels interkontinentaler Allianzen und ethnisch geprägter Netzwerke, die für die Kontakte vor Ort, den Transport, die Verteilung der Migranten sowie die Beschaffung gefälschter Papiere sorgen.

Der Handel mit Arbeitskräften ist in jedem Fall – ob legal oder illegal organisiert – ein lukratives Geschäft. Das gilt insbesondere für den Handel mit Frauen, die zur Prostitution bestimmt sind. Doch die Frauen sind auch insgesamt viel mehr vom Menschenhandel betroffen als Männer. Seit in den Großstädten und Bal-

lungsräumen des Nordens neue Dienstleistungssektoren entstanden sind, arbeiten viele Migrantinnen als Haushalts-hilfen, Reinigungskräfte, private Pflegekräfte und Kindermädchen. Sobald sich irgendwo eine Community von Immigranten etabliert hat, organisieren die Netzwerke der Schleuser in der Regel den Nachschub. Das Ergebnis ist eine Art Kettenmigration.

WWW

- Offizielle Website des UN-Flüchtlingskommissariats
- www.unhcr.de
- Kritisches zu Migration
- www.focus-migration.de
- United for Intercultural Action, europäisches Netzwerk
- www.united.non-profit.nl
- Informations- und Unterstützungsgruppe von Immigranten
- www.gisti.org/bienvenue/index.de.html